

Exzerpt - KÄRNTNER ARMUTSSTUDIE 2024

Evelyn Dawid

LAND  KÄRNTEN



Caritas
Wir helfen.

Diakonie 
de La Tour



volkshilfe.
KÄRNTEN

Die Kärntner Armutsstudie 2024 – Armut sichtbar gemacht (S.5-10)

Wie leben Menschen mit sehr geringem Einkommen in Kärnten? Wie ihre Kinder? Was sind die Probleme, mit denen sie bereits lange kämpfen? Was ist in den letzten Jahren der fortgesetzten Krisen hinzugekommen? Welche Unterstützungsangebote stehen Armutsbetroffenen offen? Werden diese auch in Anspruch genommen? Das sind einige der Fragen, die von der Kärntner Armutsstudie 2024 beantwortet werden. **Sie beschreibt lebensnahe, wie Armut in Kärnten aussieht.** Interviews, in denen Armutsbetroffene selbst ihre Lebensgeschichten erzählen, machen den Alltag in Armut anschaulich; eine Online-Befragung bringt die Erfahrung einer großen Zahl von Sozialexpert:innen mit täglichem Klient:innen-Kontakt ein. Dazu kommen persönliche Gespräche mit ein paar ausgewählten Berater:innen und Betreuer:innen sowie zwei Fokusgruppen: die eine mit Führungspersonen aus Non-Profit-Organisationen, die andere mit wichtigen Vertreter:innen der öffentlichen Verwaltung. Insgesamt haben auf diese Weise rund 350 Menschen ihre persönliche Expertise in die Kärntner Armutsstudie 2024 eingebracht.

Die Studie nimmt 88.000 Menschen in den Blick, das sind 16 Prozent der Bevölkerung in Österreichs südlichstem Bundesland¹. Mit diesem Anteil von Armuts- und Ausgrenzungsgefährdeten liegt Kärnten im österreichischen Schnitt, wie die EU-SILC-Daten zeigen, die jährlich EU-weit erhoben werden. Diese sind für Österreich insgesamt, nicht aber für die einzelnen Bundesländer statistisch repräsentativ: Sucht man Details, sind die Daten aufgrund der geringen Fallzahlen oft nicht eindeutig interpretierbar. So fehlen zB Angaben über so wichtige armutsgefährdete Gruppen wie Alleinerzieher:innen oder Menschen mit familiärer Migrationsgeschichte. Die Kärntner Armutsstudie 2024 füllt diese Lücke ein Stück weit auf.

Jeder sechste Mensch in Kärnten ist von Armut bzw. sozialer Ausgrenzung bedroht, und trotzdem ist das Wissen darüber, wie ein Leben in oder nahe der Armut aussieht, gering – unter anderem, weil Scham eine Begleiterin von Armut ist: Man versucht zu verbergen, dass man an allen Enden und Ecken sparen muss. Und den fünf Sechsteln, die ein höheres Einkommen haben (die Armutsgefährdungsschwelle lag 2023, also bei der Erhebung für die Kärntner Armutsstudie, bei monatlich 1.572 Euro), ist es oft angenehmer, nicht allzu genau hinzusehen, wenn sich Armut einmal offenbart. Angenehm in diesem Sinne ist die Kärntner Armutsstudie 2024 nicht und will sie auch nicht sein. Denn sie nimmt die Armut ausdrücklich unter die Lupe; und macht nicht zuletzt Stimmen hörbar, die sonst wenig Chancen haben, zu Entscheidungsträger:innen vorzudringen – mit wissenschaftlichen Methoden in eine Form gebracht, die allgemeingültige Aussagen zulässt und Ansatzpunkte für Maßnahmen zur Armutsbekämpfung bietet.

Die Kärntner Armutsstudie fällt in eine Zeit, in der sich erstmals nach vielen Jahren die Hinweise häufen, dass die Armut in Österreich statistisch messbar ansteigt. Von 2022 auf 2023 ist zwar die Armutsgefährdung konstant geblieben, aber die tatsächliche materielle und soziale Benachteiligung und das Ausgrenzungsrisiko sind deutlich gestiegen, und das bedeutet: Immer mehr Menschen können die Kosten für die elementaren Dinge des Lebens nicht aufbringen und haben daher einen sehr niedrigen Lebensstandard.²

Zentrale Ergebnisse

Qualitativer Teil der Studie: 18 Interviews und 2 Fokusgruppen mit **690 transkribierte Seiten** bzw. 2.095 Minuten (das sind knapp 35 Stunden) **Gesprächszeit**. **Auswahl:** keine Extremfälle, sondern Menschen, die in der Vergangenheit in Armut gelebt haben oder dies in der Gegenwart tun. Personen aus Gruppen, deren **hohe ökonomische Verwundbarkeit** in den Krisen der letzten Jahre offensichtlich geworden ist, vor allem EPU's. **Info Sample: S.14**

18 biografische Interviews Aufschluss darüber, wie Menschen in Kärnten in Armut geraten, was sie längerfristig in Armut halten kann und welche Wege es aus ihr heraus gibt; die Fragebogenerhebung, an der 315 Kärntner teilgenommen haben, liefert dazu Bestätigung und statistische Daten.

Quantitativ: 315 Sozialexpert-innen aus dem Non-Profit, öffentlichen Sektor sowie aus Interessenvertretungen bei Online Befragung.

Armut hat frühe Wurzeln: Betrachtet man die gesamten Lebensgeschichten von Menschen mit lang andauernder Armutserfahrung, dann treten außerordentlich häufig Erlebnisse in der Kindheit und Jugend zu Tage, die ein Leben in Armut wahrscheinlicher machen:

- **Armut in der Herkunftsfamilie**

Gut die Hälfte der Sozialexpert-innen hört von den Klient-innen (*sehr oft*), dass sie die Ausgaben für ihre Kinder nicht aufbringen können.

- **häusliche Gewalt** und (emotionale) Vernachlässigung

Knapp die Hälfte der Expert-innen hat (*sehr oft*) Klient-innen, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, ein weiteres gutes Viertel *manchmal*.

- **Suchterkrankungen der Eltern**

59 Prozent der Kärntner Expert-innen arbeiten sehr oft mit Klient-innen mit Suchtkrankheiten.

- **verlustreiche und brüchige Kindheit und Jugend** (etwa durch den Tod wichtiger Bezugspersonen, häufige Wohnortwechsel, instabile Familienkonstellationen, Fremdunterbringung etc.)

- **Bildungsabbrüche**

Fast drei Viertel der Expert-innen betreuen (*sehr oft*) Klient-innen, die nicht mehr als die Pflichtschule hinter sich gebracht haben, 42 Prozent Absolvent-innen einer mittleren Schule oder Lehre, nur noch die Hälfte davon Menschen mit maximal Matura (21 %) und lediglich sieben Prozent Akademiker-innen.

All diese Probleme können aufgefangen werden: von der Familie selbst, von der Schule, vom sozialen Umfeld, vom Hilfesystem; und wenn das gelingt, ist es ein wichtiger Beitrag zur Armutsprävention. Gelingt es hingegen nicht, bleiben die Betroffenen ein Leben lang vulnerabel – und die Armut kann sie entweder zu einem scheinbar überraschenden Zeitpunkt erfassen oder schon von Jugend an begleiten.

Nahezu zwei Drittel der befragten Expert-innen berichten, dass 18- bis 29-Jährige (*sehr oft*) ihre Dienste in Anspruch nehmen (gegenüber nur rund einem Drittel, die *oft* oder *sehr oft* die Generation 65^{plus} betreuen).

Das soll freilich nicht heißen, dass Armut ausschließlich frühe Wurzeln haben kann. **Spätere mögliche Auslöser** sind:

- körperliche oder psychische **Erkrankungen** mit temporärer oder dauerhafter Arbeitsunfähigkeit (vor allem weil Krankengeld und Arbeitsunfähigkeitspension häufig unter der Armutsgefährdungsschwelle liegen)

- **Migration**
Gut die Hälfte der befragten Expert:innen betreut (sehr) häufig Arbeitsmigrant:innen, rund vier von zehn betreuen Geflüchtete.
- **Schulden** (sehr häufig durch Bau oder Erwerb eines Eigenheims)
Fast drei Viertel der Expert:innen haben (sehr) oft Klient:innen mit Schulden, nur ein Prozent berät oder betreut *niemals* Verschuldete.
- **prekäre Arbeitsverhältnisse** (zB in Leiharbeit, Scheinselbstständigkeit, geringfügiger Beschäftigung, selbstständige Tätigkeit als Ein-Personen-Unternehmer:innen oder Künstler:innen)
Die befragten Expert:innen haben zu 79 Prozent (sehr) oft mit armutsbetroffenen und -gefährdeten Klient:innen zu tun, die arbeitslos sind, zu 68 Prozent mit Working Poor, die trotz Erwerbsarbeit unter der Armutsgefährdungsschwelle leben, und zu 51 Prozent mit prekär Arbeitenden.
- **Unangepasstheit** bzw. „Andersartigkeit“ (von Arbeits- oder Familienverhältnissen, die nicht dem Mainstream entsprechen, bis hin etwa zu Migrationsgeschichte)

Armutsbiographien drehen sich häufig in Teufelskreisen: Wer lange in Armut verbleibt, durchläuft – natürlich mit individuellen Variationen – immer und immer wieder die Stationen Jobverlust, längere Arbeitslosigkeit, AMS-Maßnahmen, Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt, neuerlicher Jobverlust... und der Kreislauf beginnt von vorne. Begleitet und verschärft wird er in einem großen Teil der Fälle von **psychischen Beeinträchtigungen**, die sich sowohl aus den frühen Wurzeln als auch aus späteren Erfahrungen sowie dem Leben in Armut speisen.

81 Prozent der Sozialexpert:innen arbeiten sehr oft mit und für Klient:innen mit psychischen Problemen.

Ein weiterer verschärfender Faktor, der Menschen in Kärnten in Armut hält, ist das **Leben im ländlichen Raum**: Erstens gibt es am Land wesentlich weniger Hilfsangebote (zB für Obdachlose, die nur in Klagenfurt nachhaltige Versorgung erhalten), zweitens ist die Mobilität gerade für Armutsbetroffene ein oft unüberwindliches Problem.

Gut die Hälfte der Antworten stammt von Befragten, deren Dienststelle in Klagenfurt liegt, dazu kommen noch 16 Prozent aus Villach.

71 Prozent der Expert:innen aus Non-Profit-Einrichtungen haben (sehr) oft Klient:innen aus den drei größten Kärntner Städten Klagenfurt, Villach und Wolfsberg, gut die Hälfte aus den kleineren Städten und gar nur ein Viertel aus dem ländlichen Raum. Die Institutionen der öffentlichen Hand hingegen erreichen zu 66 Prozent auch die ländliche Bevölkerung.

Nahezu 80 Prozent der Befragten mit Dienststelle in Wolfsberg betreuen (sehr) oft armutsbetroffene oder -gefährdete Klient:innen, die Probleme mit der Mobilität haben (Spittal an der Drau: 67 %, Völkermarkt: 63 %).

Und was die Menschen drittens nicht aus den Teufelskreisen der Armut herausfinden lässt, sind die **Wohnkosten** – ohnehin schon hoch, sind sie durch die Inflation geradezu explodiert, und **leistbarer Wohnraum** (insbesondere Gemeinde- und Genossenschaftswohnungen) ist in Kärnten Mangelware.

85 Prozent der Befragten haben (sehr) oft Klient:innen, denen die laufenden Ausgaben für das Wohnen Schwierigkeiten bereiten.

Gut 70 Prozent von ihnen gaben an, seit der Teuerung öfter mit solchen Problemlagen konfrontiert zu sein.

64 Prozent haben (sehr) oft Klient:innen, die mit der Mietzahlung im Rückstand sind.

Viertens schließlich werden die Teufelskreise der Armut in Gang gesetzt und gehalten, weil den Betroffenen die **Informationen** über das vorhandene Hilfsangebot **fehlen**, aber auch weil die **Scham** – als ständige Begleiterin von Armut – einer Inanspruchnahme im Weg steht.

Rund 70 Prozent der Expert:innen gaben an, dass die Inanspruchnahme von Hilfe vor allem am mangelnden Wissen über die Unterstützungsleistungen scheitere und 59 Prozent, dass sich ihre Klient:innen dafür schämen, Hilfe zu brauchen.

Was der Armut laut Ergebnissen der Kärntner Armutsstudie vorbeugen und abhelfen kann:

- **Präventionsnetze** gegen die frühen Wurzeln von Armut: Zusammenarbeit von Einrichtungen der öffentlichen Hand, der Sozialwirtschaft, des Gesundheitswesens und des Bildungssystems zur Betreuung der ganzen Familie in Bezug auf alle Problemlagen (statt Kinder und Erwachsene ebenso getrennt zu behandeln wie zB Sucht, Arbeitslosigkeit oder häusliche Gewalt).
- **Betreuungsketten** zur Durchbrechung der Teufelskreise: Wenn ein (zB Arbeitsmarkt-)Projekt endet, sollte nicht gleichzeitig die Betreuung der betroffenen Person enden.
- **Verbesserung der personellen Ressourcen im öffentlichen Hilfesystem**: Personalaufstockung, Qualifizierung, Supervision etc., mit dem Ziel, individuelle und vertrauensvolle Beratungs- und Betreuungsverhältnisse mit den Betroffenen aufzubauen.
- **Verbesserung der Versorgung des ländlichen Raums**: durch mobile Hilfsangebote, die dem Wunsch nach Anonymität Rechnung tragen, einerseits, und durch den Aufbau einer dezentralen Infrastruktur auch an stationären Einrichtungen andererseits.
- **nachhaltige Bekämpfung von Arbeitslosigkeit**: Qualifizierbarkeit vor Qualifizierung, dann individuell maßgeschneiderte Qualifizierung mit Zukunftsperspektive, und dann erst Jobvermittlung,
- **bessere ökonomische Absicherung bei (schweren) Erkrankungen**: keine Kündigungen im Krankenstand, existenzsicherndes Krankengeld bzw. Berufsunfähigkeitspension unabhängig vom vorher erzielten Einkommen.
- Schaffung einer **sozialen Absicherung für EPU**s, leistbar und den Erfordernissen von Selbstständigen angemessen.
- **prekäre Arbeitsverhältnisse gesetzlich unterbinden**.

Teil 1 Armut in Kärnten aus 18 individuellen Perspektiven

1. Einleitung – Was ist Armut?

EU-SILC: Personen und Haushalte, deren Nettoeinkommen¹ unter 60 Prozent des Medians eines Landes liegt, gelten im EU-Kontext als armutsgefährdet. Armut wird als Mangel an Ressourcen. Wer die Kosten für die grundlegenden Dinge des Lebens nicht aufbringt und deshalb einen im Vergleich sehr niedrigen Lebensstandard hat, gilt als depriviert. Die Deprivation ist ein absolutes, die Armutsgefährdung hingegen ein relatives Armutsmaß.³ Die Kärntner Armutsstudie verwendet diese EU-weit anerkannten Definitionen von Armut. **Aus Studie geht hervor: Die Höhe des Einkommens allein sagt nicht alles darüber aus, wie gut oder schlecht man bis zum Ende des Monats über die Runden kommt.**

Agenda 2030⁴: „Keine Armut“, das zweite – da gibt es Übereinstimmung mit dem oben zitierten Gesprächspartner – „Kein Hunger“, und das zehnte „Keine Ungleichheit“. Die *Agenda 2030* formuliert als zentralen Anspruch, „niemanden zurückzulassen“. Kärnten ist einziges österreichische Bundesland, das die Umsetzung der *Agenda 2030* explizit anstrebt und damit auch die Messlatte für die Armutsbekämpfung hoch legt.

Debatte Schuldloser und schuldhafter Armut. S.11

3. Der lange Atem der Armut

Wenn armutsbetroffene oder -gefährdete Menschen bei Einrichtungen vorstellig werden und Unterstützung suchen, werden immer wieder die gleichen Merkmale sichtbar, die in Armut geführt haben und dort festhalten: zB ein niedriger formaler Bildungsabschluss, ein Berufsweg mit Jobs, für die kaum Qualifikationen notwendig sind, psychische und körperliche Beeinträchtigungen, Schulden, Suchterkrankungen, familiäre Betreuungspflichten, Vorstrafen oder eine familiäre Migrationsgeschichte inklusive schlechter Deutschkenntnisse. Auch die Armutsstatistiken weisen nach, dass diese Merkmale eng mit Armut verknüpft sind, und die Online-Befragung der Sozialexpert:innen, die in Teil 2 dieses Berichts vorgestellt wird, untermauert dies ebenfalls.

¹ Gemeint ist das äquivalisierte Nettoeinkommen: „Pro Haushalt wird (...) ein Grundbedarf angenommen (Gewicht von 1 für die erste Person), für jede weitere erwachsene Person ein Gewicht von 0,5 und pro Kind unter 14 Jahren von 0,3.“ (Statistik Austria – online: Haushaltseinkommen).

3.1. Frühe Wurzeln (S.18) Theo 22 Jahre (gutes Fallbeispiel)

„Systemsprenger-innen“: Menschen, die mit ihrer Problemlast und dem daraus resultierenden Verhalten das Unterstützungssystem regelmäßig überfordern. De facto liegt die Schuld aber nicht bei den betroffenen Kindern und Jugendlichen, sondern bei den Hilfsangeboten, die nicht die richtigen Antworten geben. **Häusliche Gewalt, Sucht in der Familie, einem in der Kindheit brüchigen und un-steten Leben, Ausgrenzungserfahrungen, früher Straffälligkeit, den falschen Freund-innen und Bildungsabbrüchen. (S.18ff)**

3.1.1. Häusliche Gewalt (Fallbeispiele S. 14ff)

Kinder sehen und hören nicht nur, sondern es übertragen sich die Gewaltfolgen. Opfer nicht nur im Augenblick verwundet, sondern für den Rest des Lebens sehr verwundbar macht. Häusliche Gewalt kann also dazu beitragen, dass man in Armut gerät. Es gibt aber keinen Hinweis darauf, dass sie in armutsbetroffenen Haushalten öfter auftritt als in anderen.

Bsp.: Armutsbetroffenen Großfamilie, als „Erziehungsmaßnahme“ Kinder und Mutter geschlagen. Nie Geschenke. So lange in Schule geschlagen bis er mit 13 Schulkollegen schlägt. Polizei – minderjährig kein Verfahren. Zweimal Lehre, wegen zum Teil tätlichen Auseinandersetzungen mit den Vorgesetzten abbrechen. 16 oder 17 Jahre, stirbt seine wohl engste Bezugsperson Großvater. möglicherweise eine Panikattacke, und zum ersten Mal wird merkbar, dass er an Depressionen leidet. **Weitere Beispiele S.14**

Drei Betroffene System nicht „gesprengt“, schon allein deshalb, weil sie in ihm niemals aufgetaucht sind, sondern ihre Kindheit und Jugend in der Familie unter den dort herrschenden **Gewaltbedingungen verbracht haben, ohne die Aufmerksamkeit der Kinder- und Jugendhilfe auf sich zu ziehen.** Das einzige System, in dem sie sich bewegt haben, war die Schule: Und hier wurde Christoph sehr wohl auffällig, und auch Oskar zog die Aufmerksamkeit auf sich – bei beiden blieb dies jedoch ohne Folgen.

3.1.2. Suchterkrankungen der Eltern (S.22)

Alkoholsucht und häusliche Gewalt treten regelmäßig gemeinsam auf. Personen werden erst unter Alkoholeinfluss gewalttätig. Zusammenhang besteht nicht immer, auch nicht immer die Väter süchtig. Cannabis, spielsüchtig.etc.

Bsp.: Kinder oft auf sich allein gestellt und werden vorzeitig erwachsen, weil sie den Alltag organisieren. Eltern scheiden. bleibt beim Vater. Mutter geht im Alkohol unter (ähnlich wie Theos Vater), lebt in Armut und Obdachlosigkeit. Mit 15 Jahren wohnt allein: kein Problem für den seit frühester Kindheit an Selbstständigkeit gewohnten Burschen, angepasst und unauffällig. Berufsziel Englischlehrer. 18 Jahre erste Freundin zusammenziehen, Sie erleidet in Anwesenheit Asthmaanfall, stirbt. Er zieht psychisch schwer angeschlagen nach Kärnten zu Familie. Sein Stiefbruder wird übrigens drogenabhängig und schon in der Jugend zu Gefängnisstrafen verurteilt (mehr zu Udo s. S. **Fehler! Textmarke nicht definiert.**).

3.1.3. Verlostreiche und brüchige Kindheit und Jugend (S.23ff)

Frühe Lebensjahre vieler armutsbetroffener Gesprächspartner-innen sind von **Verlusten und Brüchen durchzogen.** In den meisten Fällen stehen am Beginn der Erzählung nämlich nicht Geburt oder

Kindheit, sondern andere zentralere Ereignisse, die der Biografie im subjektiven Empfinden einen tiefen Stempel aufgedrückt haben. Die **Kinder zu Verwandten** zu geben, wenn die alleinerziehende Mutter den Lebensunterhalt verdienen muss, ist eine Variante der **Fremdunterbringung, die im ländlichen Raum weiter verbreitet** zu sein scheint als in der Stadt, so legen es zumindest die Interviews nahe. **Da scheint der Mangel an Kinderbetreuungsplätzen, die mit einer vollen Erwerbstätigkeit kompatibel sind, schlagend zu werden, aber vielleicht auch die Scheu, externe Hilfe in Anspruch zu nehmen.**

Bsp.: Kind ist „unerwünscht“ und „Unfall“. leibliche Vater verschwindet, Stiefväter tauchen auf und verschwinden. Umzüge, mehrmals muss sich Theo an ein neues soziales Umfeld gewöhnen, neuen Freundeskreis aufbauen (und sich dort behaupten). Er ist regelmäßig fremduntergebracht, lebt dann also bei keinem der Elternteile. **Bsp.:** drei wichtigsten Bezugspersonen binnen weniger Jahre: Mutter und lässt sich in ihre Sucht fallen (da ist er 12 Jahre alt), dann nimmt der Vater seine Rolle nicht mehr wahr (und lässt den 15-Jährigen in der Wohnung allein), und rund drei Jahre später stirbt die junge Frau, mit der er zusammenlebt.

3.1.4. Zwischen Ausgrenzung und den „falschen Freund·innen“

Kinder und Jugendliche, die häufig umziehen, müssen sich jedes Mal aufs Neue einen Freundeskreis suchen und dort in die Gruppe hineinfinden: zB im Heim, in der WG oder im Dorf, in der Schule oder im Fußballverein.

Bsp: Elf Jahre alt ist Wolfgang beim dritten Umzug seiner Familie, fällt schwer Anschluss im Ort zu finden. Gehört zu den zugezogenen Fremden, die auf Genossenschaftswohnung angewiesen sind. Um dazu zu gehören: *Cool* sein. Bedeutet de facto meist, dass man etwas Verbotenes tut: rauchen, im Lauf der Zeit zum Illegalen entwickeln. Kärntenspezifische Art von Ausgrenzung: Mutter Slowenin. zur Wehr zu setzen und dann die Schulkollegen zusammengeschlagen

3.1.5. Bildungsabbrüche

duale Bildungssystem (also Praxis im Lehrbetrieb plus Theorie in der Berufsschule) zweifellos ein Erfolgsmodell, an dem aber gerade Menschen regelmäßig scheitern, bei denen frühe Wurzeln von Armut wirksam werden. Kommen mit Belastungen und Bedürfnissen in die Lehre, die dort sehr häufig nicht wahrgenommen, aufgefangen bzw. befriedigt werden (können). Führt schließlich dazu, dass Betroffene später niedrig qualifiziert in den Arbeitsmarkt eintreten und es dann unendlich schwer haben, prekären Jobs mit schlechten Arbeitsbedingungen und niedriger Bezahlung zu entkommen.

Problem Lehre: 1.) **Wahl** des Lehrberufs: Wahl Berufswunsch nicht im Klaren und es wird genommen was naheliegend, nicht, was Wunsch ist. (2) Vergleichsweise kurz, direkt in Beruf und dann **Geld verdienen**. (Vorteil mittelfristig Nachteil, wenn nur das rasche Geldverdienen und nicht der Beruf in die Entscheidung einfließt.) (3) **Informationen** was es gibt nicht immer ausreichend. Ausbildungsplatz nicht nach Wunsch der sich gerade anbietet → Verzicht, seine Qualifikation zu nutzen.

Bsp: Erzählungen über Lehrherren, Meister und Gesellen, die keinerlei pädagogischen Anspruch haben, sondern ganz im Gegenteil mit autoritärem, entwertendem und zu Gewalt neigendem Verhalten auffallen; und die Lehrlinge außerdem vor allem als Hilfs- und Reinigungskräfte einsetzen und ihnen wenig beibringen. Teilweise verheerendes Bild von den Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen

in den Lehrbetrieben, zweifellos für alle Lehrlinge unangenehm, für jene Jugendlichen, die schon mit Belastungen kommen und ein förderndes und verständnisvolles Umfeld noch dringender benötigen als andere, geradezu katastrophal. Führt zu Abbruch.

3.2. Teufelskreise

3.2.1. Wellenlinien, endlose Kreise und dann doch eine Gerade

Phasen im Leben, in denen sich alles im Kreis zu drehen scheint. Ähnlich: Beginnt mit Verlust Arbeitsplatz und länger Arbeitslosigkeit. Fixe Bestandteile der Kreise sind AMS sowie Projekte, die den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt erleichtern sollen. Nach dem Besuch der Kurse, Qualifikationsmaßnahmen oder Ähnlichem wird die Jobsuche fortgesetzt: Ob mit oder ohne unmittelbaren Erfolg, auf lange Sicht kommt es auf das Gleiche heraus, denn der neue Job erweist sich nicht als dauerhaft – und der Kreislauf beginnt von Neuem. Fast immer ist er von **psychischen Beeinträchtigungen** (vor allem Depressionen) begleitet, oft auch von körperlichen Beschwerden (vor allem den Bewegungsapparat betreffend), die sich im Lauf der Zeit tendenziell verschlimmern. Die Mitarbeiter:innen in Non-Profit-Einrichtungen, bei Behörden und Ämtern sowie beim AMS kennen das Phänomen als **Drehtür-Effekt**: Wer in der Drehtür gefangen ist, kommt immer wieder, um Unterstützung zu erhalten, ohne dass sich seit dem letzten Besuch viel geändert hätte. Über die Zeit **tritt so etwas wie ein Stillstand ein**. Man kommt nicht voran, während sich das Leben der Gleichaltrigen weiterentwickelt.

Bsp.: S.31ff (!!)

Zentral: Das **Sozialsystem** – bestehend aus den verschiedenen Akteur:innen der öffentlichen Hand und des Non-Profit-Sektors – verhindert erfolgreich, dass eine Person völlig abstürzt und in absolute Armut fällt. **Das soziale Netz hat hohen Wert, weil es unermüdlich auffängt**. Gleichzeitig hat es eine führende Rolle bei der Konstruktion der Teufelskreise, weil es nicht gelingt, auf eine Art und Weise zu unterstützen, die in eine nachhaltige Lösung mündet. Einerseits wirkt es so, als gebe es **Schwächen bei der Identifizierung der Probleme**, andererseits so, als ob die **mittel- und langfristige Perspektive weit hinter den kurzfristigen Erfolg gereicht** wird. Dabei gibt es – neben bestimmten **AMS-Projekten**, die von allen Interviewpartner:innen, die sie erwähnen, **in Grund und Boden kritisiert** werden – sehr wohl die passenden und auf die individuellen Problemlagen ausgerichteten Angebote. Allerdings ist das **System regelmäßig zu träge**, um diese Angebote rechtzeitig aus dem Hut zu ziehen. Die führt von wenigen bis mehreren Jahrzehnten ungenutzter Lebenszeit.

Bindungsschwierigkeiten, gepaart mit der ständigen Suche nach diesen Bindungen (im Privaten, aber auch im Beruflichen) sowie ein **stark beeinträchtigtes Selbstwertgefühl** (das zB dazu führt, dass man sich nicht um das eigene Wohlergehen kümmert). In den Teufelskreisen sind **Entwertungen** fixe Bestandteile: etwa indem man sich gegenüber Ämtern, Behörden, aber auch karitativen Einrichtungen als **Bittsteller**-in wahrnimmt (und immer wieder auch als solche-r behandelt wird), oder indem man **auf die Arbeitskraft reduziert** (und zB im Fall einer Krankheit ehestmöglich gekündigt) wird. **Um den Teufelskreis zu durchbrechen**, müsste es aber genau umgekehrt laufen: **persönliche Bindungen**, das heißt ein Vertrauensverhältnis, sollten hergestellt und das **Selbstwertgefühl** gehoben werden.

Elemente der Teufelskreise, die vielen Biografien mehrfach vorkommen:

- psychische Beeinträchtigungen (Depressionen, Antriebslosigkeit, sozialer Rückzug, Einsamkeit, mangelndes Selbstwertgefühl, ...)
- körperliche Beeinträchtigungen
- fehlender Zugang zu Informationen über weiterführende Hilfsangebote (vor allem an Bruchstellen, wie bei Krankenhausentlassungen, neuer Arbeitslosigkeit)
- Scham und Stolz, die dazu führen, dass möglichst wenig Hilfe gesucht wird
- fehlender Zugang zu Psychotherapie und nachsorgender medizinischer Behandlung
- keine AMS-Angebote für eine nachhaltige Qualifizierung
- AMS-Vermittlung in niedrig qualifizierte Jobs, die schmutzig, körperlich anstrengend und/oder schlecht bezahlt sind
- häufige Jobwechsel, kurze Verweilzeit in den einzelnen Jobs
- ein „falsches“ soziales Umfeld
- extreme und traumatisierende Armutserfahrungen, vor allem Obdachlosigkeit
- Konflikte mit (neuen) Vorgesetzten
- Überarbeitung (fast) bis zum Burnout
- Wohnen im ländlichen Raum
- Schwarzarbeit
- Alkoholabhängigkeit und andere Suchterkrankungen
- Vorstrafen (insbesondere Gefängnisaufenthalte)
- Kündigung im Krankenstand
- Konflikte mit Kolleg-innen am Arbeitsplatz und Mobbing-Situationen
- Unangepasstheit und „Andersartigkeit“
- Unter- oder Überqualifikation
- aufgeweichte Arbeitnehmer-innen-Rechte (zB durch Leiharbeitsverhältnisse)
- Verweigerung von Qualifizierungswünschen durch das AMS
- lange Kämpfe um eine Arbeitsunfähigkeitspension
- fehlender Zugang zu Kinderbetreuungsplätzen
- fehlende ganzheitliche Ansätze zur Problemlösung (zB Case-Management, Betreuung aller Familienmitglieder)

3.2.2. Zwischen psychischer Beeinträchtigung und Arbeitslosigkeit

Fehlende Diagnose für psychische Probleme

Nach markant guten Phasen im Leben ein besonders tiefer emotionaler Fall, von dem die Erholung schwer fällt. Klappt ein Job nicht, dann endet es in einem Fall im psychiatrischen Krankenhaus oder in Depression, aber dann in Obdachlosigkeit. Ist eine **Diagnose** vorhanden schützt diese zwar nicht vor materieller Armut, gibt aber trotzdem Sicherheit: „Funktioniert“ man einmal nicht richtig, dann weiß man, dass daran wohl ihre Erkrankung schuld ist. **Ohne Diagnose wird das Verhalten bei einigen als mangelnde Kooperationsbereitschaft angenommen, was immer wieder zu AMS-Sperren führt. Von 15 Befragten berichten elf von psychischen Problemen, nur bei zwei Personen wurden diese zeitnah zu ihrem Auftreten diagnostiziert; in beiden Fällen lag dem ein Zusammenbruch zugrunde, der ins psychiatrische Krankenhaus führte. Bei allen anderen ließ die Diagnose sehr viel länger auf sich warten, was dazu beigetragen hat, dass Teufelskreise entstanden sind. Eine Diagnose schützt mehrfach**, denn durch die Behandlung kann sie – selbst bei schweren Verläufen – einen Weg aus dem Teufelskreis eröffnen, wie das Beispiel von Peter zeigt.

Psychische Beeinträchtigungen und Armut hängen (statistisch erwiesen)ⁱⁱ eng miteinander zusammen. Psychische (und körperliche) Erkrankungen können in die Armut führen, andererseits ziehen Armut und die damit verbundenen Sorgen und Belastungen sehr häufig psychische Probleme nach sich. Besonders relevant für Armut in Kärnten: **Depressionen⁵**, die immer wieder mit sozialem Rückzug und Einsamkeit einher gehen

Dass es **alles andere als selbstverständlich ist, dass psychische Beeinträchtigungen – überhaupt oder gar zeitnah – diagnostiziert werden**, zieht sich durch diesen Bericht. **Problem: Wer die eigenen psychischen Beeinträchtigungen nicht sieht oder sogar abwehrt, wird keine Diagnose erhalten – und damit eher im Teufelskreis gefangen bleiben.**

So richtig schlagend wird dies aber erst, weil **auch Ämter und Behörden hier beträchtliche blinde Flecken aufweisen und enger Zusammenhang zwischen körperlichen und psychischen Beschwerden in der Regel nicht beachtet wird.⁶** So wird die körperliche und vor allem psychische Gesundheit von Langzeitarbeitslosen oder anderen immer wiederkehrenden armutsbetroffenen Klient:innen nicht automatisch untersucht; **eventuelle Beeinträchtigungen bleiben also – anders als zB Qualifikationsdefizite – allzu häufig unbeachtet.** Das zeigt sich in mehreren Lebensgeschichten der in Kärnten Befragten deutlich.

Bsp.: unzählige Male beim AMS vorstellig, in diversen Arbeitsprojekten, ohne dass körperlich (Lungenschaden) oder psychisch (Depression) jemals untersucht worden wäre. Als Gehandelt wird: Bereits auf Cortison-Schocktherapie und zwei Atemsprays im Alltag und mit hoher Wahrscheinlichkeit nur noch eingeschränkt arbeitsfähig sein.

Inanspruchnahme und Informationsmangel starker Zusammenhang mit Armut: (1) Lange Wartezeit auf einen Therapieplatz, und zwar selbst bei der schweren Beeinträchtigung, (2) Nach Entlassung aus Krankenhaus keine Informationen bekommen, welche Hilfsangebote prinzipiell existierten. Pati-

ⁱⁱ Gut abzulesen ist das am Auftreten von Depressionen, die zB im Österreichischen Gesundheitsbericht 2022 des Sozialministeriums beleuchtet werden: „Die Prävalenz von Depressionsdiagnosen und/oder -symptomen steigt (...) mit sinkendem Haushaltseinkommen: von fünf Prozent bei Personen aus den 20 Prozent der einkommensstärksten Haushalte (oberstes Einkommensquintil) auf 18 Prozent bei Personen aus den 20 Prozent der einkommensschwächsten Haushalte (unterstes Einkommensquintil).“ (Griebler et al. 2023, S. 84). Auskunft geben aber auch die EU-SiLC-Daten (Statistik Austria 2024).

ent-innen (und Angehörige) von den Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen mit Problemen allein gelassen. Kommunikationsversagen des Gesundheits- und Pflegebereichs ist nur Teil eines viel größeren Problems: **Informationsmangel ist laut den Befragten der dominante Grund für die Nichtinanspruchnahme von Unterstützungsangeboten**. Es wäre naheliegend, die Informationen an jenen Orten automatisch und kompetent weiterzugeben, wo sich die Betroffenen in aller Regel ohnehin einfinden müssen, also zB im Fall von Kranken (und ihren Angehörigen) in Spitälern und ärztlichen Praxen, im Fall von Arbeitslosen am AMS oder im Fall von Sozialehilfebezieher-innen bei Sozialämtern, Gemeinden oder Bezirkshauptmannschaften.

AMS: verlässliches soziales Netz. Es unterstützt alle Menschen, sobald sie einmal im System sind, ihr Erwachsenenleben lang bis zur Alterspension. Dennoch viele **negative Rückmeldungen:** Hat die Macht, Druck auszuüben, Teilnahmen zu erzwingen und vor allem regelwidriges Verhalten so zu sanktionieren, dass es schmerzt. Aus der Häufigkeit der Kritik zu schließen, dass der Kontakt mit dem AMS in besonderem Maß problembelastet ist, wäre also falsch. Da das AMS jedoch stets in den Teufelskreisen der Armut auftaucht, sind die **kritischen Hinweise** von Bedeutung.

- **Gute und individuelle Betreuung beim AMS ist Ausnahme und Glücksfall.** Betreuungsqualität beim AMS schwankt je nach Mitarbeiter-in stark.
- Mit dem **Wunsch nach einer bestimmten Aus- oder Weiterbildung** steht man tendenziell auf verlorenem Posten: Zum Beispiel werden die Kosten nicht übernommen oder die Personen als zu alt für eine Weiterbildung eingeschätzt. Auch wenn diese bereits Ehrenamtlich in dem Bereich arbeiten.
- Langzeitarbeitslose Interviewpartner-innen haben **die immer gleichen Kursprogramme schon mehrmals** durchlaufen; kennen die Inhalte auswendig – Inhalte, die ihnen bis dahin nichts gebracht haben. Bewerbungstraining ist nahezu fixer Bestandteil einer jeden Drehung des Teufelskreises. Hilf- und Ratlosigkeit der AMS-Betreuer-innen offensichtlich: Was tun mit den gesundheitlich oder anderweitig eingeschränkten – das heißt: schwer vermittelbaren – Langzeitarbeitslosen?
- Mehrmalige erfolglose Besuche von Qualifizierungsmaßnahmen oder eine kurze Verbleibsdauer in neuen Job sind **Quellen für Frustration**. Selbstvertrauen schwindet. Schmäkelt Chancen bei nächsten Bewerbungen.
- **Arbeitstraining** als nicht brauchbare Weiterbildung: während der Haft erworbenes Zeugnis einer Berufsausbildung wird nicht vorgewiesen, weil dann die potentiellen Dienstgeber-innen sofort wissen, dass man im Gefängnis war.
- Arbeitstrainings und Transitarbeitsplätze bestehen häufig aus **niedrig qualifizierten Tätigkeiten**, was dem Profil vieler Betroffener entspricht, aber nicht aller.
- **Tricksereien:** AMS Job vermittlung, aber schon nach 19 Tagen kommt Kündigung. Betreuer hat eine attraktive Ausschreibung, die über eine Leasingfirma läuft, sich aber ebenfalls als Finte herausstellt. Bekommen zu spüren wie **Arbeitnehmer-innen-Rechte** im niedrigqualifizierten Bereich **aufgeweicht** worden sind. Vorspiegelung falscher Tatsachen angelockt, um in der Kartei als Ersatz für andere zu dienen, die gerade noch einen Job haben. Leiharbeit und andere prekäre Beschäftigungsformen sorgen dafür, dass Menschen in niedrigqualifizierten Jobs ein hohes Risiko tragen, in die hier beschriebenen Teufelskreise zu geraten, denn diese Jobs sind nicht auf Dauer angelegt
- **Immer wieder konfliktbeladenes Verhältnis zwischen Armutsbetroffenen und den Einrichtungen der öffentlichen Hand:** Gegenseitige Erwartungshaltungen nicht erfüllt, Wünsche der anderen Seite nicht beachtet und entgegenkommende Gesten nicht als solche wahrgenommen.⁷ **Bsp.:** AMS

weiß zB nicht, dass Person als Folge der vielen Umzüge in Kindheit sehr ortsgebunden ist. Indem er sich für Hoteljobs bewirbt, die weit entfernt liegen, zeigt er sich entgegenkommend, ohne dass dies vom AMS verstanden werden kann. Er wiederum sieht nicht, dass versucht wird, ihm zu helfen, sondern fühlt sich mit seinen Probleme bezüglich Busverkehr und Wohnung nicht ernst genommen und allein gelassen; hinzu kommt, dass die Gespräche regelmäßig nicht auf Augenhöhe stattfinden. Person wird immer bockiger und passiver. Falls es psychische Narben aus der Vergangenheit gibt, brechen sie oft auf.

- Sind Eingliederungsmaßnahmen als zeitlich befristete Projekte ein geeignetes Mittel? Mittel- oder langfristige und durchgehende Betreuung besser? „Man hat was zu tun gehabt“

3.2.3. Zu viel gearbeitet: Burnout – ein „männlicher“ Weg in Armut

Mehrere Kärntner brechen jenes Klischee über Armutsbetroffene, das behauptet, dass vor allem Arbeitsverweigerung, Faulheit oder ein Leben über den Verhältnissen in Armut führen.

Wenn sich aus der Analyse der Interviews ergeben hat, dass die absolute Hingabe an den Beruf mit nachfolgenden Burnout-Symptomen ein eher „männlicher“ Weg in Armut ist, wird sicherlich kein Automatismus sichtbar – aber doch **ein Risikofaktor, der bei Männern eher wirksam wird als bei Frauen.**

Ein guter Arbeitsplatz gibt Sicherheit. Workaholics, denen das Privatleben zunehmend abhandenkommt hat **Tendenz zum sozialen Rückzug.** Die Männer **wollen keine Hilfe, sondern alles selbst hinkommen, möglichst niemandem zur Last fallen** - sozialer Rückzug. Dann **im Krankenstand gekündigt** ist ein gefährlicher Bruch, wenn es kein soziales Umfeld gibt. Entlassung aus dem Krankenhaus ohne Geld und Einkommen als risikoreiche Bruchstelle, und die mangelhafte Weitergabe von Informationen über weiterführende Hilfsangebote als Hürde für deren Inanspruchnahme.

3.2.4. Keine Armut im ländlichen Raum?

Im ländlichen Raum müssen alle, auch wenn sie in Bezirkshauptstädten leben, um Hilfe zu bekommen nach Klagenfurt fahren. Es gibt **keine ausreichenden Angebote für Obdach- und Wohnungslose außerhalb von Klagenfurt.** Das lässt die Menschen erst in die Obdachlosigkeit fallen.

Bsp.: In Jugend auffälliges Verhalten, doch keine professionelle Hilfe (Privat und Schule) für Umgang mit Aggressionen. Selbstmord bester Freund – aus Lot und trotzdem keine Unterstützung. AMS mit gutem Lehrabschluss oder durchgehender Erwerbstätigkeit. Krise passiert, AMS stellt keine Fragen, weist Personen über Jahre nicht an professionelle Einrichtungen weiter. Problematiken bleiben bestehen und verhindern (Wieder-)Einstieg ins Berufsleben, Vermittlungsbemühungen des AMS gehen ins Leere weil **psychische Probleme unter der Wahrnehmungsschwelle bleiben.** **Was es nicht geben darf, gibt es auch nicht.** Professionelle Hilfe für offensichtliche psychische Krankheitsbilder kommt erst nach Zusammenbruch. Informationsdefizite, die verhindern, dass die vorhandenen Angebote rechtzeitig in Anspruch genommen werden.

Auto, das man sich momentan eigentlich nicht leisten kann; aber sobald zu Arbeit zurück, ist man auf Auto angewiesen und ohne Auto kein Job.

Wenige erreichbare Lehrplätze, eingeschränkte Wahlmöglichkeiten und die „falsche“ Ausbildung

Vieles von dem, was bei den beiden Männern schiefgelaufen ist, geht auf die Zeit vor dem ersten Kontakt mit dem AMS zurück: auch auf die Wahl des Berufs. Dieser ohnehin schwierige Schritt wird

durch die Gegebenheiten am Land nicht leichter: Die große Vielfalt von Lehrberufen wird nicht vorgestellt und steht ihm aus Mobilitätsgründen auch nicht zur Verfügung

Versorgungslücken am Land: fehlende Angebote, Ressourcen und Informationen

Wenn mit AMS keine Kommunikationsbasis entsteht, dann auch kein funktionierendes Betreuungs- oder Beratungsverhältnis.

Lücke in der Versorgung: fast drei Viertel der befragten Mitarbeiter·innen aus Non-Profit-Einrichtungen arbeiten in Klagenfurt oder Villach. Offene Frage, ob Ämter und Behörden in kleineren Städten Ressourcen haben, auf Armutsbetroffene mit komplexen Problemlagen einzugehen.

Von der AMS-Sperre in die Obdachlosigkeit

Dass AMS-Sperren ein ernsthaftes finanzielles Problem darstellen, wenn man selbst mit vollem Bezug ständig zu wenig Geld hat, liegt auf der Hand. Das ist ein Stück weit auch der Sinn der Disziplinierungsmaßnahme. Trotzdem ist wohl nicht intendiert, dass sie in Wohnungs- bzw. Obdachlosigkeit führen, wie das bei vier Personen der Fall ist. Bei keinem der Männer – und auch nicht beim vorbestraften Christoph – kümmert sich das Hilfesystem darum, wie sie während der Sperre zurandekommen, die häufig von einem (depressionsbedingten) Abtauchen begleitet ist. Dass am Ende einer AMS-Sperre Obdachlosigkeit steht, bedeutet extreme Armut – da bricht auch die Fassade der Männer zusammen, die ansonsten stets bemüht sind, alles selbst hinzukriegen.

Ländliche soziale Netze zwischen Unterstützung und Ausgrenzung

Die ländlichen sozialen Strukturen funktionieren für jene gut, die „dazugehören“.

Bsp.: Will im Freundeskreis und Familie nicht um Hilfe bitten. Wird obdachlos. In der kleinen Stadt, in deren Parks und WC-Anlagen er von den gespendeten Lebensmitteln im öffentlichen Kühlschrank in immer der gleichen Kleidung lebt, schauen alle weg. Kein Hilfsangebot. Nicht einmal, als er im Geschäft beim Stehlen von Lebensmitteln ertappt wird. **Obdachlosigkeit in einer Kärntner Kleinstadt scheint es nicht geben zu dürfen.**

Wählen zwischen guter öffentlicher Verkehrsanbindung und leistbarem Wohnraum

Was macht man beim AMS mit einem niedrigqualifizierten Klienten, der mit dem Bus erst von zu Hause losfahren kann, wenn die für ihn in Frage kommenden Stellen in aller Regel schon Arbeitsbeginn haben? Ist es zumutbar, dass er bei jeder Witterung mit dem Fahrrad einige Kilometer in die Stadt fährt und dann noch weiter mit dem Bus? Das Problem mit einem Umzug zu lösen, scheitert an den hohen Wohnkosten in der Stadt. Dieses strukturelle Problem nimmt so viel Flexibilität, dass es auf dem Arbeitsmarkt schwer ist, solange man im ländlichen Raum lebt.

3.2.5. Alkoholsucht, andere Abhängigkeiten, „falsche Freund·innen“

Unter Drogenexpert·innen gilt **Alkohol** als hochgefährlichⁱⁱⁱ, unter anderem weil er Genuss- und Rauschmittel gleichzeitig ist und zudem legal in jeder Menge erhältlich. Vor allem unter Männern beträchtlicher sozialer Druck, in Gesellschaft zu trinken. **Bsp.:** Gastrojob – Nur Alkohol gezahlt. Kein alkoholisches Getränk. → Nach Alkoholentzug von Freunden gehänselt. → Soziale Isolation. (S.60)

ⁱⁱⁱ Regina Walter-Philip, Drogenbeauftragte der Stadt Wien bezeichnete in der ZIB 2 am 12.3.2024 Alkohol als die gefährlichste Droge, unter anderem auch weil es volkswirtschaftlich katastrophal sei, was der Alkohol anrichte: Das liege an der Größenordnung, in der Alkohol konsumiert werde, aber auch daran, dass Alkohol ein Zellgift sei und daher jede Zelle im Körper angreife, was zB im Vergleich zu einer Substitutionstherapie wesentlich dramatischere gesundheitliche Folgen habe.

Nur ein einziger Interviewpartner berichtete von einer Drogenabhängigkeit, der jüngste von allen. (S.65)

Bsp.: Mitarbeiter:innen des AMS sind entgegenkommend und hilfsbereit. Trotzdem kein Ausweg aus dem Teufelskreis. Obwohl er Alkoholsucht völlig im Griff hat. Qualifizierungswunsch aufgrund Alters von 45 Jahren abgelehnt obwohl durchgehend ehrenamtlich in dem Bereich tätig ist, für den er sich ausbilden lassen wollte. Führt zu Schwarzarbeit: Hürden, beim Einstieg in regulären Arbeitsmarkt mit offensichtlichen Nachfrage nach preisgünstiger Unterstützung bei anstrengenden, technisch wenig anspruchsvollen oder anderen eigentlich einfachen Arbeiten in Haus und Garten. Ist Weg in die Mindestpension und Altersarmut grundgelegt.

Enthemmende Wirkung von Alkohol ist oft im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt bzw. Vernachlässigung von Kindern und Jugendlichen relevant. Für viele Sexdienstleisterinnen wird der Job auch leichter, wenn sie unter Alkohol- und Drogeneinfluss stehen. Stark betrunkene Sexdienstleister:innen gefährden sich selbst massiv, weil sie Kontrolle über das, was auf dem Zimmer passiert, verlieren. Zahlreiche Kolleg:innen in der Sexarbeit sind alkohol- und drogensüchtig.

Trinken, um zu vergessen (zB die eigene Obdachlosigkeit).

3.2.6. Vorstrafen und Gefängnisaufenthalte

Korrelation **frühe Wurzeln von Armut und spätere Kriminalität:** Aggressionen in Kindheit und Jugend wird Körperverletzung und Sachbeschädigung; aus einer Neigung zu Suchtmitteln resultieren Eigentumsdelikte und der Handel mit illegalen Drogen. Übermäßiger **Alkoholkonsum** und Gewalt sind miteinander verbunden (Bsp. S.62)

Erwerbstätigkeit: Vorlegen von Leumund ist Problem. Man wird längst Vergangenes nicht los. Ausschließlich die prekärsten Jobs, wie auch anderen Menschen, die auf die unterste Ebene der Jobpyramide angewiesen sind; in der Regel Zugewanderte mit sehr schlechten Deutschkenntnissen. Arbeitsbedingungen sind schlecht, Arbeitskräfte erpressbar und jederzeit austauschbar, die Arbeitsverhältnisse nicht auf Dauer ausgelegt.

Bsp.: Schrecken des Gefängnisses: Wurde als Überlebensstrategie heroinabhängig. Anderer wurde von Panikattacken und Depressionen heimgesucht.

Bsp.: Einerseits macht AMS Druck, andererseits sei klar, dass er kaum Chancen hat. Qualifizierungsmaßnahmen hätten in der Vergangenheit nichts gebracht und stehen aktuell nicht zur Verfügung.
→Schwarzarbeit

Bsp.: **Kellner-Ausbildung während Gefängnisaufenthalt bringt in Realität nichts →Erhoffter** Einstieg in den Arbeitsmarkt **geht ins Leere→Teufelskreis**

3.2.7. Frauengeleitete Migration: Arbeit, Liebe, Flucht

Sexarbeiter:innen

Bsp.: **Arbeitsmigration als Sexarbeiterin mit Ziel Kinder ein besseres Leben zu ermöglichen.** Sie leben außerhalb des Sozialsystems, obwohl sie hier erwerbstätig sind. Jahre lang keine Familienbeihilfe, viele haben keine Anmeldebescheinigung, keine Steuernummer, keine Kranken- oder gar Pensionsversicherung weil als Selbstständige selbst zuständig und nicht im AMS-System. Geld zu Familie in

günstigeres Herkunftsland. Taucht nie im öffentlichen oder Non-Profit-Hilfenetz auf. Eine Rückkehr ins Herkunftsland mit familiären Netz wird vorausgesetzt.

Wird Familie aus Heimat nachgeholt, hat Partnerin oder Partner regelmäßig Schwierigkeiten, in Arbeitsmarkt des Ziellandes zu finden. Muss Großfamilie, die massive Informationsdefizite haben, im teuren Österreich erhalten. Sie ist älter, verdient weniger. Partner verdient mit seiner prekären Arbeit weniger als Anna, weil unselbstständig und Sozialversicherungsabgaben gezahlt werden müssen.

Sexdienstleister·innen arbeiten in **prekären Arbeitsfeld**: formal selbstständig aber von Abhängigkeiten und ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen geprägt. Lokalbesitzer·innen verhalten sich wie „Chefs“, obwohl sie mit selbstständigen Unternehmer·innen arbeiten, behalten rund die Hälfte dessen ein, was die Kunden für die Dienstleistungen zahlen, und verrechnen zusätzlich teilweise noch Gebühren für Wäsche oder Hygieneprodukte, manchmal werden auch „Steuern“ eingehoben, für die nie eine Bestätigung vorgelegt wird. In den Laufhäusern werden hohe Tages- oder Wochenmieten verlangt, die Preise für die Dienstleistungen werden von den Betreiber·innen festgelegt. Auch dort hat die selbstständige Dienstleisterin wenig Spielraum. Das Risiko, dass das Geschäft nicht geht und gar kein Verdienst hereinkommt, tragen sie aber sehr wohl.

Asylberechtigte

„Mit der Migration erhöhte können psychosoziale Belastungen einhergehen (insbesondere bei sozial/sozioökonomisch benachteiligten Menschen und solchen mit Fluchterfahrungen)“⁸ wenn die Wunden: Gewalterfahrungen in Beziehungen durch Unfall aufbrechen ist hohe Gefahr für Teufelskreis.

In Österreich werden gute soziale und bildungsbedingte Ressourcen nur ansatzweise sichtbar weil oft Anrechnungsprobleme. **Bsp: Hochschuldozentin aus Afghanistan als Asylberechtigte in Österreich.** Sofort Zugang zum **österreichischen Sozialsystem** – und gerät mit ihm sehr bald in **Konflikt**. Von IDA, einem Austausch- und Bildungsangebot für Mütter, erfährt sie im Freundeskreis und nicht vom AMS, das sie im Gegenteil sperrt, weil sie keinen Kinderbetreuungsplatz nachweisen kann. AMS nicht unterstützt: Sie bekommt zu hören, ihre Sprachkenntnisse seien nicht ausreichend, und die Ausbildung müsse sie selbst bezahlen. Entwertung verstärkt vorhandene psychische Beeinträchtigungen und verhindert die Wahrscheinlichkeit einer nachhaltigen Erwerbstätigkeit

Kinderbetreuung

Zermürbendes Pingpong-Spiel zwischen der Suche nach einem Job und einem **Kinderbetreuungsplatz**, mit Interventionen von Magistrat (zuständig für die Sozialhilfe) und AMS (zuständig für die Arbeitsvermittlung) ist nicht spezifisch für Kärnten, sondern findet zB in Wien genauso statt⁹. Für einen Job eine Bestätigung für einen Kindergartenplatz für Kindergarten eine Jobbestätigung. AMS und Sozialamt drängen auf Arbeitsaufnahme, auch mit der Androhung, die Bezüge zu streichen.

Deutsch

Problemfeld: **Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache**. Alle sprechen fließend Deutsch mit vielen Fehlern. Müssen besser Deutsch sprechen und schreiben um ihrer Ausbildung entsprechend in Österreich einen kaufmännischen Beruf ausüben zu können. Haben aber nie Deutschkurs besucht. Gute Deutschkenntnisse sind der Angelpunkt für Ausbildung und eine nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt.

3.2.8. Der Bruch ungeschriebener Regeln

Armut auch für Akademiker:innen aus Österreich aus der Mittelschicht kommen sind vor der Dreh-türe auch nicht sicher. (S.82-86)

von den 13 armutsbetroffenen Befragten, über deren Kindheit ausreichend Informationen vorliegen, sind fünf in armutsbetroffenen Familien aufgewachsen, aber acht in der Mittelschicht.

3.3. Zwischen den Generationen: Eltern- und Kinderarmut

Wohlergehen ihres Kindes über das eigene, wie fast alle Gesprächspartner:innen mit Kindern: und zwar Armutsbetroffene und Mitglieder der Mittelschicht gleichermaßen. Tun alles, um dem Kind die eigene Erfahrung zu ersparen

Die Gründe wiederholen sich: bildungsfernes und zudem repressives Elternhaus, niedrige Qualifikation und ein Leben als Alleinerzieherin haben die Mutter in Armut gebracht, dazu kommen mehrere Ausprägungen von Suchterkrankung.

4. Das Eigenheim als Armutsfalle oder als Rettungsanker

hohe **Schulden** für das Eigenheim in Kombination mit einer schweren **Erkrankung** → nachfolgende Arbeitsunfähigkeit

Bsp.: Hausbau, mit dem man sich finanziell übernimmt; dementsprechend hohe **Schulden**; **Jobverlust**; **Scheidung** – das sind regelmäßige Stationen auf dem Weg in die Armut. Und **Einkünfte aus selbstständiger Arbeit hart an der Grenze zwischen Überleben und Ruin** lösen ebenfalls immer wieder Teufelskreise der Armut aus. EPU's haben häufig nicht nur ein kleines und unsicheres Einkommen, sondern sind auch im österreichischen Sozialsystem, das auf unselbstständige Erwerbstätigkeit ausgerichtet ist, vergleichsweise schlecht abgesichert – im Erwerbsalter genauso wie in der Pension.

Martina fällt mit Haus und Kredit aus allen Kategorien heraus: Vermögen und kann sich trotzdem die kleinsten Ausgaben des Alltags nicht leisten, seit sie (zumindest temporär) nicht mehr arbeitsfähig ist. Gründe:

- Arbeit in einer schlecht bezahlten Branche (konkret im Sozialbereich), überdies mit einer risikanten Kombination aus niedrigem Nominaleinkommen und hohen Zulagen
- Erkrankung (mit besonders niedrigem Krankengeld von 677 Euro pro Monat)
- sehr hoher Kredit für das Eigenheim (wenn auch mit fixer Verzinsung, die Inflation spielt also keine Rolle)

Die große Frage ist: **Was macht man bis zur (noch nicht gesicherten) Rückkehr in den Beruf? Auto verkaufen**, braucht man sobald es gesundheitlich wieder besser geht ein neues. Dafür hat man aber nicht die finanziellen Mittel. Haus verkaufen - muss man danach noch einmal ganz von vorne beginnen. Verkauft man beides nicht, weiß man weiterhin nicht, wovon Essen und Schulsachen für Kinder

kaufen. Beihilfen bekommt man keine solange Vermögen da ist. Aber enorme Kreditraten sind nicht möglich.

EPU: Einbruch des Geschäfts in den Corona-Lockdowns, ohne zureichende staatliche Hilfen. Mit **Kon-
toüberziehungen** wachsen die Schulden. **Glück**, auf Grund früherer unselbstständiger Erwerbstätig-
keit im AMS-System zu sein. Gute Erfahrungen mit AMS.

5. Handlungsbedarf und Lösungsansätze aus zwei Perspektiven

Entscheidungsträger·innen aus der öffentlichen Verwaltung und dem Non-Profit-Sektor kommen zu Wort.

Ziel: Teufelskreise durchbrechen und Austausch von Armut zwischen den Generationen unterbinden.

5.1. Aus Sicht der Betroffenen

- **Sexdienstleister·innen** bei Ankunft automatisch ein persönliches Informationsgespräch absolvieren müssten, damit sie nicht ahnungs- und rechtlos in der Rotlichtblase bleiben. Checkpoint ist super.
- Nach Burnout-Erkrankung, vor der Entlassung aus dem Krankenhaus, beim AMS etc. **Informationen für Nachbetreuung** geben.
- Verfügbarer und kostengünstiger Zugang zu **Psychotherapie** stärken
- **Betreuungen und Projekte von sozialen Organisationen stärken**, weil diese die notwendige Beziehungs- und Bindungsarbeit zur Problembewältigung leisten können. Wichtig ist auch Niederschwelligkeit und ständige Ansprechbarkeit, die Unterstützung bei Alltagsangelegenheiten und bürokratischen Prozessen sowie Kostenlosigkeit.
- **Heim und Wohngemeinschaften:** Wenn Betreuer·innen im Heim auf Druck und Sanktionen setzen kommt es zu keiner Bindung. In der WG haben alle Jugendlichen eigene Beziehungsbetreuer·innen. Das funktioniert besser. Es braucht Betreuungssettings ohne Druck mit gutem Zureden und
- **Obdachlosigkeit und Wohnungsnot im ländlichen Raum:** Mehr Ressourcen und eine bessere Qualifikation der Gemeindemitarbeiter·innen. Obdachlosenheim und Unterkünfte sind wichtig, weil in höchster Not rasch geholfen wird.
- Einzelgespräche bei **Beschäftigungsprojekten** für Umgang mit psychischen Erkrankungen.
- **Kinderbetreuung** während der Projektzeiten
- **Aktivitäten neben Deutschkursen** (zB die Suche nach Arbeit, aber auch das Kennenlernen des neuen Lebensmittelpunktes durch gemeinsame Ausflüge)
- Aus- oder Weiterbildung, die ihr einen **dauerhaften Job** ermöglicht
- **Gemeindewohnungen**
- **Kooperationsnetze** für EPUs – Gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit, Marketing etc., Graphiker

5.2. Aus Sicht von Entscheidungsträger:innen aus öffentlichem und Non-Profit-Sektor

Die wichtigen Details: S.119 - 135

Grundsätzliche Befunde

- **Es besteht ein breites und gutes Angebot zur Armutsbekämpfung in Kärnten.**
- **„Luft nach oben“ bei fallbezogener Vernetzung im Non-Profit-Bereich**

Das große Thema in der ersten Hälfte der Non-Profit-Runde war die Verbesserung der Vernetzung der Angebote. Strukturen, in denen fallbezogene Vernetzung als Standard vorgesehen ist und nicht von den mehr oder weniger zufälligen Gegebenheiten in Einzelfällen oder einzelnen Einrichtungen bzw. Regionen abhängt.

Hürden für die Vernetzung verorteten die Teilnehmer:innen sowohl im Non-Profit-Hilfesystem, zB die schlechtere Versorgung mit Hilfsangeboten in ländlichen Gebieten oder die Fluktuation beim Personal, als auch bei den Rahmenbedingungen: vor allem bei den Vorgaben der **Fördergeber:innen, die zB sogenannte „Doppelbetreuungen“ verhindern** oder so hohe Quoten bzw. kurze Betreuungszeiten vorgeben, dass wenig Zeit für den Austausch zwischen den Einrichtungen und damit auch für eine intensive Begleitung der Klient:innen bleibt.

- **Verbesserungspotential betreffend die personellen Ressourcen im öffentlichen Hilfesystem**

Überforderung angesichts der komplexen Problemlagen mancher Klient:innen und darauf aufbauend die Frage der **„richtigen“ Qualifikation**. Jenseits der Qualifikation wurden auch die beruflichen Belastungen und die Unterstützungsangebote diskutiert (zB **Supervision**), die den Mitarbeiter:innen des öffentlichen Dienstes offen stehen, aber vielleicht zu wenig in Anspruch genommen werden.

Ressourcenknappheit: Es gebe zu wenige Stellen für „richtig“ Qualifizierte, etwa Erwachsenensozialarbeiter:innen. Hinzu komme der ständig steigende administrative Aufwand für die Dokumentation der Arbeit, aber auch für im Zuge der diversen Krisen häufig auszahlenden Sonderzuwendungen. Auch hier wurde schließlich der Wunsch nach einer besseren finanziellen Ausstattung laut.

- **Innovative Ansätze in der Armutsprävention und –bekämpfung: Sozialraumorientierung**

Enthält auch ein präventives Element, denn wer weniger vereinzelt lebt, dessen Probleme werden eher wahrgenommen und in weiterer Folge mit größerer Wahrscheinlichkeit einer Lösung zugeführt.

Frühe Wurzeln der Armut kappen

- **Keine ausreichende Armutsprävention im Kindesalter:** „Die Kinder, die in WGs kommen, sind die Klienten von morgen.“

Kein ausreichendes präventives Netz, das schon frühzeitig bei den Kindern – etwa in den Familien oder Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe – gezielt ansetzt, um Armut später im Erwachsenenleben zu verhindern. Ein solches Netz wäre sinnvoll, weil es später immer wieder sehr schwer sei, erfolgreich zu intervenieren und einen Weg aus der Armut zu finden – auch wenn für die Erwachsenen ein umfangreiches Angebot bestehe. Bei Präventionsmaßnahmen im Kinder- und Jugendalter sah

man diesbezüglich der Inanspruchnahme von Programmen bessere Erfolgschancen, wobei eine umfassende und vernetzte Hilfe vorgeschlagen wurde, die auch die Bekämpfung materieller Kinderarmut beinhalten müsse.

- **Schwierige Vernetzung bei der generationenübergreifenden Betreuung von Familien**

Familie als Ganzes zu betreuen, also den Eltern wie den Kindern die jeweils notwendige und passende Unterstützung gleichzeitig zukommen zu lassen ist schwer aber notwendig. Im öffentlichen Hilfesystem stehe dem vor allem der **Datenschutz** im Weg: ein schneller und unkomplizierter, fallbezogener Austausch von Informationen zwischen den Mitarbeiter:innen der Sozialhilfe mit jenen der Kinder- und Jugendhilfe sei nicht möglich. Hinzu kämen als weitere Hürde die zu geringen personellen Ressourcen. Es habe jedoch eine Zeit gegeben, in der Jugend- und Sozialhilfe eine Einheit gebildet haben, damals habe man noch generationenübergreifen arbeiten können.

Best-Practice: *Frühen Hilfen*, ein Projekt der *Gesundheit Österreich GmbH (GÖG)*, das für werdende Eltern und Familien mit Kindern bis drei Jahren Unterstützung anbietet, wenn schwierige bzw. überfordrende Situationen auftreten.¹⁰ Vernetzung gerade dann schwierig, wenn Kinder mitbetreut werden müssten bzw. die Kinder- und Jugendhilfe involviert sei (und damit die Gefahr einer Kindesabnahme im Raum stehe). Was hier anklingt: Viele Unterstützungsangebote sind an ein bestimmtes Alter gebunden, eine Fortsetzung muss also erst gesucht, eine neue Vernetzung hergestellt werden.

Häusliche Gewalt: komplizierte Kooperationen zwischen den beiden Sektoren erzählt: Ob bei Kindern, deren Mütter im einem Frauenhaus Schutz suchen, eine Belastungseinschätzung durch die Kinderschutzzentren in die Wege geleitet werde, sei von der jeweiligen Bezirkshauptmannschaft abhängig und werde in Kärnten nicht einheitlich gehandhabt. Diese Belastungseinschätzung macht jedoch erst offensichtlich, welche Unterstützung für die Familienmitglieder nötig sei.

- **Kinderarmut bekämpfen – eine komplexe Herausforderung**

Wir haben kein einheitliches Bild von Armut in der Kindheit. Frage, ob es nicht zu wenig ist, Kinderarmut nur mit einzelnen Unterstützungsleistungen abzufedern, ohne nach den Gründen für die materielle Not zu suchen und dort anzusetzen, um eine nachhaltige Lösung zu finden, zB für die Teuerung. Und in den ländlichen Gebieten fehlen die Kooperationspartner:innen, die für eine Rundum-Betreuung unabdingbar wären.

- **Präventionsnetz durch elementarpädagogische Einrichtungen und Schulen dichter knüpfen**

Schulen schicken regelmäßig problembelastete Schüler:innen in die soziale Einrichtungen, in die Vernetzung sind die pädagogischen Institutionen aber nicht eingebunden. Im Sinne einer Prävention sei dies aber insbesondere für die elementare Kinderbildung und -betreuung wünschenswert. Es käme mit den Lehrer:innen auch eine neue Berufsgruppe hinzu, die eigentlich andere Aufgaben zu erfüllen habe. Um die Bildungseinrichtungen also sinnvoll einbinden zu können, meinte die Non-Profit-Runde, müssten dort zusätzlich Sozialpädagog:innen, Sozialarbeiter:innen oder Psycholog:innen eingestellt werden, die erstens das Lehrpersonal entlasten und unterstützen und zweitens die Vernetzung mit den sozialen Non-Profit-Einrichtungen und auch dem öffentlichen Hilfesystem tragen.

- **Hoch belastet, hoch gefährdet: Kinder aus Familien mit Migrationsgeschichte**

Kinder von Klient:innen mit Migrationsgeschichte, so war in der Non-Profit-Runde zu hören, sind immer wieder von jenen frühen Wurzeln von Armut belastet, die diesen Bericht durchziehen: eine von Brüchen durchzogene Kindheit und Jugend, materielle Armut sowie häusliche Gewalt. Hinzu kämen aber noch weitere migrationsspezifische Belastungen: zB Sprachprobleme und kulturelle Missverständnisse, Traumatisierung durch Fluchterlebnisse, Eltern, die in vielen Belangen nicht voll unterstützen können, eine Rollenkehr in der Familie, wenn die Kinder die Aufgaben der Eltern übernehmen. Häufig sei es vom Engagement der Schulen abhängig, ob die Kinder jene professionelle Hilfe finden, die sie brauchen. Erschwerend komme hinzu, dass es einen Mangel an Therapieplätzen gebe.

Teufelskreise durchbrechen

- **Der Spagat des AMS: zwischen großzügiger Betreuung und bloßer Stellenvermittlung**

Diffuses Bild, das auch die Betroffenen in den Köpfen haben. Die vielen Projekte und Initiativen, die vor allem im (Umfeld des) AMS bestehen und mit sehr hohem finanziellen Aufwand gefördert werden, wecken immer wieder Erwartungen und Hoffnungen, die dann beim Besuch in einer AMS-Geschäftsstelle nicht unbedingt eingelöst werden, denn dort gibt es einerseits Mitarbeiter:innen, die sich auf die Arbeitsvermittlung als Kernaufgabe beschränken, und andererseits solche, die sich als Berater:innen verstehen und das in ihren Kund:innen-Gesprächen leben.

Mobilitätsproblem im ländlichen Raum und AMS-Sperren wurde in der Non-Profit-Gruppe bestätigt. Konfliktlinie: Mobilitätsprobleme, Erkrankungen etc. können als Arbeitsunwilligkeit und daher für Sperren genommen werden. Ist nicht klar, ob es hier einheitliche Qualitätsstandards gibt.

- **Freiwilligkeit als Schwelle, Vertrauen als Brücke**

Die freiwillige Inanspruchnahme von Hilfsangeboten wurde in der Runde der öffentlichen Hand immer wieder als Hürde beschrieben, die zu den Teufelskreisen beiträgt. Da wird zum Beispiel mit dem Case-Management ein Instrument im öffentlichen Hilfesystem tatsächlich eingeführt, das von Expert:innen als sinnvolle Maßnahme schon lange gefordert wird – und dann belassen es die Betroffenen nicht bloß dabei, nicht hinzugehen, sondern lehnen es mit ihrer Unterschrift sogar ausdrücklich ab. Als Lösung wurde vorgeschlagen, dass Angebote wie die Erwachsenensozialarbeit dort eingerichtet sein sollten, wo sich die Betroffenen auf jeden Fall einfinden – die Freiwilligkeit schien dabei eher in den Hintergrund zu treten. Der Non-Profit-Bereich hingegen basiert auf Freiwilligkeit und muss daher auf andere Mittel zurückgreifen, um die Klient:innen zu gewinnen. Wo ein gelungenes Betreuungsverhältnis beruhend auf Vertrauen und Bindung stattfindet, haben freiwillige Angebote wohl gute Chancen. Dies reicht sicher nicht aus, um die Ablehnung völlig zu erklären.

- **Treffsicherheit, die Löcher ins Auffangnetz reißt**

Vorgegebene Rahmenbedingungen, die den sozialen Einrichtungen von den Fördergeber:innen der Treffsicherheit halber vorgegeben werden, reißen immer wieder Löcher ins soziale Netz. Zum Beispiel könne man Menschen, die im Rahmen eines Beschäftigungsprojekts nicht in vorgegebener Zeit in den Arbeitsmarkt integriert würden, sozialarbeiterisch nicht weiter begleiten; andererseits aber auch jene nicht, die den Einstieg zwar schaffen, aber noch nicht wirklich gefestigt seien und deshalb nach kurzer Zeit wieder aus dem Job fallen. Junge Erwachsene, die aus den Jugendprogrammen „herauswachsen“, stünden immer wieder von einem Tag auf den anderen ohne Betreuung da. Was daraus folgt, sei der Drehtüreffekt – oder wie er in dieser Kärntner Armutsstudie genannt wird: ein Teufelskreis, akkurat beschrieben im letzten der nun folgenden Zitate. Als Lösungen wurden längerfristige

Betreuungsketten vorgeschlagen, die Kontinuität bieten statt einer Wellenbewegung zwischen Chan-
ceneröffnen und Fallenlassen.

- **Blinde Flecken und Angebotslücken im ländlichen Raum**

Einigkeit in und zwischen den Gruppen: **In den Gemeinden und Bezirkshauptmannschaften ver-
schließe man häufig die Augen vor Armut** und versuche die Betroffenen aus den Augen und dem Sinn
zu bekommen. Das gehe so weit, dass Non-Profit-Einrichtungen (vor allem von Seiten der Bezirks-
hauptmannschaften) „*Prügel in den Weg geworfen*“ (NP-Sektor) würden, wenn sie planten, Hilfsan-
gebote einzurichten. Unter anderem auch deshalb gebe es in den ländlichen Gebieten kaum Hilfsan-
gebote (weder vom öffentlichen noch vom Non-Profit-Sektor). Für die Betroffenen folge daraus, dass
sie in die großen Städte fahren müssten, um Hilfe zu finden; für die großen Städte (insbesondere Klagen-
furt), dass dort ein Großteil der Armutsbekämpfung übernommen werden müsse, insbesondere
die **Obdachlosigkeit** betreffend. Klagenfurt versorge die meisten Kärntner Obdachlosen und über-
nehme damit eine beträchtliche Kostenlast. Die Betroffenen wiederum wohnen dann zwar gut be-
treut, aber auch entwurzelt in der Landeshauptstadt. In der Runde der öffentlichen Hand wurde der
Wunsch geäußert, die anderen Städte mögen sich an den Aufwendungen der Stadt Klagenfurt betei-
ligen und außerdem vor Ort ein Versorgungsangebot aufbauen.

Hinzu komme, dass es im ländlichen Raum zwar sehr wohl Menschen gebe, die objektiv **armutsbe-
troffen** seien, dies **selbst aber nicht so empfinden**, zB weil sie schon immer so gelebt haben. Ihnen
zustehende Sozialleistungen holten sie nicht ab, bis es gar nicht mehr anders gehe, denn hier spiele
zusätzlich noch die **Scham** eine Rolle: Lieber lebe man in Kargheit, als vielleicht vom sozialen Umfeld
dabei beobachtet zu werden, wie man ins Sozialamt geht.

Gemeinden haben eine zentrale Rolle: Die Bürgermeister:innen bzw. deren Mitarbeiter:innen seien
mit dem, was in den Gemeinden geschehe, in der Regel gut vertraut und kennen die Beteiligten per-
sönlich. Ist Vorteil, und die Zusammenarbeit funktioniere besser als mit den Bezirksverwaltungsbe-
hörden, meinte die Nonprofit-Runde. Beide Gruppen sagen, die Gemeinden helfen in Notfällen im-
mer wieder mit viel gutem Willen, allerdings (zu) wenig Fachkenntnis. Das Ergebnis sei dann unzu-
reichend bzw. wenig nachhaltig und deshalb de facto allzu oft eine Verschwendung von finanziellen
Ressourcen. In der Non-Profit-Runde wurde ein Beispiel gebracht, wie nachhaltige Lösungen rund um
eines der derzeit brennendsten Probleme, den **Mangel an leistbarem Wohnraum**, aussehen können
– ein Lösungsansatz. Wie oben beim die Arbeitsmarktintegration betreffenden Vorschlag geht es
auch hier um einen individuellen Zugang und die aktive Einbindung der beteiligten Akteur:innen so-
wie um eine längere sozialarbeiterische Begleitung, die den Betroffenen die nötige Zeit gibt, vorhan-
dene Probleme erfolgreich zu lösen – und so Nachhaltigkeit schafft.

Modelle der aufsuchenden bzw. mobilen Versorgung: Bis ins letzte Kärntner Tal eine flächende-
ckende Unterstützungsstruktur aufzubauen, sei nicht realistisch, war sich die Non-Profit-Runde einig.
Menschen dort treffen, wo sie leben. Als erfolgreich hätten sich unkomplizierte Treffen auf Augenhö-
he erwiesen, denen man von außen nicht ansehe, dass es sich um Beratungsgespräche handle und
bei denen die Betroffenen den Ort aussuchen können. Ziel sei, die Menschen vor Ort zu erreichen,
damit sie nicht „entwurzelt“ würden. Diese Art der mobilen Beratung und Betreuung sei aber kosten-
intensiv, müsse also dementsprechend gefördert werden.

Die Runde der öffentlichen Hand stand den aufsuchenden Angeboten etwas distanzierter gegenüber,
aber auch dort wurde von erfolgreichen Modellen berichtet (vor allem Community Nursing und
Kärntner Gesundheits-, Pflege- und Sozialservice): Der Bedarf sei hier höher als das Angebot, nach

gefragten Leistungen umfangreicher als eigentlich vorgesehen. Nicht bewährt haben sich hingegen fixe Sozialsprechstage in Klagenfurter Stadtteilen, die ebenso wenig Anonymität bieten wie ein vergleichbarer Sprechtag im Dorf.

Menschen mit familiärer Migrationsgeschichte würden von einem guten (mobilen) Unterstützungsnetz im ländlichen Raum besonders profitieren. Die Wohnungen seien zum Beispiel preiswerter, vor allem aber würden die Kinder profitieren, weil die Schulen am Land weniger überfordert seien und deshalb den einzelnen Schüler:innen mehr Aufmerksamkeit schenken könnten.

Mobilität wichtig, weil sich die Betroffenen kein Auto leisten können. Wie weiter oben beschrieben, war dies ein Diskussionspunkt in der Runde des öffentlichen Sektors rund um die Arbeitsvermittlung des AMS, fand aber im Laufe der Gespräche mehrmals Erwähnung.

- **Psychische Beeinträchtigungen**

Es bestand Einigkeit darüber, dass das Sozialsystem bei diagnostizierten Erkrankungen gut greift, Uneinigkeit hingegen darüber, wie selbstverständlich eine **Diagnose** ist.

In der Non-Profit-Runde ging es vor allem darum, dass zwar ein gutes **Therapie-Angebot** für verschiedene Zielgruppen besteht – dass dieses allerdings noch immer nicht ausreicht und lange Wartezeiten auf einen Therapieplatz entstehen bzw. weniger schwere Fälle nachgereiht werden.

Teil 2

Armut in Kärnten aus 315 professionellen Perspektiven

Ergebnisse Fragebogenerhebung, September 2023

1. Einleitung – Geschulte Blicke aus nächster Nähe

Die Befragung der Kärntner Sozialexpert:innen beleuchtet Armut aus verschiedenen professionellen Perspektiven. Sie beschreibt das vorhandene Unterstützungsangebot und dessen Inanspruchnahme sowie die großen Problemfelder der Betroffenen. Der hohe Rücklauf (315 Fragebögen) und das große Engagement beim Antworten (selbst bei der letzten Frage wurden noch lange Kommentare eingetragen) sorgen für aussagekräftige Ergebnisse.^a

Armutsbetroffene zu unterstützen, gehört zu den zentralen Aufgaben vieler sozialer Einrichtungen, das gilt für die großen mit ihren breit gefächerten Tätigkeitsfeldern genauso wie für die kleinen mit ihrer häufig engeren Spezialisierung. Es sind keineswegs ausschließlich Angebote, die das Etikett „Armut“ oder „finanzielle Unterstützung in Notlagen“ tragen, die von Armutsbetroffenen in Anspruch genommen werden (müssen). Denn die finanzielle Not wird – das hat der erste Teil der Studie ja anschaulich gezeigt – einerseits hervorgerufen, andererseits begleitet von Problemen, die auch Menschen mit ausreichendem Haushaltsbudget treffen können: zB körperliche und psychische Beeinträchtigungen und Erkrankungen, Schwierigkeiten am Wohnungs- oder Arbeitsmarkt, Fragen der Aus- und Weiterbildung oder häusliche Gewalt. Und so findet sich in sehr vielen Einrichtungen (unabhängig von ihrer inhaltlichen Spezialisierung) unter den Klient:innen auch ein mehr oder weniger großer Anteil, der in Armut lebt; andere Stellen werden ausschließlich von Armutsbetroffenen besucht, sind auf sie ausgerichtet. Das geht von Non-Profit-Organisationen über Behörden bis zu Gesundheitseinrichtungen (Spitälern, Therapiezentren usw.) oder Interessensvertretungen wie etwa der Arbeiterkammer. Jede dieser Quellen lernt Armut aus einem anderen Blickwinkel kennen und kann wie bei einem Puzzle ein Stück zum Gesamtbild hinzufügen. Genau das ist im Rahmen der Online-Fragebogenerhebung der Kärntner Armutsstudie 2024 geschehen.

Wer täglich mit Armutsbetroffenen zu tun hat (wie die Sozialexpert:innen in den vielen befragten Einrichtungen), ist mit der Lebenssituation der eigenen Klient:innen in der Regel hervorragend vertraut. Fügt man möglichst viele solcher Expertisen zusammen, dann entsteht ein qualifizierter Überblick über die verschiedenen Erscheinungsformen von Armut: von den aktuell **brennendsten Problemen** bis hin zu einer geradezu seismographischen Wahrnehmung von **Veränderungen und Trends**, die sich gerade erst abzuzeichnen beginnen. Ein Beispiel aus einer vergangenen Studie: Im Frühjahr 2015 erhoben die WU Wien und die Armutskonferenz mittels persönlicher Interviews, welche Leistungen österreichische Nichtregierungsorganisationen in der Armutsbekämpfung erbringen. In den weitgehend offen geführten Interviews erhielt das Problemfeld Wohnen – das in einer zehn Jahre älteren Vorgängerstudie nur im Zusammenhang mit Obdachlosigkeit eine Rolle gespielt hatte – einen völlig neuen und plötzlich dominanten Stellenwert. Erstens sprachen die Mitarbeiter:innen der sozialen Einrichtungen bereits im Frühjahr 2015 – es war das Jahr der sogenannten Flüchtlingskrise – davon, dass die Quartiere für die gerade eintreffende große Zahl von Geflüchteten nicht ausreichten: Das im Sommer dann eintretende Chaos war also in Wahrheit keine Überraschung, zumindest nicht

^a Im Vorfeld der Fragebogenerhebung wurden einige Sozialexpert:innen persönlich befragt, um den Fragebogen möglichst praxisnah zu gestalten. Die Auswertung dieser Interviews fließt in die Einleitung ein, die also schon die ersten Ergebnisse der Kärntner Armutsstudie 2023 enthält.

für jene, die an der Basis für die Klient:innen arbeiteten. Langfristig noch bedeutender war jedoch, wie oft und mit welcher Vehemenz zweitens erklärt wurde, dass es generell zu wenig leistbaren Wohnraum gebe, und zwar eklatant zu wenig. Und so überschattete in dieser Studie das Wohnen alle anderen armutsbezogenen Problemfelder: durchaus unerwartet, denn weder in die politische Diskussion noch in die mediale Berichterstattung oder in die statistischen Daten war das für uns mittlerweile so vertraute Problem des leistbaren Wohnens zu diesem Zeitpunkt vorgedrungen. Individuell war den Befragten auf Grund ihres täglichen Klient:innenkontakts aber schon klar, dass sich hier gerade ein neues Problemfeld aufmachte; dass dies aber unterschiedlichen Befragten mit unterschiedlichen Spezialisierungen gleichzeitig klar wurde, brachte dann die wissenschaftliche Auswertung der Interviews zu Tage.

Je höher der Rücklauf bei einer Fragebogenerhebung, desto allgemeingültiger natürlich die Ergebnisse. Die **315 vollständig ausgefüllten Fragebögen** der Kärntner Armutsstudie 2024 sind auf jeden Fall als hoher Rücklauf zu werten, auch wenn er sich nicht leicht in Prozent ausdrücken lässt. Bei Online-Erhebungen ist nämlich nur schwer festzustellen, wie viele Personen den Fragebogen – meist in Form eines Links – überhaupt erhalten haben. So hat nicht nur das Kärntner Armutsnetzwerk (das die Befragung organisiert hat) ein E-Mail mit der Bitte um Teilnahme an seine Verteilerliste verschickt, sondern auch das Land Kärnten. Dazu kamen intern versendete Aufforderungen innerhalb einiger Einrichtungen. Man kann davon ausgehen, dass rund 800 Personen von ihren Vorgesetzten oder einer ähnlich relevanten Instanz direkt auf den Fragebogen hingewiesen wurden, der dann aber unter Umständen noch weiter verteilt wurde, was ausdrücklich gewünscht war. Berücksichtigt man, wie viele Mitarbeiter:innen die in Frage kommenden Einrichtungen (aus sämtlichen für die Armutsbekämpfung relevanten Teilbereichen) haben, kann der Kreis der möglichen Adressat:innen auf rund 1.000 Personen erweitert werden. Damit liegt der Rücklauf zwischen geschätzten 32 und 39 Prozent.

Offene Antworten in Fragebögen sind wichtig, um das Wissen und die Erfahrungen der Befragten voll auszuschöpfen, aber sie erfordern beim Beantworten Zeit und Nachdenken. Trotzdem haben noch am Schluss des langen Fragebogens 242 Expert:innen ihre persönlichen Gestaltungsvorschläge für die Sozialpolitik auf Landes- und Bundesebene ausformuliert. **Dafür (und überhaupt für die Teilnahme an der Befragung) allen ein herzliches Dankeschön: Ohne Sie gäbe es die Kärntner Armutsstudie 2024 in dieser Form nicht!**

Die Fragebogenerhebung bietet einen statistischen Rahmen für die persönlichen Gespräche mit Betroffenen, die im ersten Teil der Studie ausgewertet wurden. Der zweite Teil beginnt mit einem Überblick darüber, wer den Fragebogen beantwortet hat und welche Unterstützungsangebote vorliegen, dann werden die verschiedenen Gruppen von Armutsbetroffenen bzw. deren Problemlagen beschrieben, wie sie sich aus der Sicht der Vertreter:innen des Hilfesystems darstellen. Ein genauer Blick gilt dem Non-Take-Up von Hilfsangeboten und den Schwierigkeiten rund um die Sozialhilfe.

„Wir sind ja Mittelschichtfuzzis. Wir kommen heim, wir haben eine warm geheizte Wohnung, wir haben hoffentlich keine Geldsorgen, wir haben lösbare Probleme oder nicht einmal die. Da kommen wir aber mit Leuten zusammen, da sind die Probleme unlösbar, und das chronisch, über zehn Jahre. Zu glauben, dass wir (...) wirklich verstehen können, was das heißt – das können wir nicht. Wir müssen uns bekennen zu der Lücke. Wir können Studien haben, wir haben die Erfahrung mit diesen Leuten, und darum können wir uns auch zu Wort melden, weil wir mit diesen Leuten face to face in Kontakt sind, aber wir müssen auch auf die Gruppe selber schauen.“ (Leiter:in soziale Non-Profit-Einrichtung, 2015)¹¹

2. Wer geantwortet hat – die Struktur der Stichprobe

Art der Einrichtung: von Non-Profit-Einrichtungen bis zur öffentlichen Hand

Wie wichtig **soziale Non-Profit-Einrichtungen** für die Armutsbekämpfung sind, zeigt sich daran, dass 61 Prozent der Fragebögen in diesem Bereich ausgefüllt wurden. Genau ein Viertel der Antworten kam aus dem **öffentlichen Sektor**, zB von Ämtern und Behörden. Vier Prozent der Fragebögen stammen aus **Interessenvertretungen**. Es bleibt ein Rest von zehn Prozent, der eine breite Vielfalt abdeckt, zum Beispiel medizinische und pädagogische Einrichtungen.

Arbeiten Sie ...?

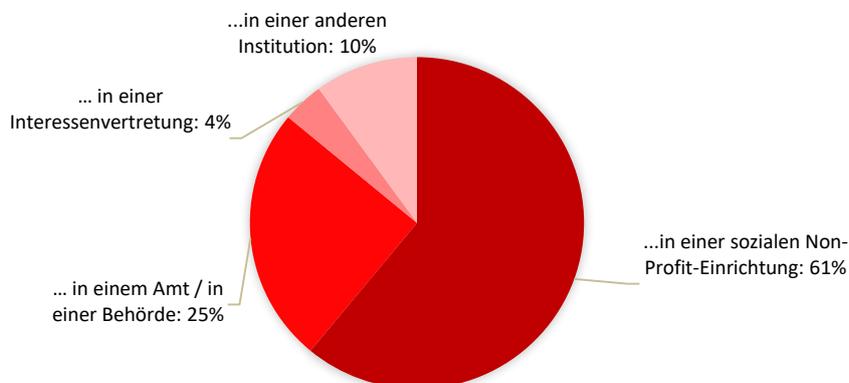


Abbildung 1: Struktur der Stichprobe – Art der Einrichtung

Regionale Verteilung: dichtes Angebot in Klagenfurt, Lücken am Land

Gut die Hälfte der Antworten stammt von Befragten, deren Dienststelle in **Klagenfurt** liegt (51 %), bei 16 Prozent in **Villach**. Das ergibt in Summe zwei Drittel. Für die anderen Bezirke bleiben nur kleine Anteile: Spittal an der Drau (8 %), Wolfsberg (6 %), Feldkirchen (5 %), Völkermarkt (4 %), St. Veit an der Glan (4 %), Klagenfurt Land (3 %), Villach Land (2 %) sowie Hermagor (1 %). Auch wenn die Zahlen nicht eins zu eins das Angebot widerspiegeln, lassen sie den Schluss zu, dass sich die Unterstützung für Armutsbetroffene in den beiden großen Kärntner Städten konzentriert, vor allem in Klagenfurt. Aus den persönlichen Interviews, die im Vorfeld der Fragebogenerhebung mit Sozialexpert:innen geführt wurden, geht hervor, dass von Klagenfurt aus auch andere Gebiete bearbeitet werden. Auf der anderen Seite erzählen aber mehrere Betroffene in den Interviews, dass sie extra nach Klagenfurt fahren oder sogar ihren Wohnort dorthin verlegt haben, um passende Unterstützung zu erhalten.

Ort der Dienststelle

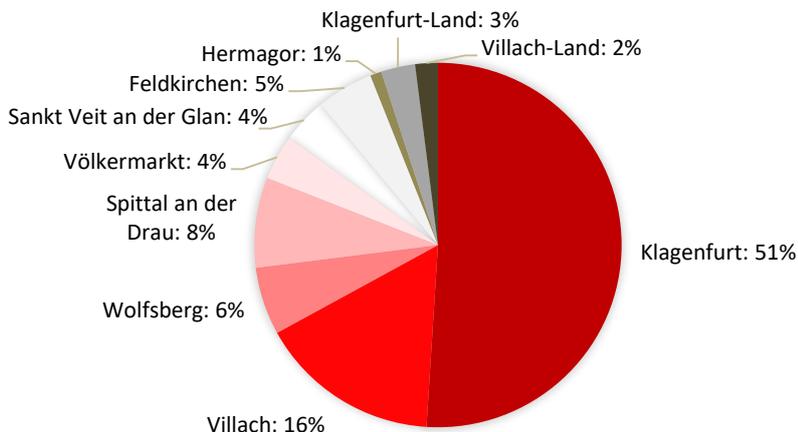


Abbildung 2: Struktur der Stichprobe – Ort der Dienststelle

Diese Konzentration ist bei den **Non-Profit-Organisationen** deutlich stärker ausgeprägt als bei den Einrichtungen der öffentlichen Hand: 53 Prozent der Antworten der sozialen Einrichtungen kamen aus Klagenfurt, 20 Prozent aus Villach, was sich auf knapp drei Viertel aufsummiert. Die **Behörden und Ämter**, in denen Fragebögen ausgefüllt worden sind, haben hingegen ihre Dienststellen nur zu 40 Prozent in Klagenfurt, aber jeweils zu rund zehn Prozent in Villach, Wolfsberg, Spittal an der Drau, Völkermarkt und St. Veit an der Glan. Dass es öffentliche Stellen in allen Bezirken gibt, wenn auch mit einem gewissen Schwerpunkt im Verwaltungszentrum Klagenfurt, ist nicht weiter überraschend; aber dass sie alle in der Kärntner Armutsstudie 2024 so gut vertreten sind, erhöht die Aussagekraft der Erhebung, weil auf diese Art Expert:innen zu Wort kommen, die Armut nicht nur in der Stadt, sondern auch in ländlichen Gebieten kennen. Ämter und Behörden, deren primäre Aufgabe es ist, für finanzielle Absicherung zu sorgen, sind also für armutsbetroffene Menschen, die häufig mit Mobilitätseinschränkungen zu kämpfen haben (s. dazu Kapitel 4.7), vergleichsweise besser erreichbar als die Non-Profit-Einrichtungen, deren Schwerpunkt bei der Beratung und Betreuung liegt. Es gibt also in Kärnten ein Defizit bei Betreuungsleistungen in ländlichen Gebieten. Dies wird von den befragten Expert:innen bestätigt, denn eine ihrer sozialpolitischen Forderungen zielt auf besser erreichbare, niederschwellige Beratungsangebote im gesamten Bundesland (s. S. 79).

Ort der Dienststelle

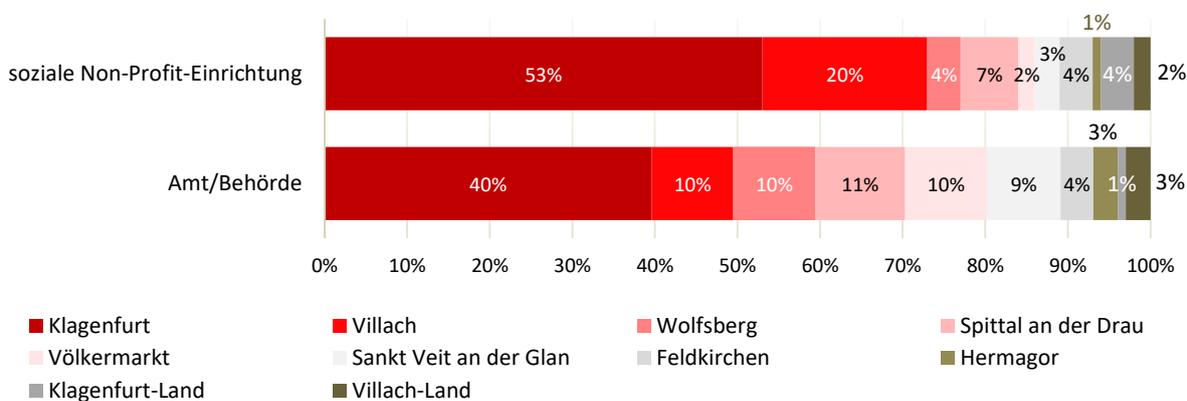


Abbildung 3: Struktur der Stichprobe – Ort der Dienststelle nach Art der Einrichtung

Dass Klagenfurt aber auch mit Blick auf die Einrichtungen der öffentlichen Hand ein „Wasserkopf“ ist, zeigt der **Vergleich mit der Bevölkerungsstatistik**¹²: 2022 lebten 29 Prozent der Kärntner Bevölkerung in der Landeshauptstadt (18,1 %) oder in deren Umland (Klagenfurt Land: 10.8 %). Worüber die statistischen Daten keine Auskunft geben, ist die Verteilung der armutsbetroffenen Bevölkerung im Bundesland. Es bleibt also die Frage offen, ob die Konzentration der Hilfsangebote für Armutsbetroffene in den Städten sich (auch) daraus erklärt, dass dort überdurchschnittlich viel Armut herrscht.

Die Respondent:innen: hohe Qualifikation und lange Berufserfahrung

Die fachliche Vielfalt, die von den Befragten in die Studie eingebracht wird, ist groß. Der Schwerpunkt liegt auf der **Sozialarbeit** (39 %). Stark vertreten sind auch **Pädagog:innen** (17 %) und eine gemischte Gruppe von weiteren Akademiker:innen (11 %), zB **Jurist:innen, Mediziner:innen oder Psychotherapeut:innen**. Die Sozialarbeiter:innen sind zu 70 Prozent im Non-Profit-Bereich und zu 26 Prozent im öffentlichen Dienst tätig, die Pädagog:innen fast ausschließlich in Non-Profit-Bereich (92 %), also nicht in der Schule.

In welcher Funktion unterstützen Sie Menschen, die von Armut bedroht bzw. betroffen sind?

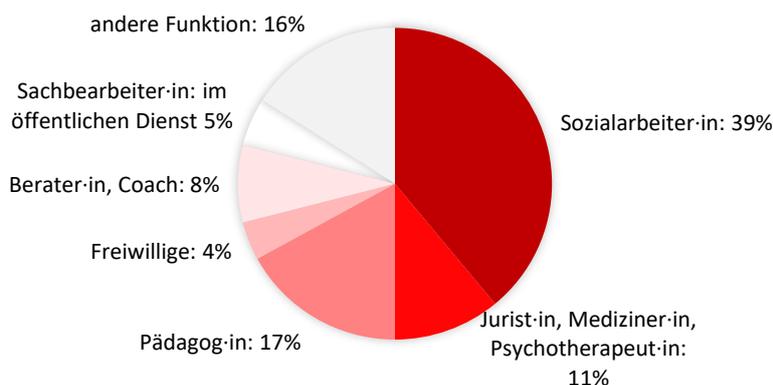


Abbildung 4: Struktur der Stichprobe – Funktion

Die Mehrheit der Befragten weiß aus langer beruflicher Erfahrung, wie Armut in Kärnten aussieht: 46 Prozent arbeiten schon länger als zehn Jahre mit Armutsbetroffenen. Lediglich 20 Prozent blicken auf eine vergleichsweise kurze Tätigkeit von unter drei Jahren zurück.

Seit wie vielen Jahren arbeiten Sie mit und für Menschen, die von Armut bedroht bzw. betroffen sind?



Abbildung 5: Struktur der Stichprobe – berufliche Erfahrung in Jahren

Das Angebot: Schwerpunkte bei Wohnen und Arbeit, Psyche und Familie

Mehr als 40 Prozent der befragten Expert:innen bieten Unterstützung zu den Themen **Wohnen** (43 %) und **Arbeit** (42 %), mehr als ein Drittel zu **psychischer Gesundheit** (36 %) und **Familie** (35 %). Je rund ein Viertel befasst sich mit **Sucht** (26 %), **Aus- und Weiterbildung** (25 %), **körperlicher Gesundheit** (23 %) oder hilft ohne besondere Schwerpunkte bei allen Themen (26 %). Jede fünfte Organisation hilft bei **häuslicher Gewalt** (19 %) sowie bei Problemen im Umfeld von **Flucht, Migration und Integration** (21 %). Elf Prozent nannten Tätigkeitsfelder, die über die vorgegebenen Antwortmöglichkeiten hinausgingen; vergleichsweise stark vertreten waren hier finanzielle Beratung und Hilfe sowie Unterstützung rund um Straffälligkeit.

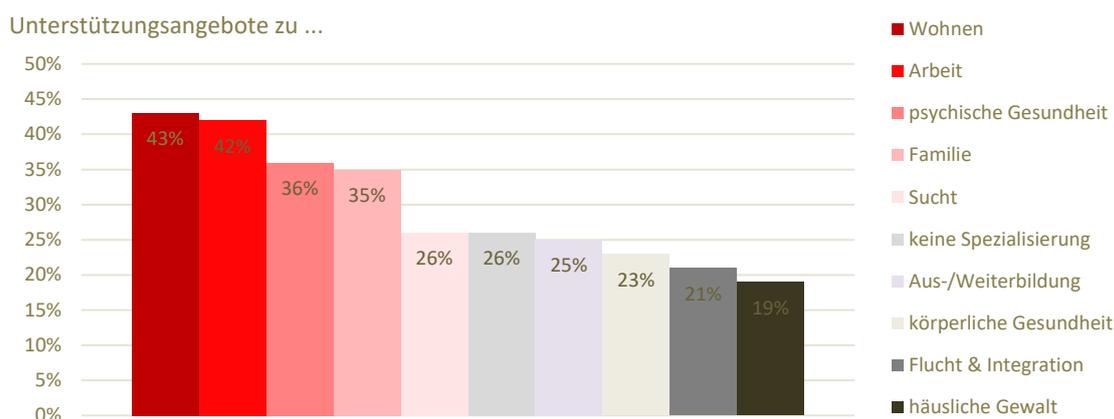


Abbildung 6: Struktur der Stichprobe – Unterstützungsangebote nach Themenschwerpunkt

Eine **Spezialisierung** auf nur ein einziges Problemfeld liegt in kaum einer Einrichtung vor. Ganz im Gegenteil ist das Angebot meist ebenso vielfältig wie die Armut selbst. Dass die vier Themengebiete Arbeit, Wohnen, psychische Gesundheit und Familie insgesamt so oft genannt wurden, liegt daran, dass sie sozusagen die vier großen Querschnittsmaterien sind, mit denen die Mehrheit der befragten Einrichtungen ständig konfrontiert ist – nicht anders als die Armutsbetroffenen selbst.

Die **Verbindung der Problemfelder miteinander** ist unterschiedlich eng; wie eng, das zeigt die folgende Tabelle. Besonders enge Zusammenhänge zeigen sich zwischen körperlicher und psychischer Gesundheit, zwischen Sucht und psychischer Gesundheit sowie zwischen Aus-/Weiterbildung und Arbeit: 92 Prozent der Einrichtungen, die Unterstützung beim Problemfeld körperliche Gesundheit leisten, und 90 Prozent der Suchthilfestellen haben auch Angebote für das Problemfeld psychische Gesundheit. 90 Prozent der Aus- und Weiterbildungsorganisationen betreuen und beraten auch betreffend Arbeit. Das Thema Wohnen steht einmal mehr im Vordergrund: Es ist bei allen befragten Institutionen unabhängig von ihrer Spezialisierung ein dominantes „Zweiterarbeitsfeld“. Die insgesamt größte Themenvielfalt zeigen Einrichtungen, die auf die körperliche Gesundheit spezialisiert sind.

^b Dies obwohl in der Befragung kaum „klassische“ Gesundheitseinrichtungen wie Spitäler oder Arztpraxen vertreten sind.

... kann zu ... % auch bei diesen Themen helfen ↓	Wer Unterstützung zu den folgenden Themen anbietet, ...								
	Arbeit	Wohnen	Körperl. Gesund.	Psych. Gesund.	Sucht	Familie	Flucht	Aus-/ Weiter- bildung	Häusl. Gewalt
Arbeit		72 %	81 %	71 %	75 %	67 %	71 %	90 %	67 %
Wohnen	75 %		86 %	75 %	84 %	76 %	77 %	71 %	75 %
Körperl. Gesund.	45 %	46 %		59 %	69 %	51 %	55 %	51 %	58 %
Psych. Gesund.	62 %	63 %	92 %		90 %	69 %	70 %	62 %	78 %
Sucht	47 %	50 %	77 %	64 %		56 %	59 %	41 %	65 %
Familie	56 %	62 %	78 %	68 %	77 %		79 %	65 %	85 %
Flucht	36 %	38 %	49 %	40 %	48 %	47 %		48 %	55 %
Aus-/Weiterbild.	54 %	41 %	55 %	43 %	40 %	46 %	58 %		48 %
Häusl. Gewalt	31 %	33 %	48 %	41 %	48 %	46 %	50 %	37 %	

Tabelle 1: Unterstützungsleistungen der befragten Einrichtungen

Auch mit Blick auf die Themenschwerpunkte bestätigt sich, dass in Kärnten Klagenfurt die zentrale Anlaufstelle für hilfeschende Armutsbetroffene ist: Für alle Themen gemeinsam befinden sich 51 Prozent der von der Kärntner Armutsstudie erfassten Angebote in der Landeshauptstadt. Noch stärker ist diese Konzentration bei den Problemfeldern Sucht (63 % in Klagenfurt), aber auch bei Flucht, Migration & Integration (58 %) sowie Aus- und Weiterbildung (57 %). In Villach, wo insgesamt 16 Prozent der Unterstützungsangebote zu finden sind, gibt es bei einigen Problemfeldern eine vergleichsweise schwache Versorgung: vor allem in Bezug auf die psychische Gesundheit und auf Suchterkrankungen (je 10 % aller einschlägigen Kärntner Angebote).

Die Frage, welche Zielgruppen von den Angeboten gut oder schlecht erreicht werden, wird im nächsten Kapitel ausführlich behandelt.

3. Die Klient:innen – Armutsbetroffene und -gefährdete in Kärnten

Wer sucht am häufigsten bei den befragten Einrichtungen Hilfe? Frauen; Menschen, die in Klagenfurt, Villach oder Wolfsberg wohnen; niedrig Qualifizierte mit maximal Pflichtschulabschluss; junge Erwachsene; Alleinstehende; und Alleinerziehende.

Aus den Ergebnissen erfahren wir vor allem, wer den Weg zur Hilfe findet. Werden statistische Daten über die Armutsgefährdung zum Vergleich herangezogen, kann man darauf schließen, für welche Gruppen es ausreichend Angebote gibt und wo Lücken in der Versorgung bestehen. Und die Ergebnisse sind auch vorsichtig zu lesende Hinweise auf jene Gruppen in Kärnten, die ein hohes Armutsrisiko tragen. Vorsichtig, weil Angebot und Zugang, Inanspruchnahme bzw. Nicht-Inanspruchnahme (Take-up und Non-Take-up) eine große Rolle spielen.

„Nehmen Menschen aus folgenden Personengruppen sehr oft, oft, eher selten oder nie Ihre Dienste in Anspruch?“

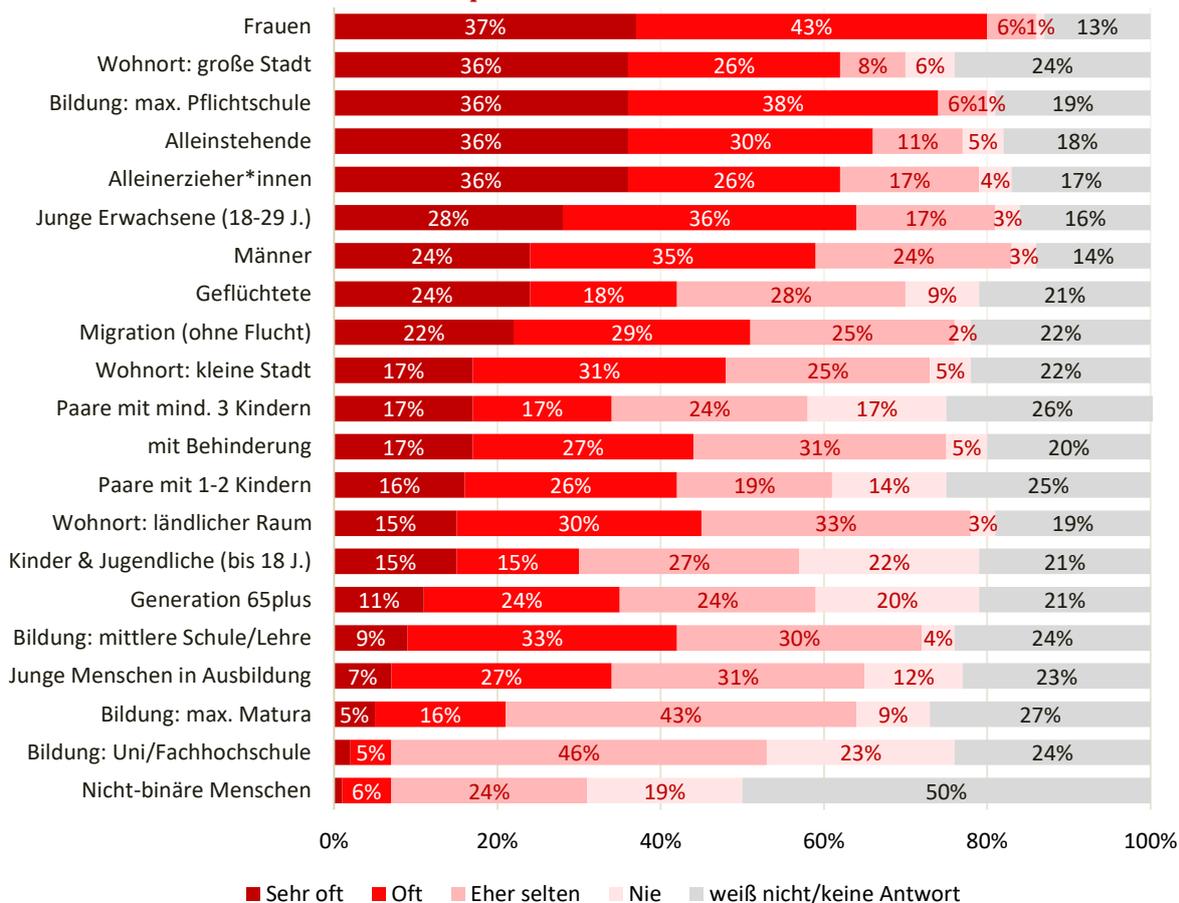


Abbildung 7: Klient:innen – Häufigkeit in Prozent

3.1. Wichtige Klient:innen-Gruppen im Detail

Geschlecht: Frauen klar in der Mehrheit

80 Prozent der Expert:innen gaben an, dass **Frauen** (sehr) oft ihre Hilfe in Anspruch nehmen. Für **Männer** gilt das nur zu 59 Prozent.^c Ob **nicht-binäre Personen** kommen, ist oft nicht bekannt (weiß nicht: 22 %, keine Antwort: 27 %), bei sieben Prozent zählen sie aber zur Kernklientel.

Klient:innen: Geschlecht

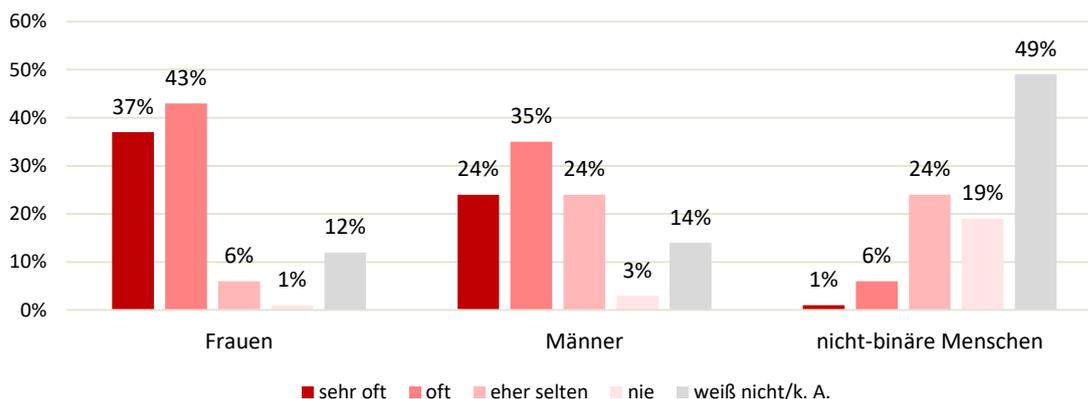


Abbildung 8: armutsbetroffene/-gefährdete Klient:innen – Geschlecht

Manche Problemfelder erscheinen besonders „weiblich“, weil die Differenz zwischen Frauen und Männern, die Unterstützung suchen, hier noch größer ist: Aus- und Weiterbildung, körperliche Gesundheit, psychische Gesundheit, Familie und häusliche Gewalt.

Eine Frage drängt sich angesichts der Zahlen auf: **Sind Frauen so viel öfter von Armut betroffen? Oder suchen sie bereitwilliger Hilfe als die Männer? Oder gibt es für Frauen die passenderen Angebote?** In Kärnten gelten je 13 Prozent der Frauen und Männer laut EU-SILC-Erhebung^d als armutsgefährdet (Ö ges.: ♀ 15 %, ♂ 13 %).¹³ Für die erhebliche materielle und soziale Benachteiligung^e greifen wir auf die besser interpretierbaren Zahlen für ganz Österreich zurück, auch hier zeigt sich kaum ein geschlechtsspezifischer Unterschied: drei Prozent bei Männern, vier Prozent bei Frauen.¹⁴ Allerdings weisen neue Forschungsergebnisse¹⁵ darauf hin, dass die tatsächliche Armutsbetroffenheit von Frauen mit den traditionellen Erhebungsmethoden nicht vollständig erfasst wird. Diese ziehen stets Haushalte (und nicht Individuen) für die Messung von Armut heran: Wenn das Haushaltseinkommen oberhalb der Armutsgefährdungsschwelle liegt, heißt das nicht, dass das auch für das Einkommen der Frau allein gilt, sprich: Sie ist vom Mann abhängig, will sie nicht in Armut rutschen.

^c Kärnten 1.1.2023 – Männer: 278.471, Frauen: 290.513 (Land Kärnten 2023, S. 33).

^d Die EU-SILC-Erhebung erfasst alljährlich das Ausmaß und die Charakteristika von Armut statistisch repräsentativ für Österreich. Für Kärnten und die anderen Bundesländer werden stets die Erhebungen von drei Jahren zusammengefasst, um Ergebnisse mit größerer Aussagekraft zu gewinnen. Trotzdem sind bei manchen Untergruppen die Fallzahlen für eine Interpretation zu gering; in solchen Fällen werden in diesem Bericht die Ergebnisse für ganz Österreich herangezogen.

^e „Als armutsgefährdet gelten nach EU-Vorgaben jene Personen, deren bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Nettohaushaltseinkommen weniger als 60 % des Median-Einkommens eines Landes beträgt.“

„Als erheblich materiell und sozial benachteiligt gilt nach EU-Vorgaben, wer sich von 13 Merkmalen, die als Mindestlebensstandard festgelegt wurden, mindestens sieben nicht leisten kann. Diese reichen von unerwarteten Ausgaben bis zu 1.300 Euro (2022) über Freizeitaktivitäten bis hin zu einer angemessen warmen Wohnung.“ (Statistik Austria – online. EU-Definitionen zum Indikator Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung).

Stadt versus Land: viel Luft nach oben im ländlichen Raum

Wie gut werden armutsbetroffene Menschen, die in ländlichen Gebieten wohnen, von den Unterstützungsangeboten erreicht? Wer den ersten Teil gelesen hat, weiß: Das ist eine der zentralen Fragestellungen der Kärntner Armutsstudie. Dass sich die Standorte der sozialen Non-Profit-Einrichtungen sowie (sehr viel weniger ausgeprägt) auch der Ämter und Behörden in Klagenfurt und Villach konzentrieren, zeigt die Struktur der Stichprobe mit großer Klarheit (siehe S. 27). Aber erreichen die Angebote die ländliche Bevölkerung trotzdem in ausreichendem Maß vor Ort, etwa durch aufsuchende Sozialarbeit oder Sprechstunden in den Dörfern? Diese Frage kann für die Non-Profit-Einrichtungen mit einem eindeutigen Nein beantwortet werden: 71 Prozent der Mitarbeiter:innen haben (sehr) oft Klient:innen aus den drei größten Kärntner Städten Klagenfurt, Villach und Wolfsberg. Nur 51 Prozent berichten vom (sehr) häufigen Besuch von Armutsbetroffenen aus den kleineren Städten (zB Spittal an der Drau, St. Veit an der Glan oder Feldkirchen).^f Und gar nur 25 Prozent gaben an, dass Menschen, die im ländlichen Raum leben, zu den (sehr) häufigen Klient:innen gehören. Bei den Institutionen der öffentlichen Hand sieht das völlig anders aus, die ländliche Bevölkerung wird gut erreicht: 44 Prozent der Ämter- und Behördenvertreter:innen haben (sehr) oft Kund:innen aus den großen Städten, ebenfalls 44 Prozent aus den kleinen Städten. Der urbane Raum ist also gleichmäßig abgedeckt. Aber 66 Prozent gaben an, (sehr) häufig für Armutsbetroffene aus dem ländlichen Raum zu arbeiten. Das liegt auch daran, dass viele öffentliche Einrichtungen an der Befragung teilgenommen haben, die in den kleineren Städten für ländliche Gebiete zuständig sind, lässt aber trotzdem auf einen beträchtlichen Bedarf schließen, der von der Sozialwirtschaft bei weitem nicht abgedeckt wird – vom öffentlichen Sektor hingegen sehr viel besser. Armutsbetroffene aus den größeren Städten nehmen überdurchschnittlich oft Angebote zu Sucht und häuslicher Gewalt in Anspruch. Für die Bewohner:innen der kleineren Städte und ländlichen Gebiete zeigen sich Lücken insbesondere bei den Gesundheitsangeboten, am Land außerdem bei Suchterkrankungen sowie Aus- und Weiterbildung.

Wohnort Klient:innen: Stadt - Land

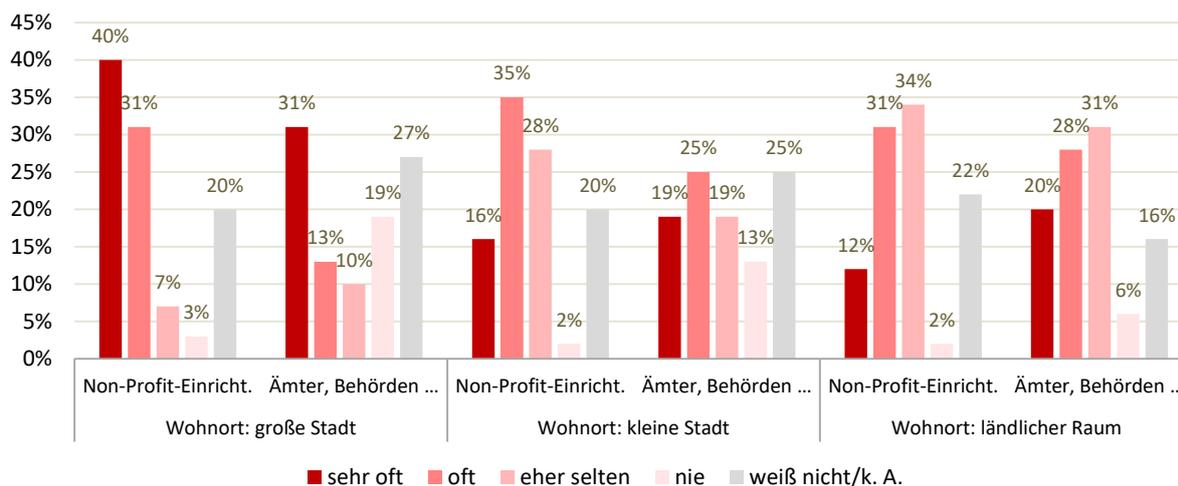


Abbildung 9: armutsbetroffene/-gefährdete Klient:innen – Wohnort große Stadt, kleine Stadt, ländlicher Raum

^f Kärnten 2022: Rund ein Drittel der Kärntner Bevölkerung lebt in den drei größten Städten Klagenfurt, Villach und Wolfsberg, ein gutes Viertel in den kleineren Städten mit weniger als 20.000 Einwohner:innen, und die gute Hälfte im ländlichen Raum (eigene Berechnungen, Land Kärnten 2023, S. 38ff.). Die Daten der EU-SILC-Erhebung über die Armutsgefährdung lassen sich hier nicht sinnvoll für einen Vergleich heranziehen, da dort mit anderen Kategorien gearbeitet wird, die für Kärnten mit seinen im Österreichvergleich kleinen Städten nicht gut passen bzw. nicht hinreichend fein sind.

Alter: Hindernisse beim Start ins Leben, Lücken in der Versorgung der Älteren

Was das Alter betrifft, greift die Befragung Gruppen heraus, für die eine überdurchschnittliche Armutsgefährdung besteht: nämlich die Jungen und die Alten, sozusagen die Ränder des Lebens. Laut EU-SILC 2023 liegt in Kärnten die Armutsgefährdung im Alter von 0 bis 24 Jahren bei 20 Prozent, in der Generation 65^{plus} bei 15 Prozent, bei den 18- bis 64-Jährigen aber nur bei 12 Prozent^g. Die Kärntner Armutsstudie verwendet eine andere Alterseinteilung:

Klient:innen: Alter

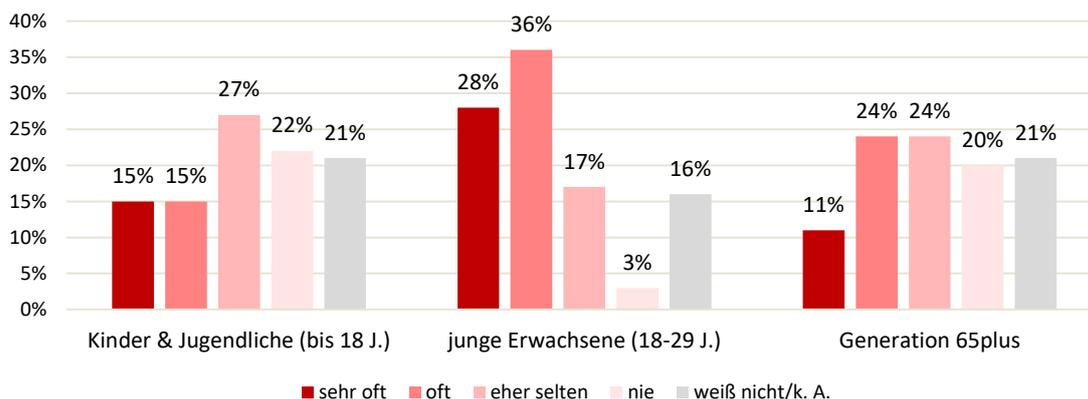


Abbildung 10: armutsbetroffene/-gefährdete Klient:innen – Alter

Am Beginn (in Kindheit und Jugend sowie beim Übergang zum Erwachsensein) werden viele Weichen für den weiteren Lebensweg gestellt;¹⁶ hier kann man sinnvoll ansetzen, um Armut zu verhindern. Und gegen Ende des Lebens wirkt nach, wie die Biografie davor verlaufen ist – dann zeigt sich, welche Rahmenbedingungen und persönlichen Entscheidungen, externen Gegebenheiten und individuellen Dispositionen Armut begünstigen oder abwehren.

30 Prozent der befragten Expert:innen haben (*sehr*) oft Klient:innen unter 18 Jahren, 27 Prozent *eher selten*, 22 Prozent *nie*.^h Kinder und Jugendliche suchen also mit oder ohne Eltern keineswegs so oft Unterstützung, wie es ihre hohe Armutsgefährdung nahelegen würde. Wenn doch, dann am ehesten bei einer Non-Profit-Einrichtung (*sehr oft*: 21 %, *oft*: 18 %, Σ 39 %). Organisationen mit folgender Spezialisierung haben überdurchschnittlich viele sehr junge Klient:innen: häusliche Gewalt (45 %), Flucht, Migration & Integration (42 %), psychische Gesundheit (35 %), Sucht (35 %) sowie Familie (34 %).

Nach dem 18. Geburtstag steigt die Frequenz, mit der junge Menschen Unterstützung suchen, sprunghaft an: Nahezu zwei Drittel der Expert:innen berichten, dass 18- bis 29-Jährige (*sehr*) oft ihre Dienste in Anspruch nehmen (64 %) und nur drei Prozent, dass dies *nie* geschieht. Die Non-Profit-Einrichtungen haben auch für diese Zielgruppe hohe Bedeutung (68 %), wohingegen der Weg zum Amt oder zur Behörde unterdurchschnittlich häufig eingeschlagen wird (56 %). Ein inhaltlicher Schwerpunkt sticht heraus: 73 Prozent der Organisationen, die Probleme in Zusammenhang mit Flucht, Migration und Integration bearbeiten, haben junge Erwachsene als häufige Klient:innen.

Konkret nach Problemen beim „Start ins Leben“ befragt, sagen 58 Prozent der Expert:innen, dass sie (*sehr*) oft mit jungen Erwachsenen zu tun haben, die diesbezüglich kämpfen (z. B. weil sie noch nie

^g Ö ges. – 0 bis 17 Jahre: 20 %, 65^{plus}: 16 %, 18 bis 64 Jahre: 13 %, (EU-SILC 2023., S. 160).

^h Auch die Statistik des Landes Kärnten arbeitet mit anderen Alterskategorien als die vorliegende Befragung: Sie zählte zum 1.1.2023 75.056 Personen im Alter von 0 bis 15 Jahren (13 %), 362.682 (64 %) von 16 bis 64 Jahren und 131.246 (23%) ältere Personen (eigene Berechnungen, Land Kärnten 2023, S. 34).

erwerbstätig waren); 19 Prozent *manchmal*, zehn Prozent *seltener* und nur drei Prozent *nie*. Und diese Probleme haben in den letzten zwölf Monaten vor der Befragung, in denen die Nachwirkungen der Pandemie noch zu spüren waren und die hohe Inflation zu einer weiteren Krise geführt hat, weiter zugenommen, wie 36 Prozent der Befragten meinten (*gleich oft*: 33 %, *seltener*: 3 %).

Ein gutes Drittel der Expert:innen gab an, dass **Menschen der Generation 65^{plus}** (*sehr oft*) Unterstützung in ihrer Einrichtung suchen (35 %), 20 Prozent, dass die Älteren *nie* kommen. Das weist angesichts der hohen Armutsgefährdungsquote auf eine Lücke in der Versorgung hin, die bei den Einrichtungen der öffentlichen Hand kleiner zu sein scheint als im Non-Profit-Sektor (65^{plus} *nie*: öffentlich – 14 %, Non-Profit – 25 %; 65^{plus} (*sehr oft*): öffentlich – 40 %, Non-Profit – 35 %).

Wenn die **Alterspension niedrig** ist, belastet das die häufig noch vielen Jahre, die das Leben abschließen: 46 Prozent der Sozialexpert:innen kennen aus ihrem Berufsalltag diese *sehr oder eher oft* auftretende Herausforderung für die Betroffenen, die häufig jünger als 65 Jahre sind und dann besonders niedrige Pensionen beziehen, wie etwa krankheitsbedingte Frühpensionist:innen – oder ein Großteil der Frauenⁱ. Die Inflation hat dieses Problem verschlimmert, wie 24 Prozent der Befragten berichteten.^j Die Sozialexpert:innen sehen hier Handlungsbedarf und fordern: „*extrem den Mindestpensionisten unter die Arme greifen – Altersarmut ist sehr angestiegen!!*“ sowie „*massiver Ausbau der Betreuung von alten und vereinsamten Menschen (SIB - Senioren-Intensiv-Betreuung)*“.

Bildungsabschluss: ein Schlüssel zur Armutsprävention

(Aus-)Bildung gilt als ein Schlüssel zur Vermeidung von Armut: Die Ergebnisse der Expert:innen-Befragung bestätigen dies: je höher der Bildungsabschluss, desto seltener der Besuch bei einer Hilfseinrichtung, die sich mit armutspezifischen Themen befasst. Fast drei Viertel der Organisationen beraten und betreuen (*sehr oft*) Klient:innen, die **nicht mehr als die Pflichtschule** hinter sich gebracht haben (74 %), 42 Prozent **Absolvent:innen einer mittleren Schule oder Lehre**, nur noch die Hälfte davon Menschen mit **maximal Matura** (21 %) und lediglich sieben Prozent **Akademiker:innen**.^k Die Daten aus der österreichweiten EU-SILC-Erhebung sind hier nicht in gleichem Maß eindeutig: Zwar haben Pflichtschulabsolvent:innen mit 28 Prozent ein weit überdurchschnittliches Armutsrisiko, aber alle anderen Bildungsstufen liegen in etwa gleich auf (*mittlere Schule/Lehre*: 10 %, *Matura*: 12 %; *Universität/Fachhochschule*: 13 %)¹⁷.

ⁱ EU-SILC zählt in Kärnten 27.000 alleinlebende Frauen mit Pension (EU-SILC 2023, S. 166). Alleinlebende Frauen mit Pension tragen österreichweit eine sehr hohe Armutsgefährdung von 28 Prozent (EU-SILC 2023, S. 72). Auch die befragten Sozialexpert:innen geben in ihren offenen Antworten im Fragebogen an: Ein aktuell brennendes Problem seien „Frauen in Altersarmut aufgrund von Scheidung und zu wenig Arbeitsjahren“.

^j Bei den jungen Erwachsenen sind, siehe oben, sogar 36 Prozent der Befragten von einer Verschlimmerung der Situation durch die Teuerung ausgegangen. Schaut man jedoch die Enthaltungsrate an, dann wird klar, dass man in den Einrichtungen über die jungen Erwachsenen ganz einfach mehr weiß als über die Pensionist:innen, was als weiterer Hinweis darauf gelesen werden kann, dass die älteren Menschen den Weg zur Hilfe nur schwer finden und einschlagen (*weiß nicht/trifft nicht zu*: problembelasteter Start ins Leben 18 %, niedrige Alterspension 30 %).

^k 2021 hatten in Kärnten 41.868 Personen nicht mehr als die Pflichtschule als höchsten formalen Bildungsabschluss, 1.217.201 Personen eine berufsbildende mittlere Schule oder eine Lehre (ohne Matura), 49.890 Personen eine Schule mit Matura sowie 51.351 Personen eine Hochschule oder Universität. (Land Kärnten 2023, S. 293)

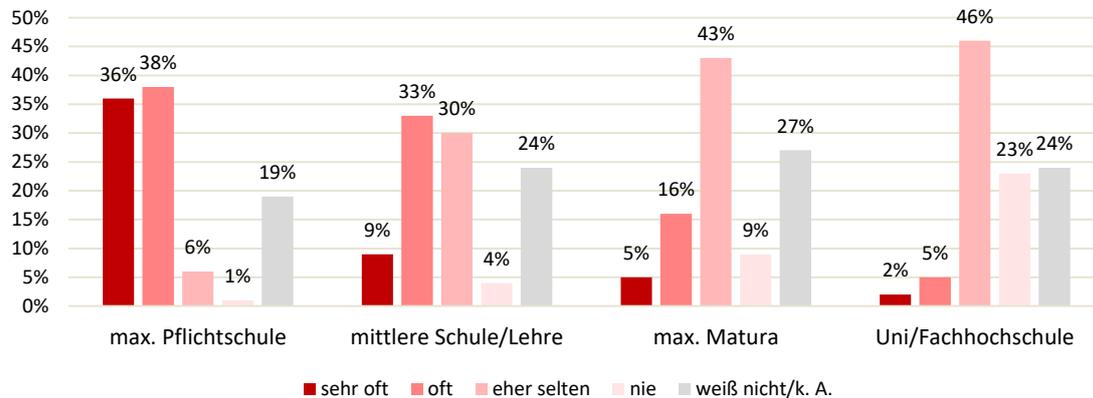
Klient:innen: höchster Bildungsabschluss

Abbildung 11: armutsbetroffene/-gefährdete Klient:innen – höchster Bildungsabschluss

Was bei den **Pflichtschulabsolvent:innen** auffällt: Gerade bei Einrichtungen, wo man es am meisten erwarten würde, sind sie unterdurchschnittlich vertreten, nämlich bei den Aus- und Weiterbildungsanbietern (*sehr oft/oft Klient:in*: 63 %). Die Lösung liegt möglicherweise darin, dass Schulabbrüche häufig mit anderen Problemlagen einher gehen, die im weiteren Lebensverlauf erhalten bleiben. Dazu würde passen, dass Einrichtungen, die auf Sucht (73 %), häusliche Gewalt (74 %) und Flucht, Migration & Integration (74 %) spezialisiert sind, besonders häufig von Klient:innen mit Nur-Pflichtschulabschluss berichten. Derartige Problemlagen stehen einer Aus- und Weiterbildung oft im Weg. Sie müssen in Angriff genommen werden, bevor man an eine nachhaltige Qualifizierung denken kann: zB durch Suchttherapie, psychologische Betreuung oder einen Sprachkurs.

Auch bei den **Absolvent:innen einer Lehre oder mittleren Schule** sind die Themen Sucht (*sehr oft/oft Klient:in*: 50 %, \varnothing 42 %) und häusliche Gewalt (48 %) stark präsent, dazu kommen noch Beeinträchtigungen der psychischen Gesundheit (46 %).

Und noch ein Detail über die **höher Gebildeten**: Für sie sind die Interessenvertretungen wichtige Anlaufstellen. 42 Prozent der dort arbeitenden Expert:innen berichteten von (sehr) häufigen Klient:innen, die maximal Matura haben (\varnothing 21 %), 17 Prozent von Akademiker:innen (\varnothing 7 %).

Haushaltsform: Alleinerzieher:innen und Großfamilien gut beraten

Wie viele Personen in einem Haushalt wohnen und wie er sich zusammensetzt, ist für die Armutsgefährdung von großer Bedeutung: Einelternhaushalte und große Familien mit mindestens drei Kindern tragen laut EU-SILC ein besonders hohes Armutsrisiko (Ö ges.: 41 bzw. 31 %), Familien mit ein bis zwei Kindern hingegen ein leicht unterdurchschnittliches (Ö ges.: 7 bzw. 14 %)¹⁸. Das zeigt sich zum Teil auch bei den befragten Expert:innen: 62 Prozent berichten, dass **Alleinerzieher:innen** (sehr) oft Hilfe suchen. Diese hoch armutsgefährdete Gruppe wird also gut erreicht. Die eher seltenen, aber hoch armutsgefährdeten Großfamilien, also **Paare mit mindestens drei Kindern**, sind bei immerhin 34 Prozent der befragten Expert:innen (*sehr*) *häufige* Klient:innen, die zahlreichen, aber unterdurchschnittlich armutsgefährdeten **Paare mit ein oder zwei Kindern** in 42 Prozent.¹ Diese drei Familienformen gehören bei Ämtern oder Behörden deutlich regelmäßiger als bei Non-Profit-Organisationen zu

¹ 2022 in Kärnten – Einelternhaushalte Mutter: 15.100, Vater: 3.100; Paare mit 1 Kind: 19.300, mit 2 Kindern: 15.800, mit mind. 3 Kindern: 4.800 (Land Kärnten 2023, S. 68).

jenen Klient:innen, die (*sehr oft*) Unterstützung suchen^m, was ein Hinweis darauf sein könnte, dass es hier vor allem um finanzielle Unterstützungsleistungen, zB die Familienbeihilfe, geht. Je größer die Familie ist, desto dominanter werden Fragen rund um Flucht, Migration und Integration.

Klient:innen: Haushaltsform

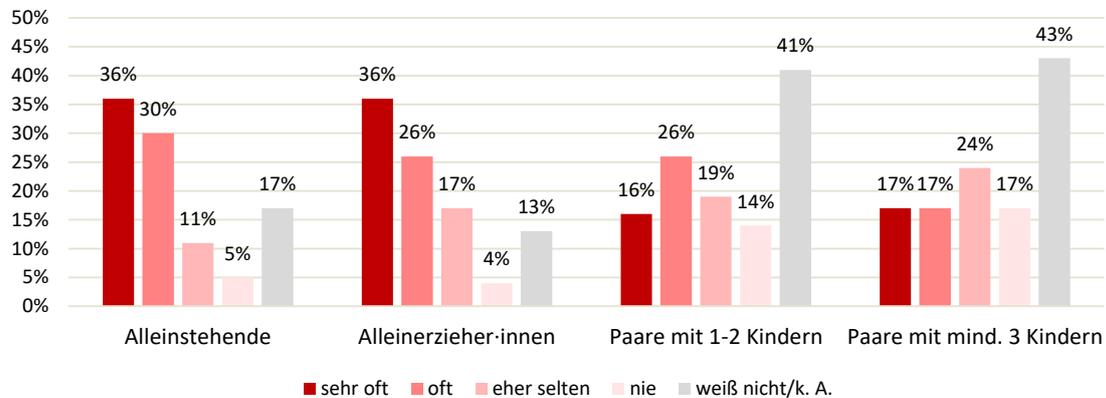


Abbildung 12: armutsbetroffene/-gefährdete Klient:innen – Haushaltsform

Alleinlebende tragen stets ein höheres Armutsrisiko als Mehrpersonenhaushalteⁿ. Sie gehören zu den Klient:innen besonders vieler Einrichtungen, und es gibt unter den Befragten kaum Expert:innen, die nie mit Alleinlebenden zu tun haben (*sehr oft/oft Klient:in*: 66 %, *nie*: 5 %). Diese Zielgruppe scheint also den Weg zu den Hilfsangeboten sehr gut zu finden. Hier sei auf den generellen weiblichen Überhang unter den Klient:innen verwiesen (s. Seite 33), der sich zumindest teilweise aus einer großen Zahl von weiblichen Alleinlebenden ergeben könnte, die ein ungleich größeres Armutsrisiko haben als die Männer.^o Auch von den alleinlebenden Frauen und Männer berichteten Organisationen der öffentlichen Hand öfter als Non-Profit-Einrichtungen, dass sie (*sehr häufig*) Klient:innen seien (71 vs. 64 %). Die Hauptproblemlagen der Alleinlebenden betreffen die psychische Gesundheit, Suchterkrankungen sowie Fragen rund um Flucht, Migration & Integration.

Flucht- bzw. Migrationsgeschichte in der Familie: Integration durch Betreuung

Menschen mit familiärer Migrationsgeschichte sind weit überdurchschnittlich armutsgefährdet: nicht-österreichische Staatsangehörige zu 34 Prozent, Eingebürgerte zu 18 Prozent.^p Die Zahlen stammen aus der EU-SILC-Erhebung 2023¹⁹ und beziehen sich auf ganz Österreich, die kleine Kärntner Stichprobe ist nicht interpretierbar. Von den befragten Expert:innen werden Migrant:innen, die nicht geflüchtet, sondern eingewandert sind (zB um hier zu arbeiten), häufiger vertreten als Asylwerber:innen, Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte (*sehr oft/oft Klient:in*: 51 vs. 42 %; *nie*: 2 vs. 9 %). Beide Gruppen gehören bei rund der Hälfte der befragten Non-Profit-Mitarbeiter:innen zu

^m Alleinerzieher:innen: (*sehr oft*) bei Non-Profit-Einrichtungen 54 %, bei Ämtern, Behörden 83 %; Paare mit ein bis zwei Kindern: (*sehr oft*) bei Non-Profit-E. 35 %, bei Ämtern, Behörden 54 %, Paare mit mind. drei Kindern: (*sehr oft*) bei Non-Profit-E. 28 %, bei Ämtern, Behörden 44 %).

ⁿ Armutsgefährdung Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder und ohne Pension: 6 %, mit Pension: 10 %. Die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei der Armutsgefährdung von Alleinlebenden sind beträchtlich: Alleinlebende Männer mit Pension sind weniger armutsgefährdet als jene ohne Pension (17 vs. 26 %), bei alleinlebenden Frauen spielt das Alter kaum eine Rolle (mit Pension: 28 %, ohne Pension: 25 %). (EU-SILC 2023, S. 72)

^o 2022 in Kärnten – Einpersonenhaushalte Männer: 44.100, Frauen: 57.500 (Land Kärnten 2023, S. 68)

^p Kärnten 2022: Nicht-österreichische Staatsbürgerschaft: 72.968 Personen (13 %). Die Mehrheit von 8 % hat eine EU-26-Staatsbürgerschaft, 5 % kommen aus Drittstaaten. (eigene Berechnung; Land Kärnten 2023, S. 42)

den (*sehr*) häufigen Klient:innen, aber nur bei rund einem Drittel der Behörden und Ämter (Migrant:innen: 57 vs. 38 %, Geflüchtete: 48 vs. 33 %), was ein Hinweis darauf ist, dass die Kärntner Sozialwirtschaft einen hohen Beitrag zur Integration von Menschen mit familiärer Migrationsgeschichte leistet. Die dominanten Problemfelder der Geflüchteten sind Wohnen und Aus- & Weiterbildung, jene der sonstigen Migrant:innen Familie und häusliche Gewalt.

Klient:innen: Migrations-/Fluchtgeschichte

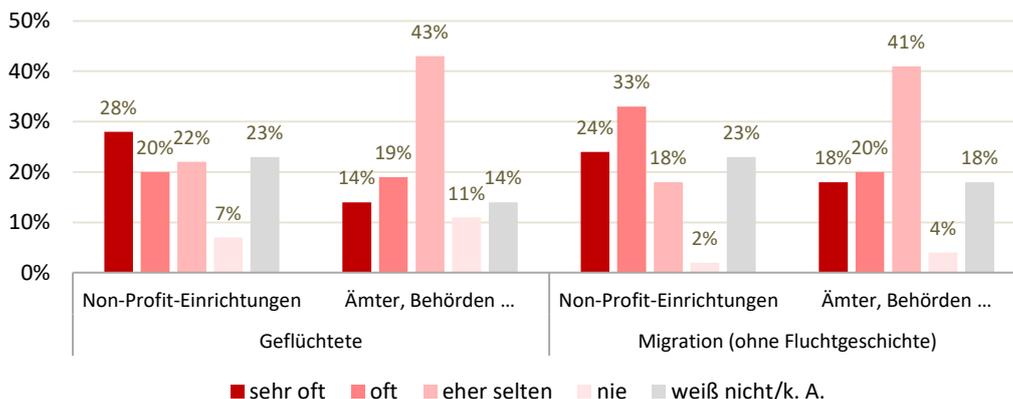


Abbildung 13: : armutsbetroffene/-gefährdete Klient:innen – Migrations-/Fluchtgeschichte

Gesondert wurde danach gefragt, wie oft Klient:innen mit unsicherem Aufenthaltsstatus (und daher zB eingeschränktem oder gar keinem Zugang zum Arbeitsmarkt) Unterstützung suchen. Im Vergleich zu anderen Problemlagen scheint dies nicht vorrangig zu sein: Ein Viertel der Befragten gab an, dass dieses Problemfeld (*sehr*) oft zu bearbeiten sei, 21 Prozent kreuzten *selten* an und 12 Prozent *nie*.

Behinderung als beträchtliches Armutsrisiko

Personen mit Behinderung tragen ein überdurchschnittlich hohes Armutsrisiko.⁹ Bei den befragten Expert:innen sind sie zu nur fünf Prozent *nie* vertreten, zu 44 Prozent hingegen (*sehr*) oft, was für Ämter und Behörden noch mehr gilt als für Non-Profit-Einrichtungen (54 vs. 42 %). Unter den Problemfeldern stehen Arbeit und psychische Gesundheit heraus.

Klient:innen: Behinderung

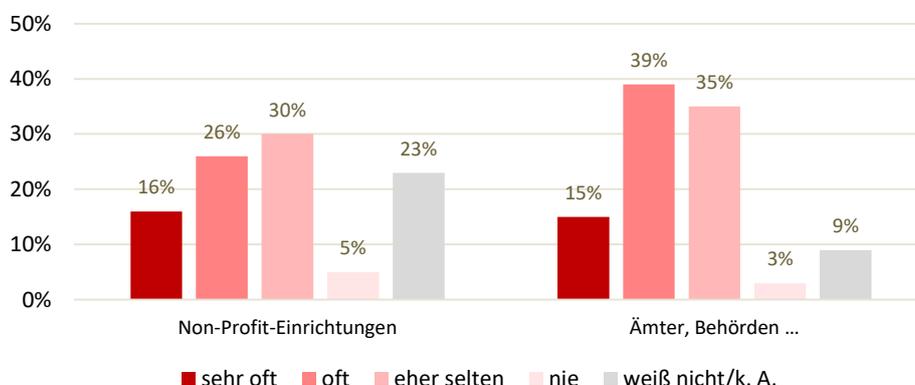


Abbildung 14: armutsbetroffene/-gefährdete Klient:innen – Behinderung

⁹ Lebt in einem Haushalt eine Person mit einer Behinderung, dann liegt österreichweit gesehen eine überdurchschnittliche Armutsgefährdung von 19 Prozent vor (Ö ∅ 15 %) (EU-SILC 2023, S. 129)

3.2. Veränderungen in Krisenzeiten

Seit 2020 die Covid-19-Pandemie in Europa ausgebrochen ist, steht die Befürchtung im Raum, dass Armut als Folge der Krisen – es folgten sehr bald der Ukraine-Krieg und die in Österreich höchste Inflation seit den 1970er Jahren – ansteigen könnte. Zum Zeitpunkt der hier vorgestellten Erhebung war statistisch nicht nachweisbar, dass die Anzahl der Armutsgefährdeten in Österreich gewachsen wäre. Die Sozialexpert:innen hatten aber den Eindruck, dass sich der Klient:innen-Andrang quer durch alle Gruppen in der Zeit der explodierenden Preise verstärkt habe, wenn auch nicht bei allen gleich kräftig.

„Hat der Zulauf von Menschen aus der jeweiligen Gruppe im Lauf des letzten Jahres zugenommen, abgenommen oder ist dieser gleichgeblieben?“

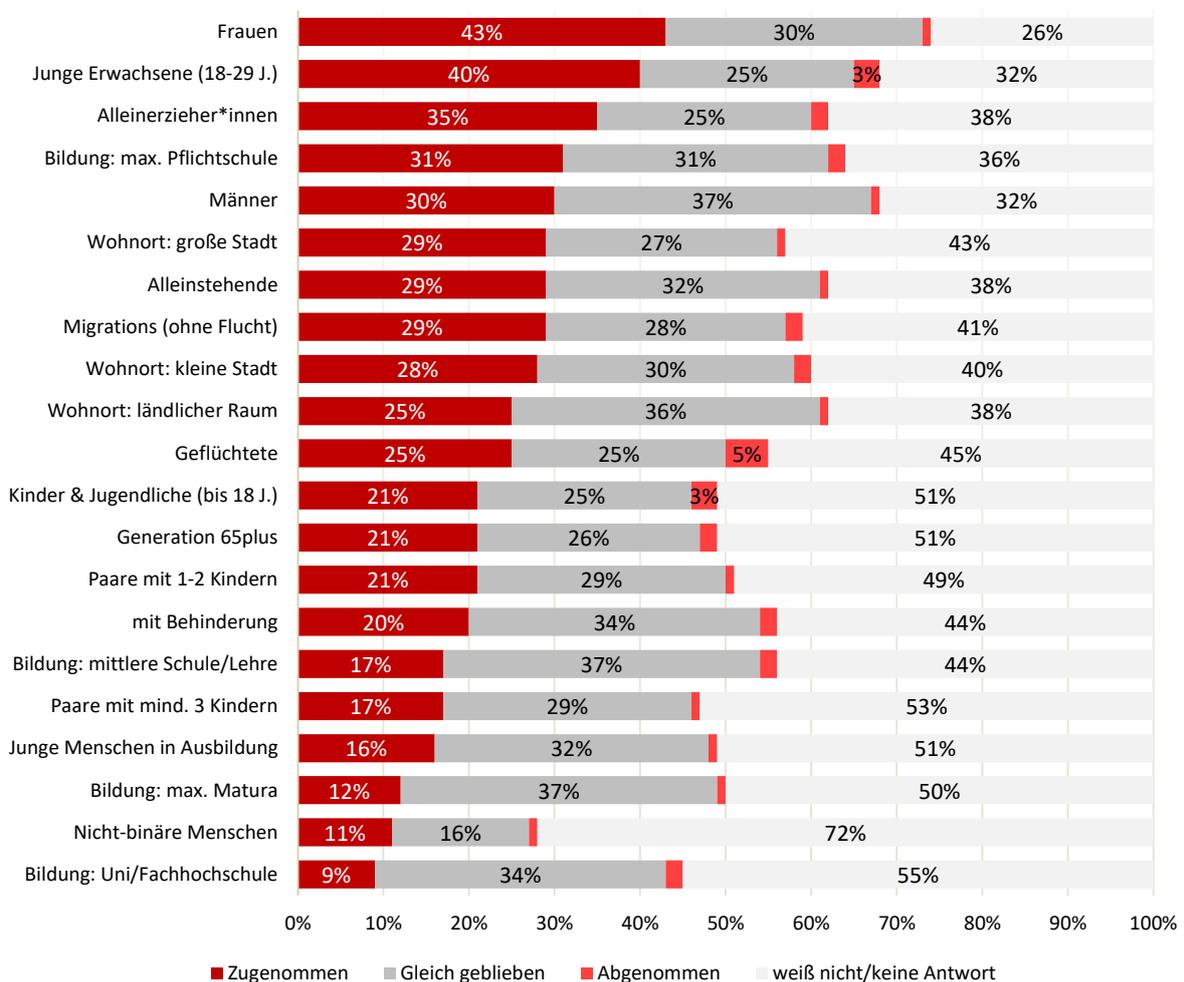


Abbildung 15: Klient:innen – Entwicklung

Vor allem die ohnehin in den Einrichtungen bereits sehr präsenten Frauen und jungen Erwachsenen, so berichteten mehr als 40 Prozent der Befragten, seien nun noch zahlreicher vertreten. 35 Prozent gaben an, dass Alleinerzieher:innen häufiger kämen. Rund 30 Prozent beobachteten einen Anstieg bei niedrig Qualifizierten, Männern, Einwohner:innen der größeren und kleineren Städte, Alleinstehenden und Arbeitsmigrant:innen; ein Viertel bei Bewohner:innen des ländlichen Raums und Geflüchteten sowie jede:r Fünfte bei den Jüngsten (unter 18 Jahren) und den Ältesten (über 65 Jahren),

den bis dato wenig armutsgefährdeten Paaren mit ein bis zwei Kindern sowie bei Menschen mit Behinderung. Am geringsten sind die wahrgenommenen Zuwachsraten bei gut Qualifizierten (max. mit Matura: 12 %, Studium: 9 %).

Die Frage, **ob seit Beginn der großen Teuerung regelmäßig Personengruppen in die Einrichtung kommen, die davor noch nicht zu den klassischen Klient:innen gehört haben**, bejahten 37 Prozent der Befragten, Ämter und Behörden (40 %) etwas öfter als soziale Non-Profit-Einrichtungen (36 %). 102 Befragte zählten in offenen Antworten die Gruppen auf, die nun öfter bei ihrer Einrichtung an die Tür klopfen. Häufig genannt wurden Working Poor (30), Pensionist:innen (22) sowie Alleinerzieher:innen (21) und Familien (17). Auch wenn sie nur wenige Nennungen erreichten, fällt auf, dass auch Mittelschicht (9) und Ein-Personen-Unternehmer:innen (5) erwähnt wurden, was darauf hinweisen könnte, dass sich der Kreis der Armutsgefährdeten erweitert hat. In den längeren Antworten wurden teilweise die Problemfelder genannt, mit denen die neuen Klient:innen vor allem kämpfen: Wohnen stand dabei im Vordergrund (27).

Armut kommt für die Betroffenen oft plötzlich und unerwartet, sie ist auch von außen (aus professioneller Perspektive) nie mit Sicherheit vorhersehbar. Trotzdem lässt sich in aller Regel ein mehr oder weniger langer Weg in die Armut feststellen, der von mehreren Risikofaktoren geprägt ist.²⁰ Ein Leben knapp oberhalb des Prekariats kann lange gut gehen – und dann sehr schnell unter dem Einfluss externer Faktoren (wie der aktuellen Teuerung, die die untere Mittelschicht massiv belastet) oder persönlicher Schicksalsschläge (wie Erkrankung oder Scheidung) kippen.

4. Problemlagen – womit Kärntner Armutsgefährdete und -betroffene kämpfen

4.1. Ein Überblick vorweg

Was den Kärntner Armutsbetroffenen und -gefährdeten am meisten zu schaffen machte, stand für die befragten Sozialexpert:innen außer Zweifel: die hohen und immer weiter steigenden Kosten für die grundlegendsten Dinge des Lebens. In 311 der 315 vollständig ausgefüllten Fragebögen zählten die Expert:innen die aktuell brennendsten Probleme ihrer Klient:innen auf. Diese offene Frage war ein qualitatives Element im standardisierten Fragebogen und wurde intensiv genutzt. Mehr als die Hälfte der Nennungen – es waren 913 – bezogen sich auf **finanzielle Aspekte** (52 %), auch so existenzielle wie: das Geld reiche nicht für Lebensmittel und Produkte des täglichen Bedarfs (11 % aller Nennungen). Die überbordenden Ausgaben für Miete, Energie und Betriebskosten machen in den Augen der Expert:innen das **Wohnen** zu einem Problemfeld von hoher Brisanz (28 %), gefolgt von **Gesundheit** (21 %), bei der die psychischen Leiden im Vordergrund stehen (14 %). Die offene Frage nach den brennendsten Problemen stand im Fragebogen vor den Punkten mit den standardisierten Antworten zum Ankreuzen. So war gewährleistet, dass die Expert:innen unbeeinflusst von der Befragung ihre persönliche Wahrnehmung präsentieren. Einen ersten Eindruck geben die aus Teil 1 der Studie schon gewohnten „Wort-Wolken“, gebildet aus den Begriffen, die in den offenen Antworten besonders oft vorkommen. Die Schriftgröße zeigt die Häufigkeit an: je größer, desto öfter kommt ein Wort vor. Jedes der folgenden Kapitel, die jeweils einem Problemfeld gewidmet sind, wird von einer „Wolke“ eingeleitet. Die erste Wolke gibt den Kern sämtlicher Nennungen wieder.



Abbildung 16: Worthäufigkeit  brennende Probleme der Armutsbetroffenen/-gefährdeten in Kärnten

Die statistische Auswertung des Fragebogens bringt dieselben dominanten Problemfelder zu Tage wie die offenen Antworten, macht es aber möglich, deren Größenordnung in Zahlen zu gießen. 90 Prozent der Expert:innen haben *(sehr) oft* armutsbetroffene und -gefährdete Klient:innen, die mit den **hohen Kosten für Lebensmittel und Güter des täglichen Bedarfs** kämpfen; rund 85 Prozent *(sehr) oft* Klient:innen, denen die laufenden Ausgaben für das **Wohnen** Schwierigkeiten bereiten. Es folgen fast ex äquo die Problemfelder **psychische Gesundheit** und **Arbeitslosigkeit** (je rund 80 %). Damit ist abgesteckt, wovon Armut in Kärnten hauptsächlich geprägt wird. Die folgende Grafik bietet einen Überblick quer über alle Problemfelder, die Details finden sich in den einzelnen Kapiteln.

Sind Ihre armutsbetroffenen und -bedrohten Klient:innen von den folgenden Problemen sehr oft, oft, manchmal, selten oder nie betroffen?

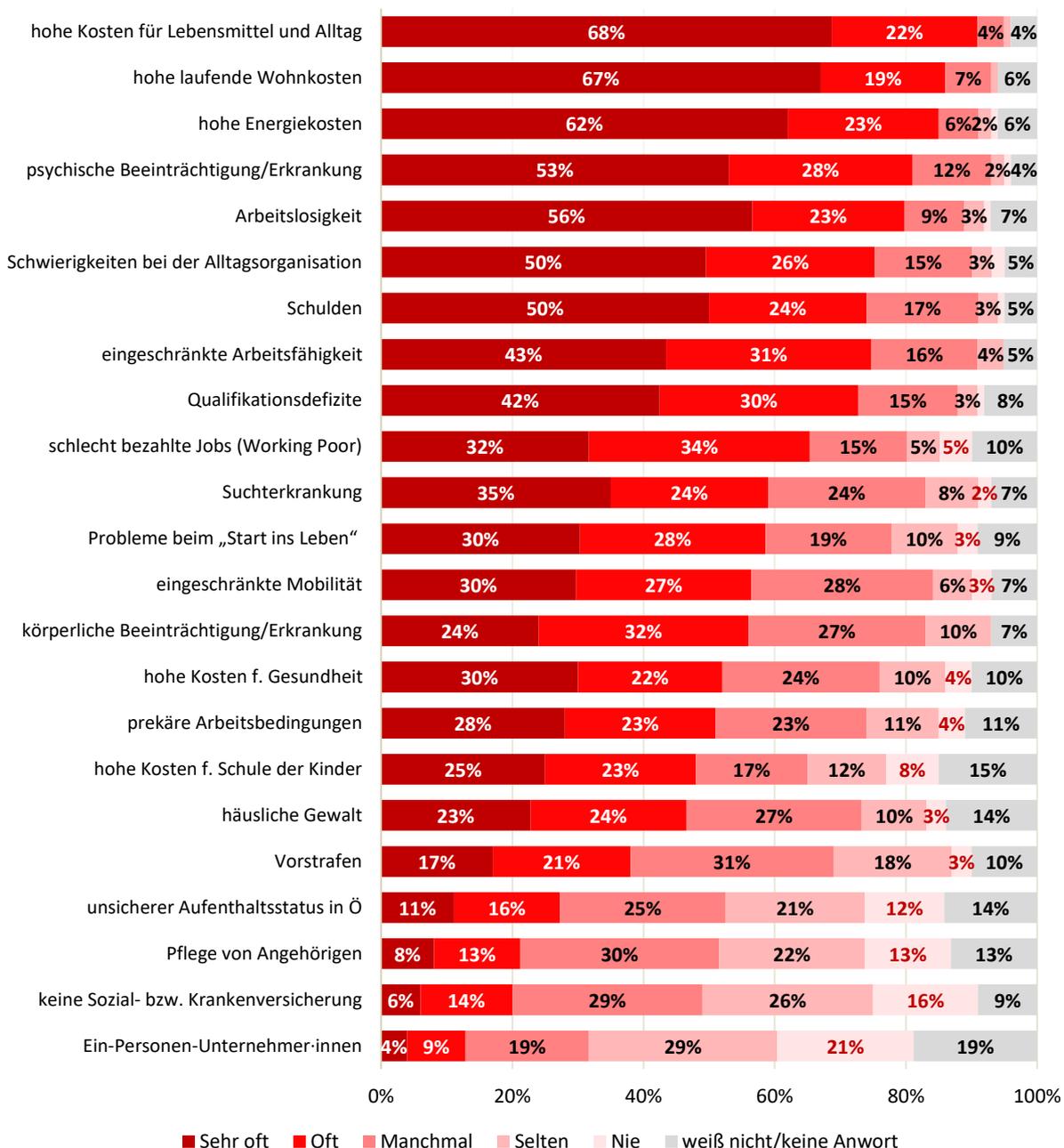


Abbildung 17: Mit Armut verbundene Problemlagen – Überblick

Die seit Herbst 2021 ungewöhnlich hohe Inflation^r hat die ohnehin knappen Haushaltsbudgets der Armutsbetroffenen und -gefährdeten noch einmal verengt. Für die befragten Expert:innen folgte daraus (und wohl auch aus der Multikrisensituation insgesamt), dass sie mit allen Problemlagen ihrer Klient:innen öfter konfrontiert waren als davor: am häufigsten mit Schwierigkeiten, die unmittelbar mit der Teuerung zusammenhängen (Einkaufen, Wohnen, Schulden) sowie mit psychischen Problemen und deren Folgen (Überforderung durch den Alltag, eingeschränkte Arbeitsfähigkeit, Sucht). Die erste Grafik liefert einen Überblick über alle Problemlagen, Themen-Kapitel dann die Einzelheiten.

Sind diese Probleme im Lauf des letzten Jahres bei Ihren armutsbetroffenen und -bedrohten Klient:innen öfter, gleich oft oder seltener aufgetreten als in der Zeit davor?

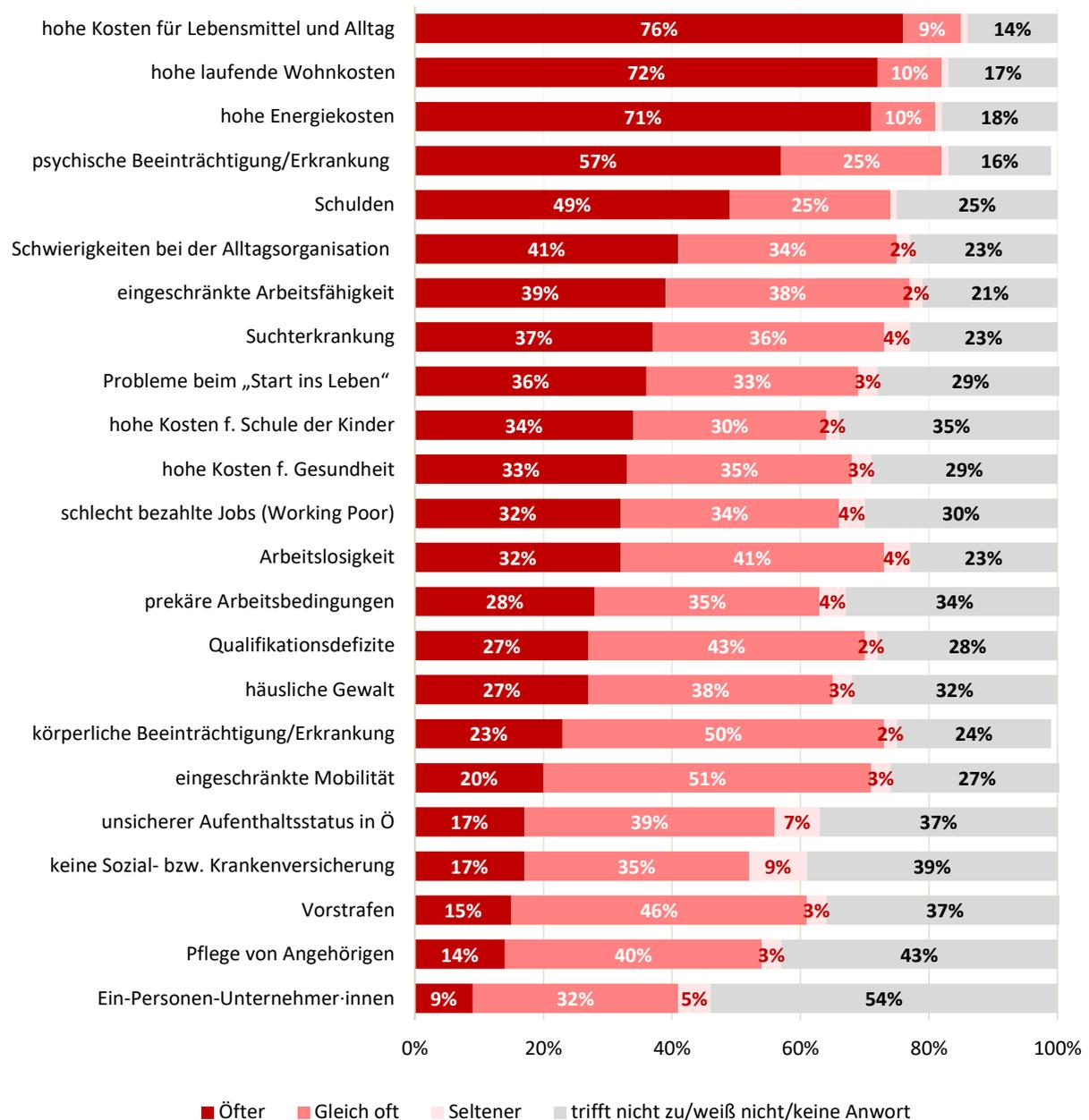


Abbildung 18: Problemlagen – Entwicklung im letzten Jahr – Überblick

^r Im Dezember 2021 lag die Inflationsrate (im Vergleich zum Vorjahresmonat) bei 4,3 %, ab September 2022 bis Februar 2023 höher als 10 % und bei der Befragung im September 2023 bei 6 %. (Statistik Austria – online. Verbraucherpreisindex)

Die im Spätwinter 2020 in Österreich ausgebrochene **Covid-19-Pandemie** hat sehr viele Menschen auf unterschiedlichste Weise getroffen: Menschen, die in Armut leben, besonders heftig (vor allem in den ersten Monaten). Sie hat auch einige Gruppen in die Nähe von Armut geführt, die sich das davor wohl nicht gedacht hätten: zB angestellte Niedrigverdiener:innen, die in Folge der Lockdowns ihren Job verloren haben oder in Kurzarbeit waren, außerdem Ein-Personen-Unternehmer:innen und freischaffende Künstler:innen.²¹ Im Laufe der langen Pandemie-Zeit wurde zunehmend klar, dass auch nach deren Abebben mittel- und langfristige Folgen bleiben würden. Die Kärntner Armutsstudie hat die Sozialexpert:innen gefragt, ob und wie sich durch die Pandemie die Situation Ihrer armutsbetroffenen und -gefährdeten Klient:innen verändert hat. 42 Prozent gaben an, die Situation habe sich deutlich verschlechtert, 36 Prozent, sie habe sich etwas verschlechtert, 13 Prozent, sie sei weitgehend unverändert geblieben, und zwei Prozent, sie habe sich etwas verbessert (weiß nicht: 7 %).

Mehr als drei Viertel der Befragten konstatieren also eine pandemiebedingte Verschlechterung der Situation ihrer Klient:innen (78 %). Am öftesten gaben die Befragten an, dass die **psychische Gesundheit** der Armutsbetroffenen und -gefährdeten gelitten habe (36 %). Mit großem Abstand folgen Finanzen (23 %), Schulden (22 %), Suchterkrankungen (20 %) und Wohnen (19 %). Merkliche Verschlechterungen gab es auch in Bezug auf häusliche Gewalt (17 %), Arbeit (16 %) und die körperliche Gesundheit (15 %). Eher schwache Effekte zeigen sich bei Familie und Beziehung (je 10 %) sowie Aus- und Weiterbildung (4 %).

In welchen dieser Bereiche hat die Pandemie die Situation für armutsbetroffene- und armutsgefährdete Klient:innen in Kärnten verschlechtert? Bitte beschränken Sie sich bei Ihrer Auswahl auf jene 5 Bereiche, in denen eine Verschlechterung am deutlichsten i

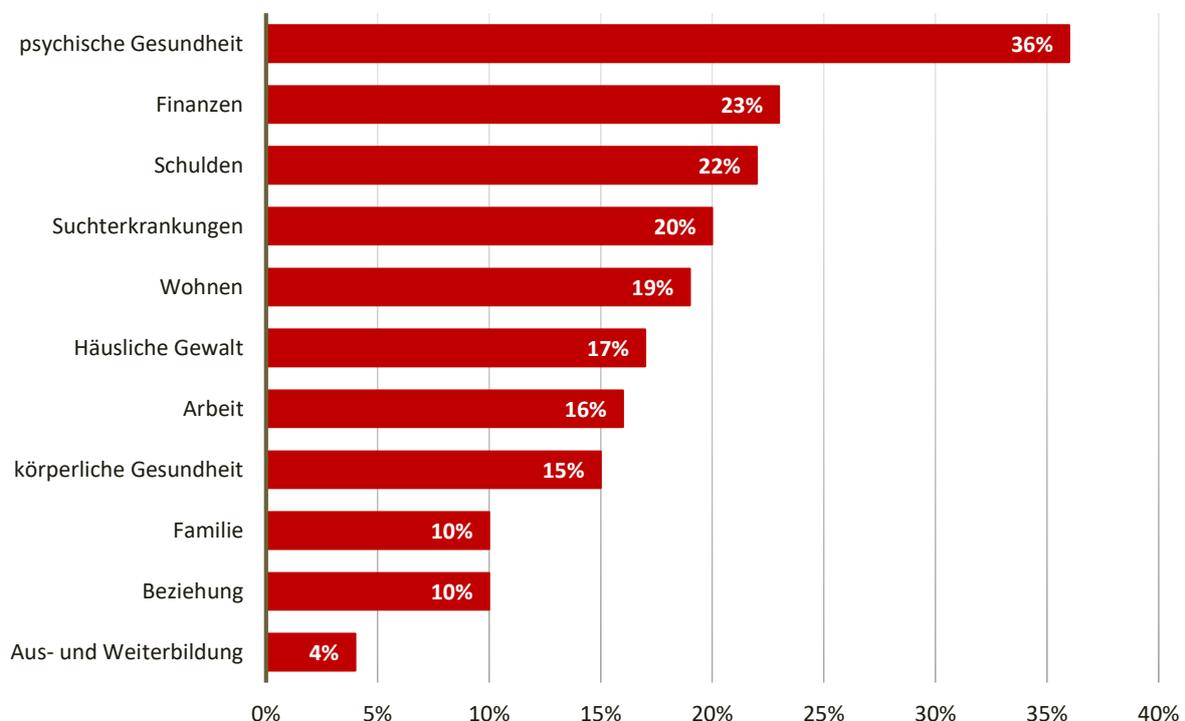


Abbildung 19: Pandemiebedingte Verschlechterungen bei Problemlagen von Armutsbetroffenen/-bedrohten

Die rückblickende Einschätzung der Expert:innen zur Entwicklung der einzelnen Problemlagen von Armutsbetroffenen und -gefährdeten in Kärnten wird in erster Linie von der Teuerung bestimmt sein, aber die Folgen der Pandemie spielen wohl auch immer wieder herein. Zumindest haben ja die Interviews mit Armutsbetroffenen im ersten Projektteil gezeigt, dass die Pandemie lange Schatten wirft.

Ganz am Ende des Fragebogens stand eine zweite Bitte um offene Antworten: *Stellen Sie sich vor, Sie wären Sozialminister-in oder könnten auf Landes- bzw. Gemeindeebene die Entscheidungen treffen, was würden Sie in Kärnten zur Armutsbekämpfung sofort einführen? Nennen Sie maximal drei Punkte, die besonders schnell umgesetzt werden sollten.* Obwohl die Expert-innen dann schon rund 25 Minuten mit dem Fragebogen zugebracht hatten, trugen hier 242 Personen **Vorschläge** ein, die aus einem etwas anderen Blickwinkel noch einmal klarmachen, wie die Problemlagen rund um Armut in Kärnten aussehen und wo es ein gutes Hilfsangebot bzw. Lücken gibt. Auch hier findet sich eine Konzentration auf die finanziellen Aspekte und auf das „brennende“ Problem Inflation (236 Nennungen, 37 %), aber auch sehr viele Änderungswünsche, die entweder grundsätzliche sozialpolitische Fragen, wie zB die Verteilungsgerechtigkeit und die Einführung eines Grundeinkommens, betreffen oder sich auf Detailfragen beziehen, vor allem beim Wohnen, aber auch bei Arbeit bzw. Familie und Kindern. Was immer wieder durchscheint, ist ein Unbehagen darüber, dass viele Unterstützungsleistungen als nicht genügend treffsicher empfunden werden. Pointiert ausgedrückt: die „Richtigen“ bekämen zu wenig, die „Falschen“ zu viel, was sich in Forderungen nach einerseits breiterem Zugang und Öffnung, andererseits Beschränkung und Kontrolle äußerte. Die Vorschläge der Sozialexpert-innen stehen jeweils am Ende der Unterkapitel, gekennzeichnet durch eine **Glühbirne**, die aus einem Buch (quasi aus dem Wissensschatz) erwächst.

Die offenen Fragen eröffnen die Möglichkeit, die Expert-innen auch zu Wort kommen zu lassen. Immer wieder sind Zitate aus den offenen Antworten in den Text eingebaut. Mit einer **Flamme** gekennzeichnet sind die Antworten auf die Frage nach den aktuell brennendsten Problemen. Eine besonders lange Antwort soll nun die Überleitung zur detaillierten Diskussion der Problemfelder sein:



„Die WOHNSITUATION ist sowohl für Alleinerzieherinnen als auch für Paare mit Kindern eine Katastrophe. Wird eine Wohnung gefunden, kann diese aufgrund der Förderungsbeurteilung nicht genommen werden oder stürzt die Kund-innen in die Schuldenfalle. Energiekosten, Lebensmittelpreise, fehlende Ausbildungen/Qualifizierungen lassen die Kund-innen verzweifeln.

In der aktiven Arbeitssuche/Qualifizierung mit motivierten Kundinnen ist das PROBLEM der Betreuung ihrer Kinder immens. Die Mütter müssen einen Job vorweisen, um einen Platz zu bekommen oder ihn in Vollzeit zu erhalten. Ohne Kinderbetreuung gibt es keine Chance auf einen Job. Die Eingliederung in den Kindergarten dauert manchmal bis zu vier Wochen, da macht kein Arbeitgeber mit. Beim kleinsten Schnupfen werden Kinder wieder vor die Türe gestellt. Mütter sind willig und zeigen Bereitschaft, eine Arbeit aufzunehmen, aber die schlechte/fehlende Kinderbetreuung in Kärnten ist das Hauptproblem, warum gute Arbeitsplätze nicht von Frauen besetzt werden können und sie dann am AMS bleiben und dort mit dem Druck in eine psychische Ausnahmesituation geraten.

Viele Kund-innen haben auch psychische Probleme. Diese kommen bereits aus der Kindheit und nehmen mit zunehmendem Alter die Kundinnen grob her. Die Qualitätskontrolle des Jugendamtes und ganz besonders der Familienintensivbetreuung sehe ich als wesentlichen Bestandteil, um die Not in der nächsten Generation zu lindern. (...)

Kundinnen, deren Kinder eine Behinderung aufweisen, werden vom System gänzlich vergessen. Die Betreuungsplätze sind in diesem Bereich noch spärlicher, eine Mitversicherung als Pflgende Angehörige würde den Müttern enorme Last abnehmen. Vermittelbar sind diese Damen nämlich nicht, selbst wenn sie es wollen und müssen.

Das wären die aktuell brennendsten Themen.“

Abbildung 20: Worthäufigkeit  brennendes Problem: Finanzen

4.2. Finanzielle Engpässe

Die hohe Inflation in Österreich²² trifft alle Bevölkerungsgruppen und alle Lebensbereiche, aber nicht alle gleich. Wer in (der Nähe von) Armut lebt, hat schon vor der Teuerung einen Großteil des Haushaltsbudgets ausgegeben, um die Grundbedürfnisse zu decken. Mit den steigenden Preisen wurde es dann an allen Ecken und Enden finanziell sehr eng, in vielen Fällen zu eng. Zwei vom Sozialministerium finanzierte Studien – eine quantitative²³ und eine qualitative²⁴ – haben die **sozialen Folgen der Inflation** im Frühsommer 2023 in den Blick genommen, also zeitnah zur Erhebungsphase der Kärntner Armutsstudie im darauffolgenden Herbst. Untersucht wurden Armutsbetroffene und die untere Mittelschicht (Haushalte im unteren Einkommensdrittel, die nicht armutsgefährdet sind). Es zeigte sich, dass die Wohn- und Energiekosten ein Angelpunkt sind, um den sich der Rest des Haushaltsbudgets dreht. Sie liegen in der Mitte als ein enormer Fixkostenblock, bei dem man nicht viel einsparen kann, denn wie auch hier im Kapitel Wohnen (s. Seite 52) gezeigt wird, ist es kaum realistisch, günstigeren Wohnraum zu finden. Dieser Fixkostenblock hat sich in Folge der Inflation noch breiter gemacht – und damit für die kleinen Budgetposten rundherum weniger Platz gelassen. Am meisten gespart, so die qualitative Studie des Sozialministeriums, hätten Armutsbetroffene und untere Mittelschicht bei der Freizeit. Emotional jedoch seien die Betroffenen bei den hohen Lebensmittelpreisen geworden, die täglich im Einkaufswagen und auch bei den Mahlzeiten zu spüren seien, weil immer weniger bzw. weniger Qualitätvolles eingekauft werde. Der Verlust an Lebensqualität sei groß, die psychische Belastung ebenso, konstatiert die qualitative Erhebung weiter. In den offenen Antworten auf den Fragebogen der Kärntner Armutsstudie finden sich ähnliche Feststellungen:



„Bei vielen Menschen ist es ein riesiges Problem geworden, die monatlichen Fixkosten zu decken, da die Strom-, Heiz- und Mietkosten explodieren.“

„Das größte Problem ist die allgemeine Teuerung des täglichen Lebens. Oft haben diese Menschen keine Ersparnisse, und wenn mal eine außertourliche Zahlung ansteht, kann die meistens nicht finanziell abgedeckt werden.“

„Sie kommen mit dem Geld, das sie vom AMS erhalten, nur mehr schwer über die Runden. Die Teuerung ist für viele zu einer existenziellen Überlebensfrage geworden.“

Dasselbe Bild ergibt sich aus den Multiple-Choice-Antworten: 90 Prozent der Expert:innen gaben an, ihre armutsbetroffenen oder -gefährdeten Klient:innen seien *(sehr) häufig* von **hohen Kosten für Lebensmittel und andere Güter des täglichen Bedarfs** betroffen. Fast ebenso viele kreuzten die **hohen laufenden Wohnkosten** und die **hohen Energiekosten** an (86 bzw. 85 %). Deutlich seltener sind die Befragten mit Armutsbetroffenen konfrontiert, denen die **Ausgaben für die Gesundheit** oder die **Schule der Kinder** Probleme machen (*sehr oft/oft Klient:in*: 52 bzw. 48 %).

Sind Ihre armutsbetroffenen und -bedrohten Klient:innen von den folgenden Problemen sehr oft, oft, manchmal, selten oder nie betroffen?

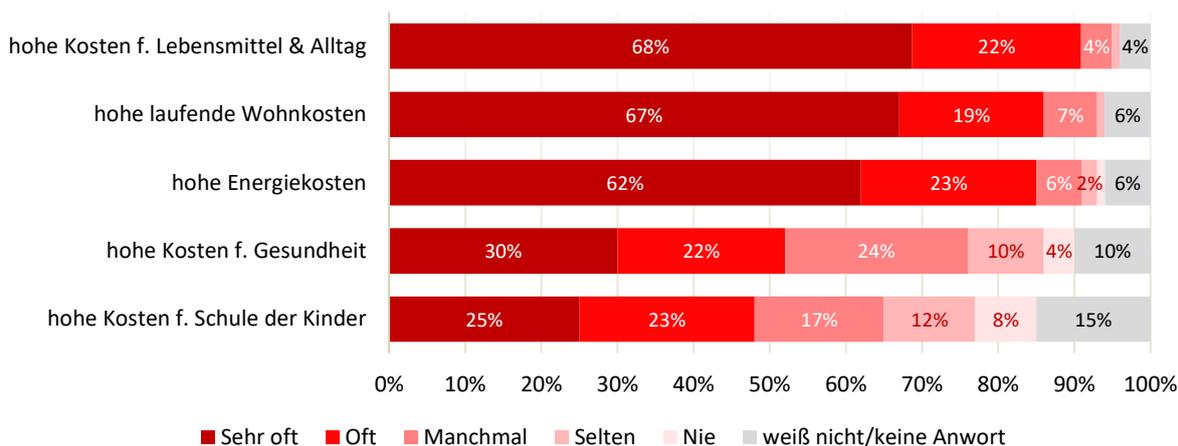


Abbildung 21: Finanzielle Problemlagen – Häufigkeit

Die Frage, ob diese Probleme seit der **Inflation** häufiger auftreten, wird eindeutig beantwortet: Mehr als drei Viertel der Expert:innen sind *öfter* mit Klient:innen konfrontiert, die Probleme rund um die hohen Kosten für Lebensmittel und Güter des täglichen Bedarfs haben (76 %), mehr als 70 Prozent *öfter* mit Anliegen rund um die Wohn- bzw. Energiekosten (72 bzw. 71 %), aber nur 34 bzw. 33 Prozent *öfter* mit Schwierigkeiten bei den Ausgaben für Gesundheit bzw. die Schule der Kinder.

Sind diese Probleme im Lauf des letzten Jahres bei Ihren armutsbetroffenen und -bedrohten Klient:innen öfter, gleich oft oder seltener aufgetreten als in der Zeit davor?

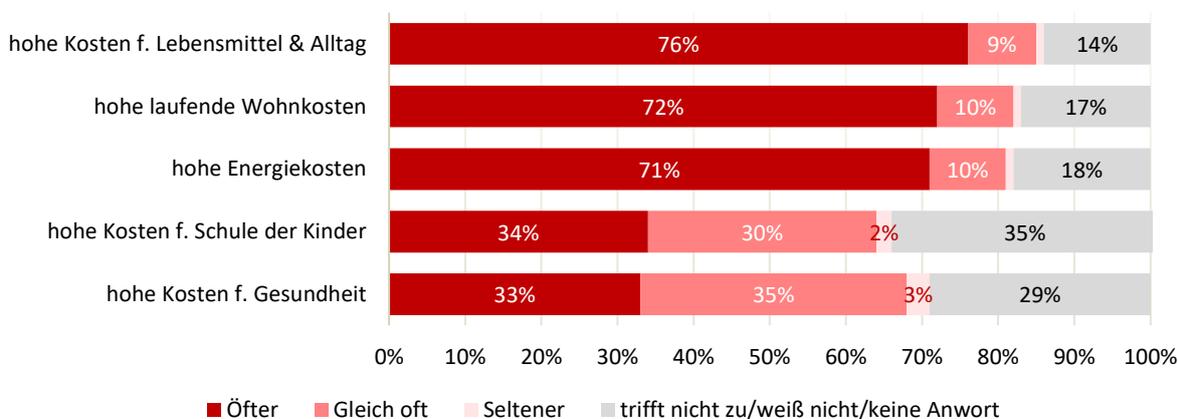


Abbildung 22: Finanzielle Problemlagen – Entwicklung im letzten Jahr

Am Ende des Monats, so bekommen 72 Prozent der Expert:innen (*sehr oft*) von den Klient:innen zu hören, reiche das Geld nicht mehr für den Einkauf von Lebensmitteln. Etwas seltener gilt das für Hygieneprodukte und andere Güter des täglichen Bedarfs (61 %). Zu den besonders häufigen **Folgen finanzieller Enge** gehören auch Mietrückstände (64 %). Etwas seltener sind Medikamente und Therapien bzw. die Ausgaben der Kinder nicht leistbar (57 bzw. 55 %) und noch seltener wird den Expert:innen erzählt, dass es ein Luxus sei, im Lokal einen Kaffee trinken zu gehen. (44 %).

Hören Sie von Ihren armutsbetroffenen und -bedrohten Klient:innen sehr oft, oft, manchmal, selten oder nie, dass sie...

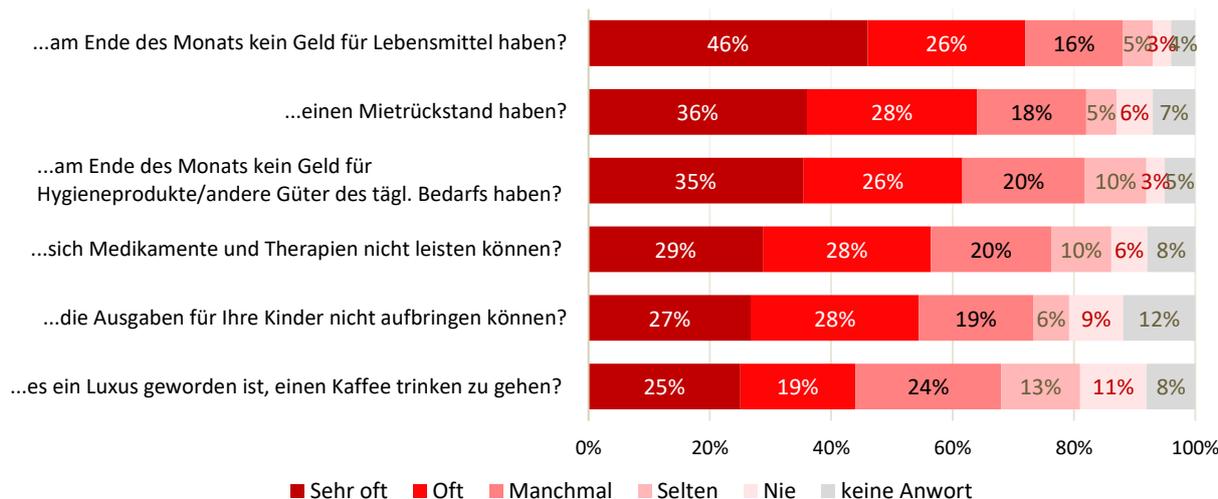


Abbildung 23: Folgen von finanzieller Enge und Inflation

Die Inflation hat die Situation auch in all diesen Details verschärft: Die Expert:innen gaben an, dass die Armutsbetroffenen und -gefährdeten öfter als noch vor eineinhalb Jahren Schwierigkeiten haben, bis zum Ende des Monats mit dem Haushaltsbudget auszukommen: bei Lebensmitteln (58 %) und anderen Alltagsprodukten (50 %). Ungefähr die Hälfte beobachtet, dass die Mietrückstände angestiegen sind, 45 Prozent, dass es schwieriger geworden ist, die Ausgaben für Schule und Freizeit der Kinder zu aufzubringen, 39 Prozent, dass der Kaffee im Lokal immer mehr als Luxus empfunden werde, und immerhin noch 29 Prozent, dass vermehrt bei der Gesundheit gespart werde.



„Durch Teuerungen wissen sie oft nicht, wie sie ihre Familien ernähren sollen.“

„Keine finanziellen Rücklagen, somit immer am Limit (Wohnen, Energie, Lebensmittel).“

Die oben erwähnte Studie des Sozialministeriums erhob, welche **Strategien** angewendet werden, um die höheren Preise abzufedern. Es stellte sich heraus, dass Armutsbetroffene auf Grund ihrer ständig angespannten finanziellen Situation schon vor der Teuerung jene Strategien gut gekannt hatten, die nun ins allgemeine Bewusstsein getreten waren, weil plötzlich sehr viel mehr Menschen auf sie zurückgreifen mussten.²⁵ Einige dieser empirisch abgesicherten Möglichkeiten, mit den hohen Preisen umzugehen, wurden in den Fragebogen der Kärntner Armutsstudie aufgenommen. Die Expert:innen berichteten zu genau 50 Prozent, dass ihre Klient:innen (*sehr oft*) Kleidung, Spielzeug usw. nicht neu, sondern gebraucht kaufen, zu 44 Prozent, dass sie Wohnräume wenig oder nicht heizen, zu knapp einem Drittel, dass beim Verbrauch von Warmwasser gespart werde, zu genau einem Viertel, dass die Nutzung von Elektrogeräten (zB dem Backrohr) eingeschränkt werde, und schließlich zu zehn Prozent, dass so viel wie möglich selbst angebaut werde.

Hören Sie von Ihren armutsbetroffenen und -bedrohten Klient·innen sehr oft, oft, manchmal, selten oder nie, dass sie...

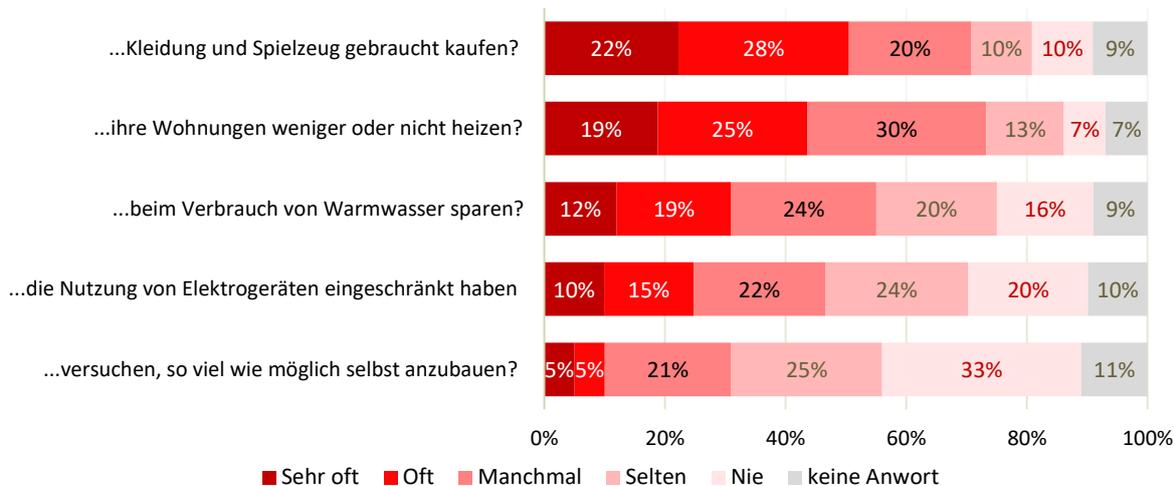


Abbildung 24: Strategien gegen finanzielle Enge und Inflation

All diese Strategien werden seit Einsetzen der Teuerung häufiger angewendet: Angesetzt wird vor allem beim Heizen (*öfter*: 45 %), aber auch der Second-Hand-Einkauf und Einsparungen beim Warmwasser (zB dem Duschen) sind üblicher geworden (*öfter*: je 34 %). Ein gutes Viertel der Expert·innen berichtet, dass Ihre Klient·innen Backrohr und andere Elektrogeräte seltener in Betrieb nehmen, und 15 Prozent, dass Obst, Gemüse, Salate und Kräuter nun *öfter* im Garten, am Balkon oder auf der Fensterbank gezogen werden.

Was bisher in diesem Kapitel zu lesen ist, widerspricht den statistischen Berechnungen, die für das erste Teuerungsjahr 2022 angestellt wurden. Diese ergeben nämlich, dass die Unterstützungsleistungen der öffentlichen Hand – das waren vor allem Einmalzahlungen – gerade bei den untersten Einkommen die Teuerung weitgehend ausgeglichen haben.²⁶ Der Eindruck, den die Kärntner Sozialexpert·innen in ihrem Arbeitsalltag gewonnen haben, bestätigt das nicht.

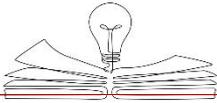


„Massive Kostensteigerung, vor allem bei überlebensnotwendigen Gütern (Lebensmittel, Tanken, STROM!!). Auch mit Förderungen ist ein Über-die-Runden-Kommen kaum mehr möglich.“

„Pendler·innen, die auf das Auto angewiesen sind (häufig ländlicher Raum, Betreuungspflichten, schlechte öffentliche Anbindung), leiden unter den stark gestiegenen Spritpreisen. Der Klimabonus des Bundes stellt hier nur ein kleines "Trostpflaster" dar!“

„Einmalunterstützungen werden genutzt und beantragt, sofern bekannt und sofern eine Antragstellung möglich ist; die insgesamt angespannte finanzielle Situation in vielen Haushalten ändert sich dadurch aber nicht nachhaltig.“

Damit deckt sich ihre Wahrnehmung mit jener der Armutsbetroffenen selbst, wie die Studie des Sozialministeriums zeigt.²⁷



Lösungen: Bestehendes und Gewünschtes

Die Expert:innen sahen den Grund für die finanziellen Schwierigkeiten ihrer Klient:innen vor allem darin, dass deren Einkommen nicht im gleichen Maß gestiegen sei wie die Preise. Sie bezogen sich dabei vor allem auf Sozialleistungen, die tatsächlich nicht erhöht worden waren (vor allem auf das Arbeitslosengeld), aber auch auf Zahlungen, die sehr wohl eine Valorisierung erfahren hatten: Hier lautete die Kritik, die Anpassung an die Inflation sei nicht ausreichend gewesen. Auf die explizite Frage nach der Wirkung der öffentlichen Hilfen hatten die Expert:innen eine klare Antwort. Sie kreuzten bei „Haben Sie den Eindruck, dass die Einmalzahlungen und sonstigen Unterstützungsleistungen, die infolge der derzeitigen Teuerung ausgezahlt wurden und werden, bis dato für Ihre armutsbetroffenen und -gefährdeten Klient:innen hilfreich waren?“ zu 64 Prozent die Antwort: „Nein, die Unterstützungszahlungen haben eine Verschlechterung der Situation für Armutsbetroffene NICHT verhindern können“ an. 23 Prozent meinten, dass die Hilfen der öffentlichen Hand *eher schon hilfreich* gewesen seien und *das Schlimmste verhindert* hätten. Gerade einmal drei Prozent stimmten mit den Berechnungen überein und gaben an, dass *die Unterstützungsleistungen die Teuerung weitgehend abgefertigt hätten*. Neun Prozent enthielten sich der Stimme.

„Teuerung, während gleichzeitig soziale Unterstützungsleistungen (z.B. Grundversorgung) nicht valorisiert werden.“ 🗨️

„AMS-Bezug zu niedrig, um die Lebenshaltungskosten abzudecken, wurde nie an die Inflation angepasst, ebenso wenig wie der der Sozialhilfe.“ 🗨️

„Viele Menschen können sich ihr Leben nicht mehr leisten. Es werden zwar Sozialleistungen erhöht, aber im Hinblick auf die Inflation ist dies nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Mieten und Stromrechnungen können nicht bezahlt werden, wenn andere Zahlungen ins Haus flattern.“ 🗨️

Die **Lösungsvorschläge** der Expert:innen zielen einerseits auf grundsätzliche Veränderungen ab, um die Haushaltsbudgets ihrer Klient:innen anzuheben, vor allem auf eine Erhöhung bzw. adäquate(re) Inflationsanpassung des Einkommens (zB der Alterspension), aber auch auf eine Neugestaltung der Unterstützungsleistungen: So wurde gefordert, dass Geldleistungen durch Sachleistungen (zB Lebensmittelgutscheine) ersetzt und dass preiswerte Einkaufsmöglichkeiten gezielt gefördert werden (zB Sozialmärkte, Second-Hand-Geschäfte, Tauschbörsen, ...), dass Zuverdienstgrenzen (zB bei Pensionist:innen) und Einkommensobergrenzen für den Bezug von Sozialleistungen angehoben werden.

„Ich würde weniger Bonuszahlungen, dafür mehr Sachleistungen anbieten.“ 🗨️

Andererseits machten sich die Expert:innen Gedanken darüber, wie die Inflation (besser) ausgeglichen werden könnte, und sprachen sich dafür aus, die Preise zu deckeln oder die Mehrwertsteuer (auf bestimmte Produkte) zu senken oder sogar auszusetzen, statt Hilfszahlungen zu leisten; und wenn doch Hilfszahlungen, dann eher kontinuierliche als einmalige.

„Bremsen/Deckel statt Einmalzahlungen.“ 🗨️

„Mehr Unterstützungsleistungen, die dauerhaft und nicht nur einmalig sind.“ 🗨️

Abbildung 25: Worthäufigkeit  brennendes Problem: Wohnen

4.3. Wohnen

Die Expert:innen wählten im Fragebogen aus zwölf möglichen Problemfeldern rund um das Wohnen jene fünf aus, die ihren armutsbetroffenen und -gefährdeten Klient:innen am schwersten zu schaffen machen. Und wie sich zeigt, prägt die Inflation auch das Kapitel Wohnen. An der Spitze der Nennungen standen eindeutig die **laufenden Auslagen für Miete und Betriebskosten** (88 %); gefolgt, mit einem recht deutlichen Abstand, von den **Energiekosten** (70 %). Von den Problemen, die (weitgehend) unabhängig von der Inflation die Wohnungssuche für Menschen mit kleinem Einkommen prägen, fällt vor allem der als akut beschriebene **Mangel an preisgünstigen gemeinnützigen Wohnungen** ins Gewicht (67 %), aber auch die **Kosten, die beim Beginn eines neuen Mietverhältnisses anfallen**, vor allem die Kauttionen (51 %) und (weniger vorrangig) die Ausgaben für die Renovierung bzw. Einrichtung (16 %). Die anderen Punkte wurden vergleichsweise selten angekreuzt und umschreiben erstens mögliche **Hürden beim Zugang zum Wohnungsmarkt** (Vorurteile von privaten Vermieter:innen gegenüber Bezieher:innen von Sozialleistungen oder gegenüber Menschen mit familiärer Flucht- oder Migrationsgeschichte: 28 bzw. 19 %) sowie die Vergabep Praxis von gemeinnützigen Wohnbauträgern, die armutsbetroffene Personen nachreihen (17 %); zweitens **Wissensdefizite der Wohnungssuchenden**, etwa über mögliche Förderungen und Hilfen (21 %) oder den Wohnungsmarkt im allgemeinen (6 %); drittens eventuelle **Lücken für spezielle Zielgruppen** (zu wenige barrierefreie Wohnungen, zB für Menschen mit Behinderung oder für Betagte, oder zu wenige ausreichend große Wohnungen für Familien: 10 bzw. 13 %).

Was sind aus Ihrer Sicht die größten Probleme für Ihre armutsbetroffenen und -gefährdeten Klient:innen, das Thema Wohnen betreffend? Bitte beschränken Sie sich bei Ihrer Auswahl auf fünf Bereiche.

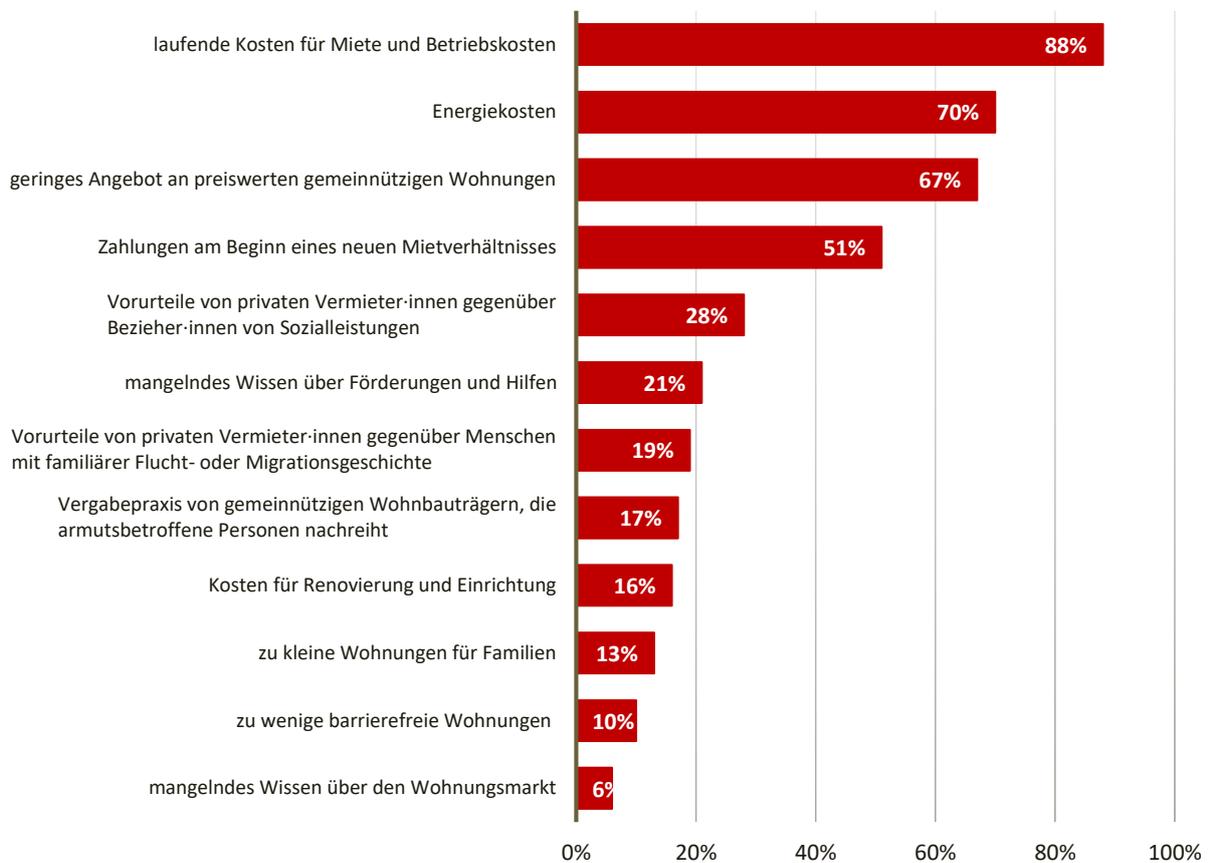


Abbildung 26: Die wichtigsten Probleme Armutsbetroffener und -gefährdeter rund um das Thema Wohnen

Die vier dominanten Problemfelder wurden auch in der offenen Frage nach den allgemein brennendsten Problemen der Klient:innen sehr häufig genannt: vor allem die laufenden Wohnkosten inklusive Teuerung (20 % der insgesamt 913 Nennungen, 60 % jener Nennungen, die das Thema Wohnen betreffen), aber auch das grundsätzliche Problem, dass das leistbare Angebot auf dem Wohnungsmarkt viel zu klein sei (7 bzw. 21 %). Das führe zu langen Wartezeiten auf eine gemeinnützige Wohnung, erklärten die Expert:innen in ihren offenen Antworten, was viele ohnehin schwierige Lebenslagen noch einmal verschärfe, zB nach einem positiven Asylbescheid, wenn die Grundversorgung endet, aber auf dem freien Markt keine Wohnung gefunden werden kann. Oder wenn die gewünschte Trennung einer Partnerschaft daran scheitert, zwei leistbare kleinere Wohnungen zu finden.



„Ein ganz wichtiger Punkt ist auch das leistbare Wohnen. Der Privatmarkt ist zu teuer, und von den Gemeinde- und Genossenschaftswohnungen gibt es zu wenig.“

„Zu wenig verfügbarer und leistbarer Wohnraum. Somit auch viel zu lange Wartezeiten, wenn es überhaupt zu Zuweisung kommt.“

Warum gerade das Thema Wohnen für Armutsbetroffene und -gefährdete derart problematisch ist, wurde bereits im letzten Kapitel im Zusammenhang mit der Teuerung kurz angesprochen: Die hohen Wohnkosten belasten knappe Haushaltsbudgets in besonderem Maß und stellen Fixkosten dar, die

man realistischerweise kaum reduzieren kann. Die Statistiken zeigen das sehr deutlich. Vorweg gesagt: **Kärnten ist, was die Wohnkosten anlangt, im Bundesländervergleich keineswegs teuer, ganz im Gegenteil.** Laut Mikrozensus 2023 betrug die durchschnittliche Miete pro Quadratmeter (inklusive Betriebskosten) für Hauptmietwohnungen in Kärnten € 7,30, österreichweit € 9,40. Das teuerste Bundesland ist Salzburg (€ 11,30/m²), das günstigste das Burgenland, das nahezu gleichauf mit Kärnten liegt (€ 7,20/m²). Auch über die Teuerung gibt der Mikrozensus Auskunft: 2021 lagen die Wohnkosten pro Quadratmeter in Kärnten noch bei € 6,40, im österreichischen Schnitt bei € 8,30.²⁸

Die jährliche EU-SILC-Erhebung widmet den Ausgaben fürs Wohnen einen eigenen Fragenblock, wobei hier nicht nur Hauptmieten, sondern alle Rechtsverhältnisse am Wohnraum berücksichtigt werden, was die Kostenstruktur verändert, denn in Kärnten wohnt mehr als die Hälfte der Haushalte im eigenen Haus (51 %, Ö: 43 %), zusätzlich noch acht Prozent in einer Eigentumswohnung. Die befragten Expert:innen haben jedoch jene **34 Prozent** angesprochen, **die in Genossenschafts- und den wenigen Gemeindebauten (19 %) oder in privater Haupt- bzw. Untermiete (15 %) leben.** Diese Gruppe stand auch im Fragebogen im Mittelpunkt, denn die Mehrheit der Armutsbetroffenen hat kein Haus- oder Wohnungseigentum, auch wenn das insbesondere im ländlichen Raum vorkommt.²⁹

Da die EU-SILC-Zahlen zwar für Österreich, nicht aber für einzelne Bundesländer statistisch repräsentativ sind, fehlen manche Detailinformationen für Kärnten. Um trotzdem die schwierige Position der Armutsgefährdeten und -betroffenen auf einem hochpreisigen Wohnungsmarkt zu illustrieren, werden hier ausnahmsweise gesamtösterreichische Daten herangezogen, die zwar das grundsätzliche Problem sehr gut, aber leider nicht die regionalen Unterschiede abbilden. Die **durchschnittlichen Wohnkosten** betragen in Österreich 2023 **für Armutsbetroffene** 615 Euro monatlich (Ö gesamt \varnothing 672 Euro).³⁰ Das ergibt einen Anteil von **44 Prozent am Haushaltseinkommen der Armutsgefährdeten**; die **österreichische Gesamtbevölkerung** wendet für das Wohnen nur **21 Prozent** ihres Einkommens auf, also weniger als die Hälfte.³¹ Ähnlich sieht es bei den Energiekosten aus: Armutsgefährdete Haushalte zahlten 2023 monatlich 132 Euro, und obwohl das deutlich unter dem österreichischen Durchschnitt von 173 Euro liegt, erreicht der Anteil der Energiekosten am Haushaltseinkommen der Armutsgefährdeten 13 Prozent, im Durchschnitt aber nur sechs Prozent.³² Dazu passt, dass die **subjektive Wohnkostenbelastung bei Armutsgefährdeten besonders hoch ist**: 43 Prozent berichten von einer **starken Belastung** (Ö \varnothing 30 %), 42 % von einer **gewissen Belastung** (Ö \varnothing 52 %) und 15 Prozent von **keiner Belastung** (Ö \varnothing 18 %). In Kärnten ist die subjektive – also gefühlte – Wohnkostenbelastung niedrig, was angesichts des niedrigen Niveaus der objektiven Wohnkosten nur folgerichtig ist: 33 Prozent fühlen **gar keine Belastung**, 51 Prozent eine **gewisse** und nur 16 Prozent eine **starke Belastung**.³³ Bedauerlicherweise liegen für die Kärntner Armutsgefährdeten keine aussagefähigen Daten vor.

Zurück zu den Ergebnissen der Kärntner Armutsstudie 2024: 64 Prozent der befragten Sozialexpert:innen berichteten, dass ihre Klient:innen mit der **Mietzahlung (sehr) oft im Rückstand** seien; nur sechs Prozent, dass das *nie* der Fall sei. Hinzu kommt, dass mehr als die Hälfte (51 %) aktuell **öfter** von Mietrückständen hört als vor der Teuerung. Für viele Armutsbetroffene gehört es zum Alltag, kleine und große Schulden zu machen. Sie jonglieren sozusagen mit den Zahlungen, um mit den knappen Budgets auszukommen: Eine längst fällige Rechnung wird zwar beglichen, dafür lässt man aber eine neuere Rechnung unbezahlt liegen; um eine Reparatur durchführen zu lassen oder für außerordentliche Schulkosten der Kinder aufzukommen, werden Energie oder Miete für eine Weile nicht bezahlt. Immer wieder borgt man sich kleine Beträge von Angehörigen, Freund:innen oder Bekannten aus, die dann sehr bald wieder zurückzahlen sind, oder überzieht das Konto (sofern ein Rahmen vorhanden ist).³⁴ Laut EU-SILC 2023 sind in Österreich sieben Prozent der Menschen mit

Zahlungen im Rückstand, von den Armutsgefährdeten sind es aber 19 Prozent und von den erheblich sozial sowie materiell Deprivierten sogar 57 Prozent.³⁵ Fast drei Viertel der Expert:innen (74 %) haben *(sehr) oft* Klient:innen mit Schulden, nur ein Prozent berät oder betreut *niemals* Verschuldete.⁵ Die Strategie, mit den Zahlungen zu „jonglieren“, birgt die Gefahr, die Kontrolle zu verlieren – und dann zB in Überschuldung, abgedrehter Energieversorgung oder Wohnungsverlust zu enden. Liegt der Gerichtsbeschluss zur Delogierung einmal auf dem Tisch, spricht man von „*ungesichertem Wohnen*“, dann steht die Möglichkeit einer Wohnungs- oder sogar Obdachlosigkeit[†] im Raum.



„Häufig Ratenzahlungen für Kredite bzw. Bürgschaften oder für Dinge, die schon nicht mehr in Verwendung sind. Bestellungen und Ratenkäufe sind relativ schnell getätigt ohne lange Überlegung der Finanzierungsmöglichkeit! Kontoüberziehungen durch Abbuchungen (werden zB abgebucht Tage bevor das Einkommen am Konto ist => jeden Monat fallen dadurch Überziehungszinsen an, oder es kommt zu keiner Abbuchung/Überweisung => Mahngebühren...). Überblick geht bei vielen durch Kartenzahlung verloren.“

„Verschuldung von Familien untereinander.“

„Mietpreise sind zu hoch, Schulden werden daher aufgebaut.“

„Mietrückstände, Betriebskostenrückstände aufgrund der Teuerung und des gleichbleibenden Einkommensbezugs.“

„Drohende Obdachlosigkeit, weil leistbarer Wohnraum fehlt.“

Obdachlosigkeit ist in Österreich und anderen reichen Ländern in Europa wohl die extremste Form von Armut, die noch verschärft wird, weil sie öffentlich sichtbar ist. Wer mit Armutsbetroffenen zu tun hat, kennt die Scham als ihre ständige Begleiterin. Wenn man also ungeschützt den Blicken ausgesetzt ist, erhält Armut noch mehr persönliche Brisanz. **Wohnungslosigkeit** ist so gesehen milder, denn hier haben die Menschen ein Dach über dem Kopf, wenn auch nur vorübergehend und nicht in ihren eigenen vier Wänden, sondern zB in einer sozialen Einrichtung. Das Ausmaß von Obdach- und Wohnungslosigkeit zu messen, ist sehr schwierig, und so wird davon ausgegangen, dass es zusätzlich zu den registrierten Obdach- und Wohnungslosen^u eine hohe Dunkelziffer gibt. 2022 wurden in Österreich 19.667 registrierte Obdach- und Wohnungslose gezählt, in Kärnten waren es 356 Personen; der Schwerpunkt lag deutlich in Wien (11.275).³⁶ Einen Hinweis auf eine hohe Dunkelziffer liefern auch die befragten Sozialexpert:innen. Sie sind nämlich im Vergleich zur geringen Zahl an registrierten Fällen auffallend häufig mit Wohnungslosigkeit konfrontiert: **44 Prozent haben (sehr) oft mit Wohnungslosen zu tun, 27 Prozent manchmal, 13 Prozent selten und nur sieben Prozent nie**. Auch hier hat die Teuerung zu einer Verschärfung des Problems geführt: 36 Prozent der Befragten sind nun *öfter* mit Wohnungslosigkeit konfrontiert als in Vor-Inflationszeiten (*gleich oft*: 32 %, *seltener*: 4 %). Andere Problemlagen mögen zwar mehr zugenommen haben, aber angesichts dessen, dass es sich bei Obdach- bzw. Wohnungslosigkeit um eine so extreme Form von Armut handelt, gibt auch dieser

⁵ 49 % der befragten Expert:innen gaben an, dass sie seit der Teuerung öfter Klient:innen mit Schulden haben.

[†] Als obdachlos gelten Menschen, die auf der Straße leben, oder in Notunterkünften oder ähnlichen Einrichtungen übernachten. Als wohnungslos gelten Menschen, die in Einrichtungen wohnen, in denen die Aufenthaltsdauer begrenzt ist und in denen keine Dauerwohnplätze zur Verfügung stehen, zB in Übergangwohnheimen, Asylen, Unterkünften für Migrant:innen und Asylwerber:innen sowie Frauenhäusern. (BAWO – online)

^u Die Zählung der registrierten Wohnungs-/Obdachlosen umfasst obdachlose Menschen, Menschen in Notunterkünften, Wohnungsloseneinrichtungen, Frauenhäusern und Langzeitwohnheimen für ältere Wohnungslose. Gezählt werden jeweils alle Personen, die mindestens einmal in einem bestimmten Jahr eine Hauptwohnsitzbestätigung bzw. Meldung in einer hier beschriebenen Einrichtung hatten. (Statistik Austria 2023, S. 13).

Anstieg Anlass zur Sorge – insbesondere weil die Expert:innen hier von deutlichen Lücken in der Versorgung einzelner Zielgruppen berichten: 70 Prozent kreuzten an, dass die **Unterstützungsleistungen für Menschen, die von Wohnungslosigkeit bedroht sind und Betreuung brauchen, nicht ausreichen**; 62 Prozent, dass dies für **ehemals Wohnungslose, die langfristige Betreuung brauchen**, ebenfalls gelte. Große Versorgungslücken bestehen auch bei wohnungslosen **jungen Erwachsenen der Generation 29^{minus}**: Diese Altersgruppe sticht also auch hier als speziell gefährdet und gleichzeitig nicht ausreichend versorgt heraus (*überhaupt/eher nicht ausreichend*: 66 %). Etwas kleiner, aber noch immer beträchtlich sind die Angebotsdefizite für **wohnungslose Erwachsene 30^{plus}** (*überhaupt/eher nicht ausreichend*: 59 %), **wohnungslosen Jugendlichen bis 18 Jahren** (*überhaupt/eher nicht ausreichend*: 51 %) und **subsidiär Schutzberechtigten** (*überhaupt/eher nicht ausreichend*: 48 %) – einer Gruppe, die es durch ihre rechtliche Sonderstellung, wie die Expert:innen-Interviews im Vorfeld und die offenen Antworten im Fragebogen zeigen, in vielerlei Hinsicht schwer hat, auch auf dem privaten Wohnungsmarkt, auf den sie angewiesen ist, was häufig zu versteckter Wohnungslosigkeit führt.³⁷

„Aufenthaltstitel „subsidiär schutzberechtigt“ dem normalen Aufenthaltstitel Asyl anpassen oder abschaffen.“ 

Auf Basis ihrer beruflichen Erfahrung: Sind die Unterstützungsleistungen im Bereich Wohnen für die folgenden Gruppen völlig ausreichend, eher ausreichend, eher nicht ausreichend oder überhaupt nicht ausreichend?

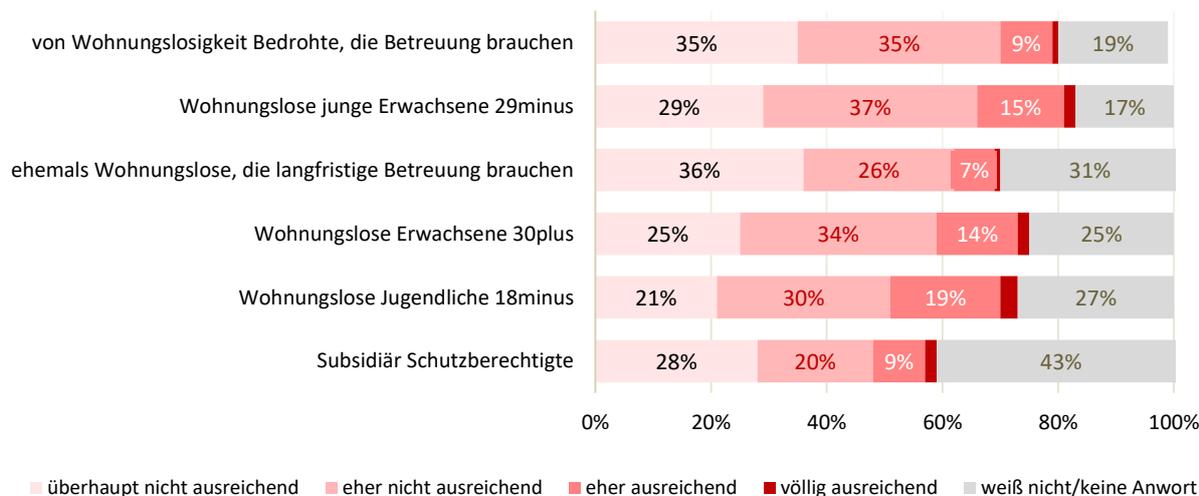
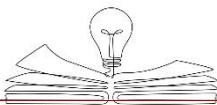


Abbildung 27: Unterstützungsleistungen für Wohnungslose und von Wohnungslosigkeit Bedrohte

Die Zahlen gewinnen noch an Brisanz, wenn man bedenkt, dass nur jene ihre Beobachtungen angegeben haben, die mit diesen speziellen Zielgruppen in Kontakt sind. Es gibt also einen vergleichsweise hohen Anteil von Enthaltungen bzw. Weiß-nicht-Stimmen. Werden diese nicht mitgerechnet, sondern nur die Expert:innen mit Kontakt zu Wohnungslosen, dann liegen die Anteile jener, die Lücken in der Versorgung wahrnehmen, noch höher: für Jugendliche 18^{minus} bei 70 Prozent, für Erwachsene sowie für subsidiär Schutzberechtigte bei rund 80 Prozent und für von Wohnungslosigkeit Bedrohte bzw. ehemals Wohnungslose mit Betreuungsbedarf sogar bei nahezu 90 Prozent.



Lösungen: Bestehendes und Gewünschtes

Die **Delogierungsprävention** war zum Zeitpunkt der Befragung eines der jüngsten Angebote für Menschen, die in Kärnten in (der Nähe von) Armut leben. Deshalb – und weil es sich beim drohenden Wohnungsverlust um ein so sensibles Problemfeld handelt – bildete sie im Fragebogen einen kleinen Schwerpunkt. **Eine Drittel der Expert:innen hatte im Zuge ihrer Arbeit schon Erfahrung mit der Delogierungsprävention gemacht**, die Mitarbeiter:innen von Einrichtungen des öffentlichen Sektors deutlich öfter als jene von Non-Profit-Organisationen (46 versus 35 %), am häufigsten Sozialarbeiter:innen (50 %), gefolgt von Sachbearbeiter:innen in der Gemeindeverwaltung oder anderen öffentlichen Stellen (44 %). Es sind keineswegs nur Einrichtungen, die auf das Thema Wohnen spezialisiert sind, die zu den ersten gehört haben, die mit der Delogierungsprävention professionellen Kontakt hatten, sondern vor allem auch die Suchthilfe (46 %) sowie Unterstützungsangebote bei häuslicher Gewalt (40 %) sowie Flucht, Migration & Integration (36 %). Zusammen mit den Antworten auf die offene Frage nach den Vor- und Nachteilen der Delogierungsprävention liefert das einige Hinweise darauf, welche Problemlagen parallel zu einem Wohnungsverlust auftreten. Dazu passt, dass sich die (von 129 Befragten) insgesamt 224 genannten **Vorteile** auf die Beratung und (sozialarbeiterische) Betreuung konzentrieren, die rund um die Delogierungsprävention angeboten wird (40 % der Nennungen), wobei das von der Weitergabe von hilfreichen Informationen bis zu einem Case-Management reichen kann: Als positiv hervorgehoben werden der niederschwellige und unbürokratische Zugang, die frühzeitige und rasche Intervention, das Sichtbar- und Bewusstmachen von Problemlagen sowie das Aufzeigen von Unterstützungsmöglichkeiten. All das sorgt gemeinsam mit der Übernahme der Mietschulden dafür, dass die Wohnung und die vertraute Wohnumgebung erhalten bleiben: ein Stabilitätsfaktor, der insbesondere bei Familien mit Kindern von Bedeutung sei. Die monetäre und psychische Entlastung sei beträchtlich. Im Idealfall würden sogar neue Zukunftsperspektiven entwickelt.

„Der Wohnraum ist gesichert, und Personen können sich auf die Lösung anderer Probleme konzentrieren (weitere Schulden tilgen, Jobsuche, Krankheit etc.) – große Entlastung für Klient:innen, wenn sie wissen, dass sie sich darum nicht auch noch Gedanken machen müssen.“

„Es wird schnell und relativ unkompliziert geholfen.“

„Es beginnt ein Prozess mit Unterstützung.“

„Mögliche Obdachlosigkeit wird dadurch frühzeitig erkannt, und es können Maßnahmen gesetzt werden, um sie zu verhindern.“

„Wahrnehmung der prekären Situation durch die Betroffenen und Möglichkeit, frühzeitig gegenzusteuern.“

„Stabilisierung von Menschen in prekären Lebenslagen.“

„Begleitung der Betroffenen, damit es nicht noch einmal zu einer Delogierung kommen kann.“

„Außerdem kann man in der gewohnten Umgebung bleiben, das ist vor allem für Kinder sehr wichtig.“

„Nachhaltige Sicherung der Wohnung.“

„Möglichkeit bzw. Chance auf Verbesserung der Lebenslage.“

Die kritischen Stimmen waren in der Minderheit: 118 Befragte nannten **Nachteile** der Delogierungsprävention. Diese scheint nicht überall und nicht immer gleich gut zu funktionieren, möglicherweise abhängig von den jeweiligen individuellen Betreuer:innen oder den Zielgruppen. Jedenfalls wurde besonders häufig kritisiert (24 % der kritischen Nennungen), dass die Delogierungsprävention keine nachhaltigen und umfassenden Lösungen anbiete, sondern nur Hilfe im Augenblick und zum Thema

Wohnen. Viele von den positiven Rückmeldungen beschreiben genau das Gegenteil, was nahelegt, dass man in Zukunft an einheitlichen Qualitätsstandards und deren Überprüfung arbeiten sollte. Be- anstandet wurde auch, dass die Delogierungsprävention keine Lösung für die grundlegenden Prob- leme sei, wie den Mangel an leistbarem Wohnraum oder die Teuerung, sondern nur den Umgang da- mit erleichtere. Außerdem sei der Zugang nur für jene einfach und schnell, die in der Stadt wohnten, der ländliche Raum sei hingegen nicht ausreichend abgedeckt. Hinzu komme, dass die Delogierungs- prävention (noch) nicht ausreichend bekannt sei. Auffallend häufig mit 19 Prozent aller kritischen Nennungen war der Vorwurf, die Delogierungsprävention verführe die Betroffenen zur Passivität – bis hin zu bewusstem Missbrauch, weil im Vertrauen darauf, dass die Zahlungsrückstände übernom- men würden, gar nicht erst versucht werde, die Miete zu begleichen.

„Kurzfristige Unterstützung. Keine nachhaltige Beratung, wie in Zukunft Delogierung vermieden werden kann.“

„Kurzfristige Hilfe, daher rufen viele Personen nach einigen Monaten erneut an und bitten um Hilfe. Nicht nachhaltig.“

„Beratung allein ist zu wenig, es bräuchte zumindest mittelfristige Begleitung der Betroffenen, um nach- haltig zu wirken.“

„Behebt nicht die grundsätzlichen Probleme der Betroffenen (geringes Einkommen, ständige Mieterhö- hung, allgemein hohe Mieten und Energiekosten, steigende Lebensmittelpreise).“

„Klient:innen verlassen sich zu sehr auf die Hilfe von anderen und kommen nicht ins Handeln.“

„Es gibt zunehmend Menschen, die sich auf die Delogierungsprävention verlassen und absichtlich keine Miete zahlen.“

„Nur an ausgewählten Terminen in Kleinstadt verfügbar.“

„Es könnten mehr Personen beschäftigt sein, dass es auch in den Randgebieten – oberes Mölltal und Drautal – Angebote gibt.“

Rund ein Viertel der **Maßnahmen, die die Expert:innen sofort umsetzen würden, hätten sie in der So- zialpolitik das Sagen**, betrafen Aspekte des Wohnens. Prioritär ist ihnen eine Senkung der Mietkos- ten, zB indem die Preise gedeckelt werden oder die Miete von der Inflation prinzipiell weitgehend entkoppelt wird (34 % der das Wohnen betreffenden Vorschläge). Deutlich seltener wird eine Sen- kung der Energiekosten gefordert (19 %), indem zB eine (einkommensabhängige) Preisdeckelung, eine Art Energiebeihilfe (vergleichbar der Mietbeihilfe), die direkt an die Energielieferanten ausge- zahlt werden könnte, oder spezielle Sozialtarife für einkommensschwache Haushalte eingeführt wer- den. 16 Prozent sprachen sich dafür aus, den Wohnungsmarkt zu erweitern, indem zB Leerstand ver- hindert und vor allem der soziale Wohnbau vorangetrieben wird. Nur zehn Prozent hielten eine Erhö- hung oder Umgestaltung der finanziellen Hilfen für dringend, wobei immer wieder die Kautionen an- gesprochen wurden. Seltener genannt wurde der Wunsch, die Vergabekriterien für gemeinnützige Wohnungen transparenter und fairer zu gestalten und so den Zugang zu erleichtern, Angebote für Obdachlose außerhalb von Klagenfurt einzurichten und die Wohnbetreuung auszuweiten.

„Mietpreise für sämtliche Wohnungen deckeln.“ 🔴

„Tatsächlich ‚gemeinnützige‘ Wohnungen mit einer dauerhaften Mietpreisbremse (maximale jährliche Preisanpassung von zwei Prozent!).“ 🔴

„Flächendeckend günstige Wohnungen, die unkompliziert vergeben werden können.“ 🔴

„Schnellere Wohnungsvergabe in Krisenfällen (zB Trennung mit Kindern, Gewalt in der Partnerschaft usw.).“ 🔴

- „Energie muss runter. Die Erhöhungen betreffen nicht mehr nur die sozial Schwachen, sondern auch Familien mit mittleren Einkommen.“ ❗
- „Einen günstigeren dauerhaften „Sozialtarif“ bei Strom und Gas für alle armutsbedrohten und -gefährdeten Haushalte (Stützung ähnlich der Stromkostenbremse durch den Bund).“ ❗
- „Sozialen Wohnungsbau in Oberkärnten kräftig ausbauen! 30 bis 50 neue Wohnungen pro Gemeinde!“ ❗
- „Verpflichtende Bereitstellung von sozialen Wohneinheiten, da speziell in Klagenfurt ein großer Leerstand an verfügbaren Wohneinheiten besteht – und dieser Leerstand müsste sozial genützt oder sonst zumindest besteuert werden, sodass ein Leerstand verhindert werden kann.“ ❗
- Wer eine Wohnung sucht und in Villach wohnen will, soll auch Sozialwohnungen angeboten bekommen. Auch wenn er/sie noch nicht zwei Jahre in Villach gemeldet ist. Die Prüfung A1/A2 soll nicht notwendig für das Bekommen einer Sozialwohnung sein.“ ❗
- „Unbürokratische, schnelle Einmalunterstützung für Kautions- und Erstmiete oder angepasst an die aktuelle Bearbeitungszeit: Fristerstreckung der Kautionszahlungen bei Wohnungen, um Personen, die Einmalunterstützung benötigen, mehr Zeit einzuräumen – aktuell funktioniert das sehr mäßig, da die Ansuchenbearbeitung viel zu lange dauert, die Kautionszahlung sofort einzuzahlen ist und somit die Wohnung dann doch nicht übergeben wird. Bei allen Wohnungen muss im Vorhinein im Zeitraum weniger Tage die Kautionszahlung eingezahlt werden – das ist ein Problem für viele!“ ❗
- „Anlaufstelle/Unterkunft und Sozialberatung für Obdachlose in Villach.“ ❗
- „Flächendeckende Wohnungslosenhilfe (nicht „nur“ in Klagenfurt), auch im Sinne einer Prävention.“ ❗
- „Housing first – auch im ländlichen Raum.“ ❗
- „Teilbetreute Wohneinheiten für Menschen, die den Alltag nicht schaffen, aber Hilfe in Alltagssituationen brauchen, und keine begünstigte Behinderung haben oder irgendeine Diagnose!“ ❗
- „Es braucht mehr psychosozial betreute Wohneinrichtungen für Personen mit schweren psychischen Erkrankungen (zB Schizophrenie).“ ❗



Abbildung 28: Worthäufigkeit brennendes Problem: Gesundheit

4.4. Gesundheit

Psychische Beeinträchtigungen und Erkrankungen gehen außerordentlich oft mit Armut einher: **81 Prozent der Kärntner Sozialexpert:innen arbeiten sehr oft mit und für Klient:innen mit psychischen Problemen.** Aber auch **Suchtkrankheiten** (59 %) oder **körperliche Leiden** (56 %) sind weit überdurchschnittlich häufig. Denn der Blick in die Statistiken zeigt: In Kärnten empfinden genau drei Viertel der Erwachsenen im Erwerbsalter ihren Gesundheitszustand als *(sehr) gut*, 19 Prozent als *mittelmäßig* und fünf Prozent³⁸ als *(sehr) schlecht*.³⁹ Bei die Generation 65^{plus} ist der subjektive Gesundheitszustand erwartungsgemäß etwas schlechter^v. Armutsgefährdete nehmen österreichweit ihre Gesundheit zu 15 Prozent als *(sehr) schlecht* wahr, erheblich materiell und sozial Deprivierte sogar zu 31 Prozent (Ö \varnothing 6 %).⁴⁰ Ihr schlechter Gesundheitszustand unterscheidet also Armutsbetroffene und -gefährdete klar von der Mehrheit.

Sind Ihre armutsbetroffenen und -bedrohten Klient:innen von den folgenden Problemen sehr oft, oft, manchmal, selten oder nie betroffen?

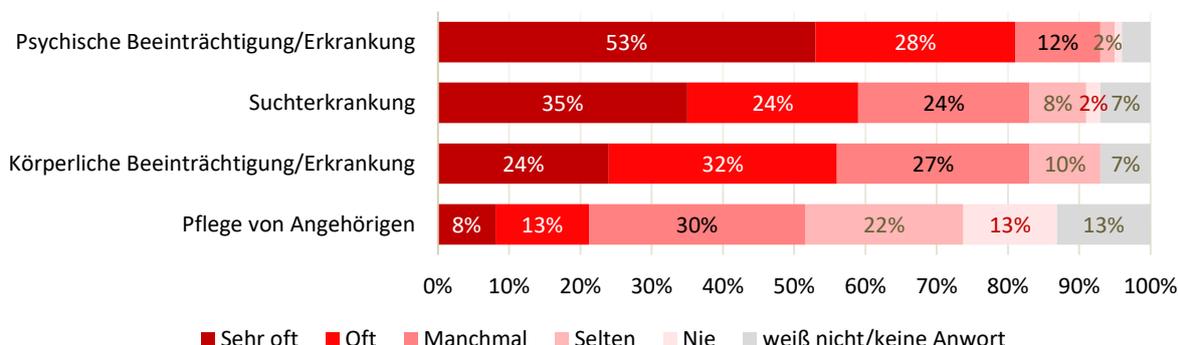


Abbildung 29: Gesundheitliche Problemlagen – Häufigkeit

Die **Pflege von Angehörigen** (d. h. in der Familie gibt es eine schwere Beeinträchtigung durch gesundheitliche Probleme, fortgeschrittenes Alter oder eine Behinderung, oft im selben Haushalt) kann ein

^v sehr gut/gut: 47 %, mittelmäßig: 38 %, sehr schlecht/schlecht: 16 % (EU-SILC 2023, S. 169)

Grund für ein erhöhtes Armutsrisiko sein. Von den befragten Sozialexpert:innen hat jede:r Fünfte (*sehr*) oft professionellen Kontakt mit pflegenden Angehörigen; es fällt auf, dass die Enthaltungsrate mit 13 Prozent höher ist als bei den anderen die Gesundheit betreffenden Fragen, was ein Hinweis darauf sein könnte, dass die Gruppe der pflegenden Angehörigen nicht gut sichtbar bzw. durch die Angebote der befragten Einrichtungen nur lückenhaft erreicht wird.

Die offenen Antworten auf die Frage nach den **aktuell brennendsten Problemen von Armutsbetroffenen und -gefährdeten** in Kärnten bestätigen sowohl die große Bedeutung des Problemfelds Gesundheit als auch, dass vor allem das psychische Wohlbefinden beeinträchtigt ist. Jede:r fünfte Befragte bezog sich bei der Aufzählung der brennenden Probleme auf gesundheitliche Aspekte, davon betrafen zwei Drittel die Psyche, der Rest verteilte sich gleichmäßig auf Suchterkrankungen und körperliche Leiden. Psychische (und auch körperliche) Beeinträchtigungen können in Armut führen, aber umgekehrt kann ein Leben in Armut diese Beeinträchtigungen auch erst hervorrufen bzw. verschlechtern, das machen die Antworten der Expert:innen klar. Und sie zeigen auch, dass es sich um eine Problemlage handelt, die quer durch alle Altersgruppen geht.



„Kein Auskommen mit dem Einkommen führt zu Stress, das führt zu psychischen und physischen Beschwerden.“

„Jugendliche kommen oft schwer zu uns, da sie kein Auto haben, aber auch nicht einmal Geld für ein Bus/ Bahnticket. Haben dadurch große psychische Probleme, können sich keine Psychotherapie leisten, bei uns aber auch zu wenig Kapazität.“

„Ältere Menschen, die psychisch erkranken – ohne Betreuung.“

„Verifizierte Angststörungen aufgrund von Corona, Kriegsgefahr, Katastrophenmeldungen und permanentem negativen Medienkonsum.“

Gesundheitliche Probleme treten bei den Klient:innen nun öfter auf, was in Bezug auf das psychische Wohlbefinden teilweise auf die Krisen der letzten Jahre zurückgeführt wird (s. Folgen der Covid-19-Pandemie, S. 45). **Weit mehr als die Hälfte der Expert:innen kreuzten an, dass psychische Beeinträchtigungen und Erkrankungen im Jahr vor der Erhebung häufiger geworden seien (57 %), 37 Prozent, dass öfter suchtkranke Klient:innen kämen, und knapp ein Viertel, dass körperliche Beeinträchtigungen und Erkrankungen angestiegen seien (23 %).**

Sind diese Probleme im Lauf des letzten Jahres bei Ihren armutsbetroffenen und -bedrohten Klient:innen öfter, gleich oft oder seltener aufgetreten als in der Zeit davor?

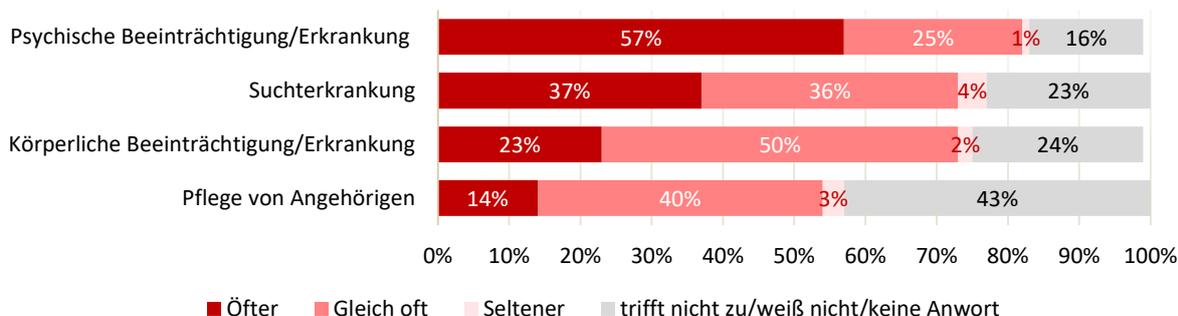


Abbildung 30: gesundheitliche Problemlagen – Entwicklung im letzten Jahr

Was die **psychischen Probleme** anlangt, lassen sich in den offenen Antworten drei Schwerpunkte erkennen: erstens Vereinsamung und Isolation, die mit mangelnder sozialer Teilhabe und immer wieder Ausgrenzung einhergeht; zweitens Existenz- und Zukunftsängste, immer wieder gepaart mit Perspektiven-, Orientierungs- und Motivationslosigkeit bis hin zu Verwahrlosung; und drittens Probleme bei der Alltagsbewältigung, häufig als Folge einer psychischen Beeinträchtigung, aber regelmäßig auch praktische Fertigkeiten betreffend (einige Male erwähnt wurde zB die fehlende Finanzkompetenz und der schlechte Umgang mit Geld).

Die **Schwierigkeiten bei der Organisation des Alltags** (zB das Fehlen einer Tagesstruktur) waren auch im Fragebogen explizit berücksichtigt. Drei Viertel der Expert:innen haben *(sehr) oft* mit Klient:innen zu tun, die an Alltagsbewältigung scheitern (76 %), 15 Prozent *manchmal* und gerade einmal fünf Prozent *selten* oder *nie*. Es handelt sich hier also um ein Problem von Armutsbetroffenen und -bedrohten (auch in Kärnten), das man als typisch bezeichnen muss.

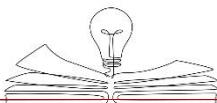
Zu **Suchterkrankungen und körperlichen Beeinträchtigungen** geben die offenen Antworten auf die Frage nach den brennendsten Problemen weniger Details preis. Zwei Probleme wurden jedoch bei allen drei Erkrankungsarten genannt: erstens dass sie Belastbarkeit, Leistungs- und Durchhaltevermögen einschränken und in weiterer Folge die **Arbeitsfähigkeit beeinträchtigen**. Auch dieser Aspekt wurde im Fragebogen gesondert erhoben – und machte ein weiteres „typisches“ Merkmal von Armutsbetroffenen offensichtlich: Denn drei Viertel der Befragten sind *(sehr) oft* in professionellem Kontakt mit Klient:innen, deren Arbeitsfähigkeit eingeschränkt ist, 16 Prozent *manchmal*, vier Prozent *selten* – und es gibt kein einziges Kreuz bei der Antwortmöglichkeit *nie*. Das zweite Problem, das mit allen Erkrankungsarten in Verbindung gebracht wurde: Es gibt nicht genügend (leistbare) medizinische und therapeutische Angebote. Daraus folgen (zu) lange Wartezeiten, vor allem auf einen Termin bei Psychotherapeut:innen, psychiatrischen Fachärzt:innen oder zur Suchtbehandlung.



„Psychische Erkrankungen nehmen immer mehr zu – zu wenig Angebote, zu lange Wartezeiten bei Psychiater und Therapeuten.“

„Fehlende Plätze in Psychiatrie, fehlende Einrichtungen für Menschen in psychischen Ausnahmesituationen, fehlende Therapieangebote bei psychischer Erkrankung, fehlende Plätze in Entgiftungsstationen, Suchteinrichtungen.“

Wie die Wortwolke am Beginn zeigt, steht das Geld, also die knappen finanziellen Ressourcen von Armutsbetroffenen und -gefährdeten einmal mehr im Mittelpunkt. Sie müssen die langen Wartezeiten in Kauf nehmen oder überhaupt auf eine Therapie verzichten, weil sie sich die teureren Alternativen, die nicht von der Krankenkassa bezahlt werden, nicht leisten können. Noch einmal schlimmer trifft es jene, die **keine Krankenversicherung** haben. Dieser Extremfall tritt bei einer relativen Mehrheit der Expert:innen *selten* oder *nie* auf (42 %), aber immerhin bei 20 Prozent *(sehr) oft* und bei 29 Prozent *manchmal*.



Lösungen: Bestehendes und Gewünschtes

Angesichts der vielen Nennungen von aktuell brennenden Problemen im Bereich Gesundheit würde man auch viele Änderungsvorschläge und -wünsche erwarten. Tatsächlich aber gab es kaum gesundheitsbezogene Antworten auf die offene Frage, was man sofort ändern oder einführen würde,

könnte man die Sozialpolitik beeinflussen. Vielleicht weil schon aus den Nennungen der Problemfelder hervorgeht, wie sehr **leistbare und schnell verfügbare Behandlungs- und Therapieangebote fehlen**.

Konkret wurden die Expert:innen bei ihren Forderungen im Bereich **Pflege**, die sich auf eine Verbesserung der Situation von pflegenden Angehörigen (vor allem von Müttern mit behinderten Kindern) konzentrierten:

„Dass Mütter sich bei ihren behinderten Kindern (ähnlich wie in Oberösterreich) mitversichern können bzw. nicht noch zusätzlich Arbeit suchen müssen.“ 

Personen, die Kinder zu Hause betreuen oder Angehörige pflegen, zumindest das monatlich auszuzahlen, was die Kinderbetreuung oder die Pflege außerhalb der Familie kosten würde. Somit würden wieder mehr freie Plätze zur Verfügung stehen, um überlastete Familien zu entlasten und auch das Leben zu Hause mit Behinderung in Anspruch nehmen zu können. Eltern von Kindern und jungen Erwachsenen können oft nicht ausreichend arbeiten, eben wegen der Betreuung und Pflege. Mit diesem finanziellen Ausgleich wären viele Familien entlastet und würde der psychische Druck auch wieder abnehmen, da die fehlenden Arbeitsstunden durch die Betreuung zu Hause entlohnt würden.“ 

Um den **Schwierigkeiten bei der Alltagsbewältigung**, die so viele Armutsbetroffene aufweisen, schon früh entgegenzuwirken, setzen die Expert:innen nicht nur auf therapeutische Angebote, sondern – quasi vorbeugend – auch auf Bildung und praktische Schulung, und zwar möglichst schon bei Kindern und Jugendlichen:

„Verpflichtende Fächer in Mittelschulen und Gymnasien, wo es darum geht, die Kindern zu lehren, mit einem Einkommen auszukommen, Haushaltspläne zu erstellen. Oder welche Folgen haben Online-Einkäufe auf Raten? Die Kinder zu lehren, wie man selbst Essen zubereitet und dass frische Lebensmittel billiger sind als verarbeitete, sehe ich als eine wesentliche Aufgabe des Bildungssystems. Sowohl in Praxis und in der Theorie, das muss wiederholt werden wie das 1x1.“ 

„Selbstbewusstseinsbildung bereits in der Pflichtschule – Anleitung und Förderung der Eigenverantwortlichkeit.“ 

arbeitsverhältnisse
arbeitsunfähigkeit
arbeitslosigkeit
job arbeitssuche arbeitsplatz
erwerbslosigkeit

Abbildung 31: Worthäufigkeit brennendes Problem: Arbeit

4.5. Arbeit und Qualifikation

Armut ist eng mit (dem Fehlen von) Erwerbsarbeit und einer schwierigen Position am Arbeitsmarkt verknüpft – so eng, dass die Erwerbsintensität eines Haushalts als Indikator für die Definition von Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung dient.^w Dieser Zusammenhang zeigt sich auch im Arbeitsalltag der Kärntner Sozialexpert:innen: Sie haben zu 79 Prozent (*sehr oft*) mit armutsbetroffenen und -gefährdeten Klient:innen zu tun, die **arbeitslos** sind, zu 72 Prozent mit Menschen mit **Qualifikationsdefiziten**, zu 68 Prozent mit **Working Poor**, die trotz Erwerbsarbeit unter der Armutsgefährdungsschwelle leben, und zu 51 Prozent mit **prekär Arbeitenden** (zB in Leiharbeit, Scheinselbstständigkeit oder geringfügiger Beschäftigung). Vergleichsweise selten suchen **Ein-Personen-Unternehmer:innen** Hilfe (*sehr oft/oft*: 13 %, *nie*: 21 %), wobei hier viele Expert:innen keine Antwort geben: ein möglicher Hinweis darauf, dass armutsbetroffene Selbstständige weitgehend unsichtbar bleiben.

Sind Ihre armutsbetroffenen und -bedrohten Klient:innen von den folgenden Problemen sehr oft, oft, manchmal, selten oder nie betroffen?

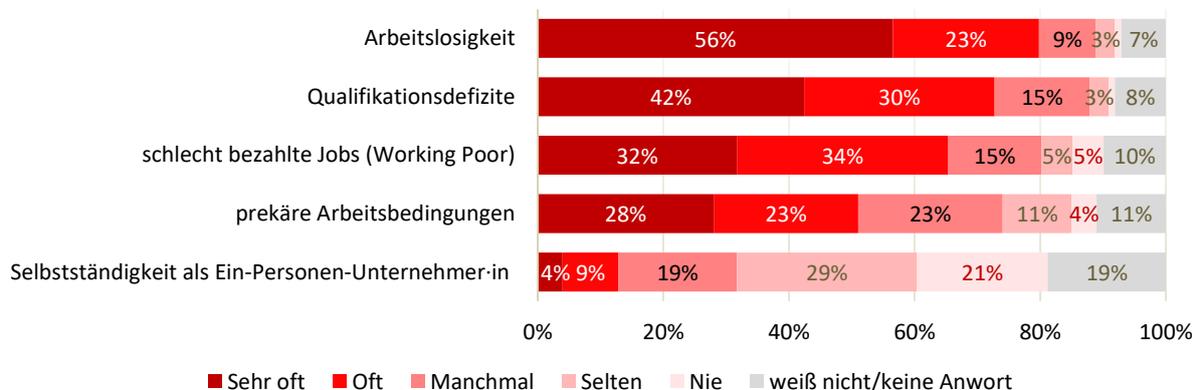


Abbildung 32: Arbeit betreffende Problemlagen – Häufigkeit

^w „Armut- oder ausgrenzungsgefährdet sind Personen, deren äquivalisiertes Haushaltseinkommen unterhalb eines festgelegten Schwellenwertes (Armutgefährdungsschwelle=60 % des Medians) liegt oder die erheblich materiell und sozial depriviert sind oder die in einem Haushalt mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität leben.“ (EU-SILC 2023, S. 20)

Die Armutsstatistik weist für all diese Gruppen eine (teils weit) **überdurchschnittliche Armutsgefährdung** aus:

- Menschen, die **nicht mehr als einen Pflichtschulabschluss** haben, tragen laut EU-SILC 2023 in Österreich (für Kärnten liegen keine aussagekräftigen Daten vor) ein Armutsrisiko von 28 Prozent (Ö \varnothing 15 %; *Lehre/mittlere Schule*: 10 %, *Matura*: 12 % und *Universität*: 13 %) **Arbeitslose** von 42 Prozent (*Vollzeit beschäftigt*: 7 %, *Teilzeit*: 10 %) und **Haushalte mit keiner oder sehr geringer Erwerbsintensität** sogar von 67 Prozent (*mittlere E.*: 17 %, *hohe E.*: 5 %).⁴¹
- Acht Prozent der 18- bis 64-Jährigen, die im Verlauf des Vorjahres mindestens sechs Monate gearbeitet haben, gelten österreichweit als **Working Poor**, von den Nur-Pflichtschulabsolvent-innen jedoch 21 Prozent.⁴²
- Einer **prekären Niedriglohn-Beschäftigung** gehen insgesamt sieben Prozent der in Österreich Lebenden nach, niedrig qualifizierte Pflichtschulabsolvent-innen aber zu 13 Prozent.⁴³

Angesichts dessen, wie bedeutsam die Erwerbsarbeit und Qualifikation im Kontext von Armut sind, verwundert es auf den ersten Blick, wie selten die Expert-innen bei der Frage nach den **aktuell brennendsten Problemen** das Thema aufgebracht haben: Lediglich zehn Prozent der insgesamt 913 Nennungen beziehen sich darauf. Und es fällt auf, wie wenig die Wortmeldungen ins Detail gehen: Am häufigsten fielen in Bezug auf Arbeit die Schlagworte Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarktintegration, gefolgt von gesundheitsbedingter Arbeitsunfähigkeit und prekärer Arbeit, und in Bezug auf Qualifikation die fehlenden Deutschkenntnisse der zugewanderten Klient-innen sowie der Mangel an niederschwelligen Ausbildungsangeboten und an Lehrstellen.



„Die meisten Menschen sind von Arbeitslosigkeit oder Arbeitsunfähigkeit (häufig mit Suchthintergrund) betroffen.“

„Begrenzte Belastbarkeit und Arbeitsfähigkeit.“

„Angst, den Job zu verlieren (wenn zustehende Ansprüche gegen den Arbeitgeber eingefordert werden).“

„Fehlende Ausbildungen/Qualifizierungen lassen die Kundinnen verzweifeln.“

„Bei ausländischen Personen großer Mangel an Qualifikation bzgl. Sprache und Berufsausbildung bzw. Erfahrung.“

„Mangelnde Deutschkenntnisse und die daraus resultierende Ausnutzung am Arbeitsplatz.“

Eine Erklärung für die geringe Präsenz des Themas Arbeit in den offenen Antworten könnte darin liegen, dass sich die **Schwierigkeiten rund um Arbeitssuche und Arbeitsmarktintegration als Folge der Krisen der letzten Jahre** (Covid-19-Pandemie, Krieg in Europa und steigenden Preisen) **nicht annähernd so verschärft haben wie etwa beim Haushaltsbudget, beim Wohnen und bei der psychischen Gesundheit**, die damit im Wortsinn tatsächlich die aktuell brennendsten Probleme darstellen – auch weil sie in ihrer Dimension neu sind und zudem noch keine für Expert-innen wie auch Klient-innen befriedigenden Lösungen vorliegen. Das Problemfeld Arbeit hingegen ist vergleichsweise (!) konstant akut geblieben. Die Befragten stellen zwar, wie bei allen Klient-innen-Gruppen, einen zahlenmäßigen Anstieg fest, der aber wesentlich niedriger ausfällt: Rund 30 Prozent werden aktuell öfter als noch vor einem Jahr von Klient-innen kontaktiert, die Probleme am Arbeitsmarkt haben. Bezüglich der Teuerung von Lebensmitteln, Miete und Energie liegen die Steigerungsraten aber über 70 Prozent.

Sind diese Probleme im Lauf des letzten Jahres bei Ihren armutsbetroffenen und -bedrohten Klient:innen öfter, gleich oft oder seltener aufgetreten als in der Zeit davor?

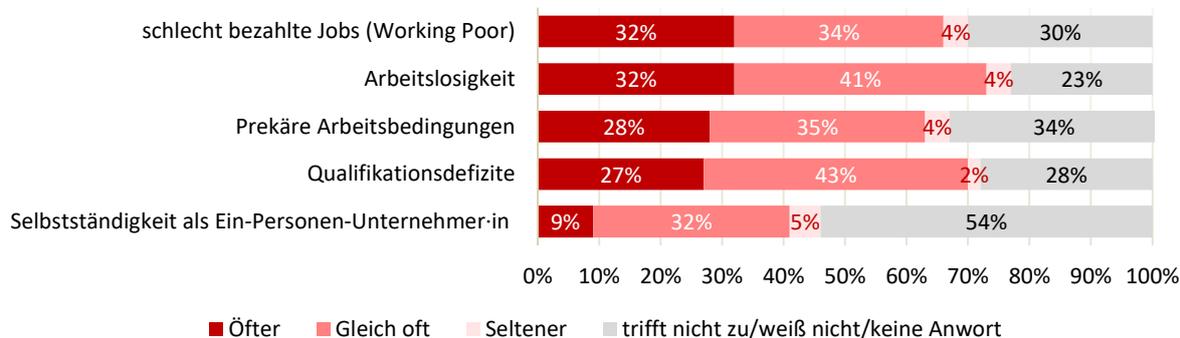
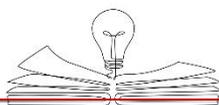


Abbildung 33: Arbeit betreffende Problemlagen – Entwicklung im letzten Jahr



Lösungen: Bestehendes und Gewünschtes

Dass die Kärntner Sozialexpert:innen das Problemfeld Arbeit aber durchaus am Radar haben, sieht man daran, dass sie bei der letzten offenen Antwortmöglichkeit am Ende des Fragebogens („Stellen Sie sich vor, Sie wären Sozialminister:in“) besonders viele Änderungsvorschläge dazu machten und dabei sehr konkret wurden. Im Fokus der Lösungsansätze stand die Frage, **wie man arbeitslose Klient:innen am besten (wieder) in den Arbeitsmarkt integrieren könnte**. Die Zugänge sind verschieden: Sie konzentrieren sich auf das Setzen von positiven Anreizen, aber es gibt auch Stimmen, die sich für mehr Druck aussprechen (und zwar sowohl aus den sozialen Non-Profit-Organisationen als auch aus Ämtern und Behörden). Für den einen wie den anderen Zugang setzen die Expert:innen vor allem bei der Höhe der Bezahlung an: beim Erwerbseinkommen, aber auch bei Arbeitslosengeld, Notstandshilfe und Sozialhilfe. Die Vorschläge reichen von allgemeinen Lohnerhöhungen, über die Einführung eines ausreichend hohen Mindestlohns bis zu einer Reduktion der Lohnnebenkosten, alles unter dem Motto: „damit sich Arbeit wieder auszahlt“. Was die Sozialleistungen anlangt, gab es einerseits die Forderung nach einer generellen Erhöhung und nach einer automatischen Inflationsanpassung der Leistungen des AMS (die von der Valorisierung derzeit ausgenommen sind). Andererseits finden sich auch Wünsche, die darauf bauen, dass ein niedrigerer bzw. ein mit der Dauer der Arbeitslosigkeit sinkender AMS-Bezug die Motivation, einen Job zu suchen und anzunehmen, verbessern würde.

„Wenn Menschen arbeiten, sollten sie so viel verdienen, dass sie ihre Lebenshaltungskosten bestreiten können UND an der Gesellschaft (Kunst, Kultur, Freizeit...) teilhaben können – dies gilt vor allem für Kinder aus armutsgefährdeten Familien.“ 💡

„An die Inflation angepasste Mindestlöhne.“ 💡

„Mindestlohn von 2.000 Euro“. 💡

„Weniger Steuern auf Arbeit => viele Klienten lieber arbeitslos und geringfügige Beschäftigung => für einige zahlt sich die Arbeit gar nicht aus.“ 💡

„Finanzielle Mittel sollten auch gekürzt werden, sodass mehr Anreiz auf Arbeit besteht.“ 💡

„Das Arbeitslosengeld die ersten drei Monate mit 90 Prozent des Nettogehaltes auszahlen, dann monatlich weniger an Arbeitslosengeld, damit die Menschen wieder gerne einer Arbeit nachgehen, somit auch Sozialkontakte haben und mehr sinnvolle Alltagszeit. Gebrauchtwerden reduziert die psychische Belastung!“ ❗

Neben diesen Vorschlägen, die mit der Höhe des Einkommens arbeiten, gab es noch weitere, die auf eine bessere Integration in den Arbeitsmarkt abzielen: **aktive Unterstützungs- und Begleitungsmaßnahmen, die die ersten Schritte erleichtern, Abbau von Hürden, Förderung von Umschulungen sowie attraktivere Jobs bzw. Arbeitsbedingungen.** Auch hier waren wieder Stimmen zu hören, die auf mehr Druck zur Arbeitsaufnahme setzen: auf eine Verpflichtung zu gemeinnützigen Arbeiten für Langzeitarbeitslose und auf die Verpflichtung, zumutbare Jobs auf jeden Fall anzunehmen.

„Ausbildung bzw. Integration ins Arbeitsleben besser fördern; individueller schauen; Motivationsgruppen; einige sind in einem Strudel drin, wollen nicht arbeiten gehen.“ ❗

„Maximale Bewerbungschancen für alle Gruppen, ohne Bild, ohne Zeugnis, ausschließlich Interesse und Motivation als Bewertungskriterium.“ ❗

„Strengere Verpflichtungen zur Aufnahme von Erwerbsarbeit, wenn sie für die Armutsbetroffenen zumutbar ist. Es ist nicht möglich, dass man über viele Jahre hinweg vom AMS bezahlte Fortbildungen und Vorbereitungskurse besucht, um fehlende Qualifizierungen nachzuholen, weil man nicht bereit ist, eine KV-bezahlte Hilfsarbeit anzunehmen. Damit wird mehr Geld für jene geschaffen, die auf Sozialhilfen unbedingt angewiesen sind.“ ❗

„Langzeitarbeitslose Menschen und/oder Notstandsbezieher-innen nicht in sinnlose AMS-Kurse abziehen, sondern ein Arbeitsangebot als Voraussetzung für die Beziehung von AMS-Geld anbieten, auch wenn es nur wenige Stunden sind. Wer lange aus der Arbeitswelt draußen ist, traut sich nur mehr wenig zu.“ ❗

Besonderes Augenmerk wurde zwei Klient-innen-Gruppen geschenkt: **Menschen, die arbeitswillig, aber nur eingeschränkt arbeitsfähig sind, und Asylwerber-innen.** Für Letztere wurde eine völlige Öffnung der Arbeitsmarkts gefordert, für Erstere ein Ausbau der Angebote sowohl am regulären 1. Arbeitsmarkt als auch am geförderten 2. Arbeitsmarkt.

„Lösung für gesundheitlich eingeschränkte Personen am Arbeitsmarkt – weg vom AMS.“ ❗

„Zu wenig niedrigschwellige Projekte oder niedrigschwellige Verdienstmöglichkeiten.“ ❗

„Teilzeit-AMS-Bezug; Teilerwerbsunfähigkeitspension (in Anlehnung an Berentung durch AUVA bei Erwerbsminderung).“ ❗

„Leichter Zugang zu Umschulungen.“ ❗

„Pensionierung von Menschen, die aufgrund ihrer körperlichen und psychischen Situation nicht mehr arbeiten können – mit Pensionszahlungen, die Menschen ein gutes Leben ermöglicht.“ ❗

„Unternehmer müssten einen Anreiz bekommen und noch mehr dabei unterstützt werden, wenn sie Personen einstellen, die sonst nur am 2. Arbeitsmarkt einen Platz finden. (Unternehmer können es sich oft nicht leisten, Menschen mitzuschleppen, die nicht die volle Arbeitsleistung erbringen können – also müsste hier der Staat eindeutig mehr unter die Arme greifen, als es bisher geschieht.)“ ❗

„Alle Asylwerber dürfen arbeiten oder eine Ausbildung machen (kostenlos).“ ❗



Abbildung 34: Worthäufigkeit  brennendes Problem: Familie und Kinder

4.6. Familie und Kinder

Familie und Kinder waren in den offenen Antworten der Kärntner Sozialexpert:innen auf die Frage nach den aktuell brennendsten Problemen nahezu ebenso stark präsent wie das Themenfeld Arbeit und Qualifikation – also nicht so dominant wie die finanziellen Schwierigkeiten, das Wohnen und die Gesundheit, aber für die Haushaltszusammensetzung ist, ebenso wie für Arbeitslosigkeit bzw. Qualifikationsmängel, schon lange empirisch nachgewiesen, dass sie eminenten Einfluss auf die Armutsgefährdung hat.^x In den letzten Jahren ist der Kinderarmut stetig mehr Aufmerksamkeit gewidmet worden. Die Armutsstatistik zeigt weshalb: **Laut EU-SILC 2023 liegt die Armutsgefährdungsquote von Kindern, Jugendlichen und abhängigen jungen Erwachsenen bis zum Alter von 24 Jahren in Österreich mit 20 Prozent klar über dem Durchschnitt von 15 Prozent, in einigen Haushaltsformen aber noch weit darüber:** Kinder alleinerziehender Eltern tragen ein Armutsrisiko von 42 Prozent, Kinder in Großfamilien mit mindestens drei Kindern von 32 Prozent. Ist im Haushalt jemand von den Erwachsenen langzeitarbeitslos, liegt die Armutsgefährdung der Kinder bei 63 Prozent, hat jemand eine ausländische Staatsbürgerschaft, bei 48 Prozent.⁴⁴ **Kinderarmut ist themenübergreifend: Was in den Kapiteln über die Finanzen, das Wohnen und die Gesundheit zu lesen ist, gilt immer auch für die Kinder:** Bleibt am Ende des Monats nicht genügend Geld, um Nahrungsmittel zu kaufen, oder sind die Wohnräume im Winter kaum geheizt oder gibt es Stress wegen einer drohenden Delogierung oder leidet ein Elternteil an gesundheitlichen Beeinträchtigungen, dann spüren das stets auch die Kinder – selbst wenn armutsbetroffene Eltern in aller Regel versuchen, ihre Kinder so gut wie möglich abzuschirmen und besser zu versorgen als sich selbst.⁴⁵ **Zusätzlich aber werden in der Kindheit und Jugend Ressourcen fürs ganze Leben geschaffen: vor allem was Bildung anlangt** – es geht also einmal mehr um das zentrale Thema Qualifikation. Aber auch die psychische Stabilität, um später mit schwierigen Situationen und Belastungen umzugehen und persönliche Bindung zu anderen herzustellen, wird in der Kindheit grundgelegt. Und schließlich werden praktische Fähigkeiten vermittelt, die für die Alltagsbewältigung nötig sind (siehe dazu auch S. 62f.).

^x siehe Haushaltsform: Alleinerzieher:innen und Großfamilien gut beraten
, S. 14

Kinder (bzw. ihre Anzahl in der Familie) sind aber auch deshalb für den Blick auf Armut so relevant, weil sie Armut schaffen können: nicht nur, weil sie Geld kosten, sondern weil schon allein ihre Existenz die Eltern (gewöhnlich die Mütter) de facto immer wieder daran hindert, (vollzeit-)erwerbstätig zu sein: nämlich dann, wenn die **Kinderbetreuungsangebote** nicht ausreichend, zu hochschwellig oder zu kostspielig sind. Und damit wären wir abermals beim zentralen Thema Erwerbstätigkeit. Zur Erinnerung: Die Armutsgefährdung von Vollzeitbeschäftigten liegt bei sieben Prozent, von Teilzeitbeschäftigten bei zehn Prozent sowie von Arbeitslosen bei 42 Prozent.⁴⁶

Die Wortmeldungen der Expert:innen auf die offene Frage nach den aktuell brennendsten Problemen konzentrierten sich beim Themenfeld Familie & Kinder einmal mehr auf finanzielle Aspekte – erstens mit einem Schwerpunkt auf Schul- und Bildungsfragen. Wie in Kapitel *Finanzielle Engpässe* erwähnt, **hört gut die Hälfte der Expert:innen von den Klient:innen (sehr) oft, dass sie die Ausgaben für ihre Kinder nicht aufbringen können (55 %)**, 19 Prozent *manchmal*, sechs Prozent *selten*, neun Prozent *nie* und zwölf Prozent gaben keine Antwort, wissen also nicht, ob dies zutrifft, oder haben keine Klient:innen mit Kindern. 45 Prozent gaben an, dass sie aktuell öfter als früher mit Eltern zu tun haben, die sich die Kosten für die Kinder nicht leisten können. Es geht um Kleidung, Freizeit und Geschenke, vor allem aber um die Kosten für Schulveranstaltungen und Unterrichtsmaterial.



„Auf die Freizeitaktivität der Kinder muss teils verzichtet werden, da sich einige Familien die Kosten nicht leisten können.“

„Besondere Anlässe für Kinder: Geburtstage, Weihnachten, Ostern.“

„Kosten Schulveranstaltungen (geföhlt immer aufwändigere und kostenintensivere Veranstaltungen).“

„Kosten für den Schulbeginn (abgesehen von Besorgungen, werden in der Klasse verschiedenste Beiträge einkassiert – meist nur kleinere Beträge, die aber in Summe vor allem bei mehreren Kindern doch einiges ausmachen) bzw. für Klassenfahrten (teilweise auch die Ausrüstung dafür bzw. vor allem in höheren Klassen teure Auslandsaufenthalte).“

Der zweite Schwerpunkt ist die **Kinderbetreuung** und wurde detailreich geschildert. Es gebe zu wenige Plätze (insbesondere für kleine Kinder im Vorschulalter), diese seien zu teuer oder die günstigen für bestimmte Gruppen verschlossen, zB für arbeitssuchende Mütter, die aber ohne Kindergarten oder Nachmittagsbetreuung keine Chance auf einen Job hätten. Außerdem seien die Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen mit manchen Berufen nicht vereinbar, wenn man zum Beispiel zu Randzeiten arbeite (wie in der Reinigung). Problematisch seien auch die Ferien, weil es entweder gar keine oder nur kostspielige Betreuung gebe, und zB das AMS dies aber nicht berücksichtige.



„Fehlende Kinderbetreuungsplätze für Unter-Dreijährige, zwingt Frauen in die Armut, weil sie nicht berufstätig oder nur geringfügig arbeiten können.“

„In der aktiven Arbeitssuche/Qualifizierung mit motivierten Kundinnen, ist das PROBLEM der Betreuung ihrer Kinder immens. Die Mütter müssen einen Job vorweisen, um einen Platz zu bekommen oder ihn in Vollzeit zu erhalten. Ohne Kinderbetreuung gibt es keine Chance auf einen Job. Die Eingliederung in den Kindergarten dauert manchmal bis zu 4 Wochen, da macht kein Arbeitgeber mit. Beim kleinsten Schnupfen werden Kinder wieder vor die Türe gestellt. Mütter sind willig und zeigen Bereitschaft eine Arbeit aufzunehmen, aber die schlechte/fehlende Kinderbetreuung in Kärnten ist das Hauptproblem, warum gute Arbeitsplätze nicht von Frauen besetzt werden können und sie dann am AMS bleiben und dort mit dem Druck in eine psychische Ausnahmesituation geraten.“

„Es hilft nicht, wenn zB Behörde A und Behörde B voneinander abhängige Regelungen haben und dadurch keiner der beiden einem helfen kann (Beispiel: Kindergarten nimmt die

Kinder auf, wenn die Eltern arbeiten gehen, aber AMS wird die Person nicht vormerken, solange keine Kinderbetreuung organisiert wurde. Dadurch können alleinerziehende Eltern nicht einer Arbeit nachgehen, bei der sie mehr Geld verdienen und die Familie dann besser versorgen können).“

„Fehlende oder nicht ausreichende Kinderbetreuungsplätze (vor allem nicht passend zu Arbeitszeiten der Klientinnen).“

„Vereinbarkeit von Arbeits- und Kinderbetreuungszeiten ist nach wie vor ein großes Thema vor allem im Vorschulbereich. Bei Schulkindern ist es etwas besser, wobei immer mehr auffällt, dass Aufgaben trotz Betreuung erst zu Hause erledigt werden müssen, was für berufstätige Eltern eine große Herausforderung darstellt (Grund für geringeres Beschäftigungsausmaß bzw. überhaupt Kündigung). Kinderbetreuung in den Ferien muss teuer finanziert und organisiert werden, wenn keine Betreuung organisiert ist, gibt es eine Sperre vom AMS, dann fehlt das Einkommen komplett.“

Trennen sich die Eltern, erschwert dies die Situation von Familien noch einmal. Das beginnt, wie im Kapitel Wohnen erwähnt, mit der (angesichts des teuren und angespannten Wohnungsmarkts) mühsamen Suche nach zwei kleineren, leistbaren Wohnungen und findet sehr häufig eine Fortsetzung in ständigen Problemen rund um die Höhe und das verlässliche Eintreffen von Unterhaltszahlungen. Allein durch die höheren Wohnkosten können Familien, die davor an der Grenze, aber eben nicht in Armut gelebt haben, durch Scheidung oder Trennung unter die Grenze rutschen. Dann geraten die Mütter, bei denen die Kinder in aller Regel hauptsächlich leben, in finanzielle Not, wenn der Ex-Partner nicht regelmäßig und verlässlich zahlt, und viele Väter können den Unterhalt nur mit viel Mühe aufbringen. Je konfliktreicher die Trennung verläuft, desto eher wird der Unterhalt als „Waffe“ eingesetzt – letztendlich stets auf Kosten der Kinder.



„Frauen müssen aufgrund mangelnder Selbsterhaltungsfähigkeit in toxischen Beziehungen verweilen.“

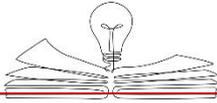
„Exekutionen zu unterhaltspflichtigen Kindern.“

„Geringer Unterhalt auf Grund von getrennt lebenden Elternteilen, die wenig verdienen bzw. arbeitsunfähig/-willig sind bzw. Einkommenssteuerbescheide vorlegen, laut denen nur ein geringer Unterhalt gezahlt werden muss (teilweise trotz Leben in augenscheinlichem Luxus). Dies besonders nach der Trennung, wenn erst eine Festsetzung bzw. vorab noch eine Vaterschaftsfeststellung in die Wege geleitet werden muss.“

Knapp die Hälfte der Sozialexpert-innen hat (*sehr*) oft Klient-innen, die von **häuslicher Gewalt** betroffen sind (47 %), ein weiteres gutes Viertel *manchmal* (27 %), zehn Prozent *selten* und drei Prozent *nie*; 14 Prozent der Befragten enthielten sich der Antwort.[†] Immer wieder zeigt sich, dass es einen engen Zusammenhang zwischen häuslicher Gewalt und Armut gibt, nicht etwa weil es in armutsbetroffenen Haushalten mehr Gewalt gäbe als anderswo. Ganz im Gegenteil ist sie in allen Bevölkerungsgruppen verbreitet, wie Prävalenzstudien belegen.⁴⁷ Was jedoch sehr wohl eine Rolle spielt: Die Kinder sind gewöhnlich schon in ihren ersten Lebensjahren Zeug-innen oder Opfer von Gewalt und erleiden schwere frühkindliche psychische Beeinträchtigungen, die ein lebenslanges Armutsrisiko darstellen können (siehe dazu ausführlich Teil 1, Kapitel 3.1.1). Auch die (in der Regel weiblichen) Opfer einer intimen Gewaltbeziehung laufen Gefahr, zumindest unmittelbar nach der Trennung in Ar-

[†] „1.321 Personen waren 2022 im Gewaltschutzzentrum Kärnten in Beratung (+8,4 %). Bei Gewalt in Partnerschaften waren 93 % der Opfer Frauen und 7 % Männer. Mehr als die Hälfte der beratenen Personen waren von Gewalt in Partnerschaften betroffen (53,8 %).“ (Land Kärnten 2023, S. 89)

mut zu geraten, denn auch sie tragen psychische Beeinträchtigungen davon, die es ihnen eine Zeitlang schwer machen können, die Anforderungen des Alltags zu meistern – je nach dem, wie das Leben der Opfer vor der Beziehung ausgesehen hat und welche materiellen und sozialen Ressourcen sie haben. Einige Kärntner Sozialexpert:innen nannten Gewalt in der Familie in ihren Antworten auf die Frage nach den aktuell brennendsten Problemen.



Lösungen: Bestehendes und Gewünschtes

Die Sozialexpert:innen äußerten in Bezug auf Kinder- und Familienarmut zahlreiche Änderungswünsche und -vorschläge. Es geht einerseits um die grundsätzliche sozialpolitische Frage, wie man Kinderarmut besser verhindern könnte, andererseits um Detailvorschläge zur Verbesserung der Faktoren, die bereits bei den brennenden Problemen angesprochen wurden.

Um **die finanzielle Situation armutsbetroffener Kindern (und ihrer Familien) prinzipiell zu verbessern**, setzen manche Expert:innen auf eine **Adaption der vorhandenen Instrumente**, zB eine Erhöhung bzw. Reform der Familienbeihilfe oder das Heben der Einkommensgrenzen für den Bezug von Sozialleistungen, andere auf die **Einführung einer speziellen Grundsicherung für Kinder**, wobei auch die Unterhaltsproblematik bei getrennt lebenden Eltern eine Rolle spielt. Die Rückmeldungen verraten, dass sich die Befragten darüber Gedanken gemacht haben, wie sichergestellt werden könnte, dass für die Kinder gedachte Leistungen auch tatsächlich bei ihnen ankommen und nicht im Strudel anderer Probleme der Familie verschwinden. Ein Lösungsansatz, der öfter genannt wurde, besteht darin, vermehrt Sachleistungen anzubieten: zB täglich eine warme Gratis-Mahlzeit in Kindergarten und Schule, kostenlosen Zugang zu Freizeitbeschäftigungen und Sport (zB Vereinsmitgliedschaften), kostenlose Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln oder zweckgebundene Einkaufsgutscheine.

„Familien mit Kindern müssen höher finanziell unterstützt werden, regelmäßig. Ausgeschlossene Familien können ihre Kinder nicht zu einem Teil der Gesellschaft werden lassen, wenn diese nicht am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Das ist ein Kreis, der sich niemals schließen wird.“ 🔔

„Umstrukturierung der aktuellen familienbezogenen finanziellen Leistungen zugunsten armutsbetroffener Familien.“ 🔔

„Mehr Unterstützung von alleinstehenden Müttern, aber auch von Vätern, die nach der Scheidung sehr oft armutsgefährdet sind.“ 🔔

„Unterstützung von alleinerziehenden Müttern; in finanzieller Hinsicht, aber auch was den Wiedereinstieg in die Arbeitswelt betrifft.“ 🔔

„Grundsicherung für alle Kinder (in Form von Gutscheinen für Lebensmittel, Hygiene, Schule).“ 🔔

„Gezielte Unterstützung für Familien nach erfolgter Einkommensüberprüfung (Windeln, Erstpakete, Kinderwagen etc.).“ 🔔

„Eine Art Basisunterhalt für jene Kinder, deren getrennt lebende Elternteile wenig zahlen können.“ 🔔

„Täglich ein warmes Essen für alle Kinder in Kindergärten und Schulen kostenlos.“ 🔔

„Kostenlose Vereinsmitgliedschaften für Kinder als Sachbezugsleistung (Musik, Kunst, Kultur und Sport) inkl. notwendiger Ausstattung.“ 🔔

Die Detailvorschläge befassten sich erstens damit, wie man bei **der Bildungsbenachteiligung armutsbetroffener Kinder gegensteuern** könnte. Wieder war von Sach- und Dienstleistungen die Rede, die

einkommensabhängig kostenlos bzw. -ermäßigt dort erhältlich sein sollten, wo die Kinder und Jugendlichen ohnehin sind: im Kindergarten und in der Schule. Damit würde den Bildungseinrichtungen in der Armutsbekämpfung und -prävention eine erweiterte Rolle zufallen, für die sie finanzielle und personelle Ressourcen bräuchten: für die schon erwähnte tägliche warme Mahlzeit, die Betreuung am Nachmittag und in den Ferien, die Nachhilfe für Schüler:innen, die Erziehungsberatung für Eltern, die Ausgabe von Schulmaterial oder die sozialarbeiterische Begleitung. Dass auch die Teilnahme an den oft erwähnten teuren Schulveranstaltungen allen Schüler:innen selbstverständlich und unbürokratisch ermöglicht werden sollte, versteht sich da schon fast von selbst.

„Mehr Förderungen für Minderjährige, die aus armutsgefährdeten Haushalten kommen. Auszahlungen auf Konten, die überzogen sind, finde ich überhaupt nicht sinnvoll. Das ist sinnlos!!! Bereitstellung von Arbeitsmaterialien/Heften von der Schule – Einkaufen in Mengen und diese anteilmäßig dann verkaufen.“ ❗

„Kostenlose Kinderbetreuung und Lernunterstützung bis zur Matura.“ ❗

„Nachhilfe für Schüler durch die Lehrkräfte einführen oder zumindest die enormen Kosten ausreichend bezuschussen (auch private Nachhilfe, viele können sich die Lerninstitute für die Kinder nicht leisten, und durch Corona und die Schulschließungen sind enorme Lücken entstanden).“ ❗

„Kostenübernahme von verpflichtenden Schulausflügen und schulischen Aktivitäten für Kinder aus armutsgefährdeten Familien.“ ❗

Der zweite Schwerpunkt der Detailforderungen lag beim aktuell nicht ausreichenden **Kinderbetreuungsangebot**, was sich teilweise mit der gewünschten neuen Rolle der Kindergärten und Schulen deckt. Gefordert wird ein Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung, der Ausbau des Angebots und ein leichteren Zugang, vor allem *„für Mütter, die noch keine Arbeit haben“* – immer mit dem Ziel, dass Vätern und Müttern die Möglichkeit eröffnet wird, (vollzeit-)erwerbstätig zu sein.

„Ausbau der Kinderbetreuung und einen Rechtsanspruch darauf.“ ❗

„Gratis-Nachmittagsbetreuung für Kinder von Eltern mit geringem Einkommen.“ ❗

„Flächendeckende Ganztagsbetreuung von 06:30 Uhr morgens bis 17:00 Uhr abends (flexibel an die Bedürfnisse des Kindes und der Eltern angepasst, sprich halbtags oder ganztags, angepasst an die Anforderungen des Dienstverhältnisses und die Arbeitszeiten, aber auch angepasst an das Bedürfnis der Eltern auf kinderbetreuungsfreie Zeit für SICH SELBST), Montag bis Freitag, auch in den ländlichen Gegenden für alle Kinder ab 0 Jahren, unabhängig von der Erwerbstätigkeit der Eltern, als RECHT der Kinder auf Betreuung und soziale Teilhabe, auf Spiel mit Gleichaltrigen und kindgerechter pädagogischer Förderung und als RECHT der (größtenteils) Frauen auf Autonomie, Unabhängigkeit, Erwerbseinkommen und irgendwann auch Einkommen in der Pension!!!!!!!!!!!!“ ❗

„Kinderbetreuung außerhalb der Normalzeiten; wenn Mutter zum Beispiel eine Ausbildung macht.“ ❗

„Ausbau der mobilen Kinderbetreuungsmodelle (s. mobile Tagesmütter) zu leistbaren Preisen.“ ❗

fahrtkosten führerschein auto öffentlich bus verkehrsmittel

Abbildung 35: Worthäufigkeit  brennendes Problem: Mobilität

4.7. Mobilität

Wer einen genaueren Blick auf Armut im ländlichen Raum werfen möchte, stößt sehr bald auf ein Problemfeld, das in den Städten viel weniger Brisanz hat: auf Einschränkungen bei der Mobilität, die es den Armutsbetroffenen schwermachen, zB (kostengünstige) Einkäufe zu erledigen, Bildungsangebote zu nutzen, Behördenwege wahrzunehmen oder Hilfe bei sozialen Einrichtungen zu suchen. **57 Prozent der Kärntner Sozialexpert:innen betreuen und beraten (sehr) oft armutsbetroffene oder -gefährdete Klient:innen, die Probleme mit der Mobilität haben**, 28 Prozent *manchmal*, sechs Prozent *selten* und drei Prozent *nie*. Dass es sich dabei sehr stark um ein Problem ländlicher Gebiete handelt, sieht man daran, dass die **Befragten, deren Einrichtungen in Wolfsberg (79 %), Spittal an der Drau (67 %) und Völkermarkt (63 %) ihre Dienststellen haben, überdurchschnittlich oft von Klient:innen mit Mobilitätsproblemen konsultiert** werden und auf jeden Fall öfter als jene aus Villach (56 %) und Klagenfurt (53 %), obwohl dort Armutsbetroffene und -gefährdete aus dem Umfeld der Städte und teilweise aus ganz Kärnten betreut werden. Dass Einschränkungen der Mobilität trotzdem im Vergleich zu anderen Problemen weniger dominant sind, zeigt Kapitel 5 über die Hürden und Hindernisse bei der Inanspruchnahme von Unterstützungsleistungen: Nur 17 Prozent der Befragten reihten sie unter die fünf wichtigsten Hinderungsgründe, Informationsmangel, bürokratische Anforderungen und Scham seien wesentlich mehr ausschlaggebend (s. Seite 76).

Im **Detail** besteht die größte Schwierigkeit darin, **kein Auto im Haushalt** zu haben. Für 65 Prozent der Befragten ist das eine der fünf wichtigsten Mobilitätsbremsen ihrer Klient:innen, gefolgt (mit großem Abstand) von Punkten, die mit der Nutzung der **öffentlichen Verkehrsmittel** in Zusammenhang stehen: Vieles sei **nicht erreichbar** (46 %), der **Fahrplan zeitlich nicht dicht genug** (45 %), die **Fahrscheipreise zu hoch** (41 %) und schließlich (deutlich weniger einschränkend) **die Zeiten**, zu denen Züge und Busse unterwegs sind, **ungünstig** (21 %). Dass die **Spritkosten** eher selten genannt wurden (29 %), ist angesichts dessen, dass so viele armutsbetroffene Haushalte kein Auto haben, folgerichtig. Einschränkungen, die mit der Nutzung des Fahrrads verbunden sind, wurden ebenfalls selten angekreuzt: dass die Anfahrt zu weit (29 %), im Winter zu kalt (17 %) oder stets zu steil (2 %) sei.

Welche dieser Gründe schränkt die Mobilität Ihrer armutsbetroffenen und -bedrohten Klient:innen regelmäßig ein (zB bei Behörden- oder Arztterminen, beim Einkaufen usw.)? Bitte beschränken Sie sich bei Ihrer Auswahl auf 5 Bereiche.

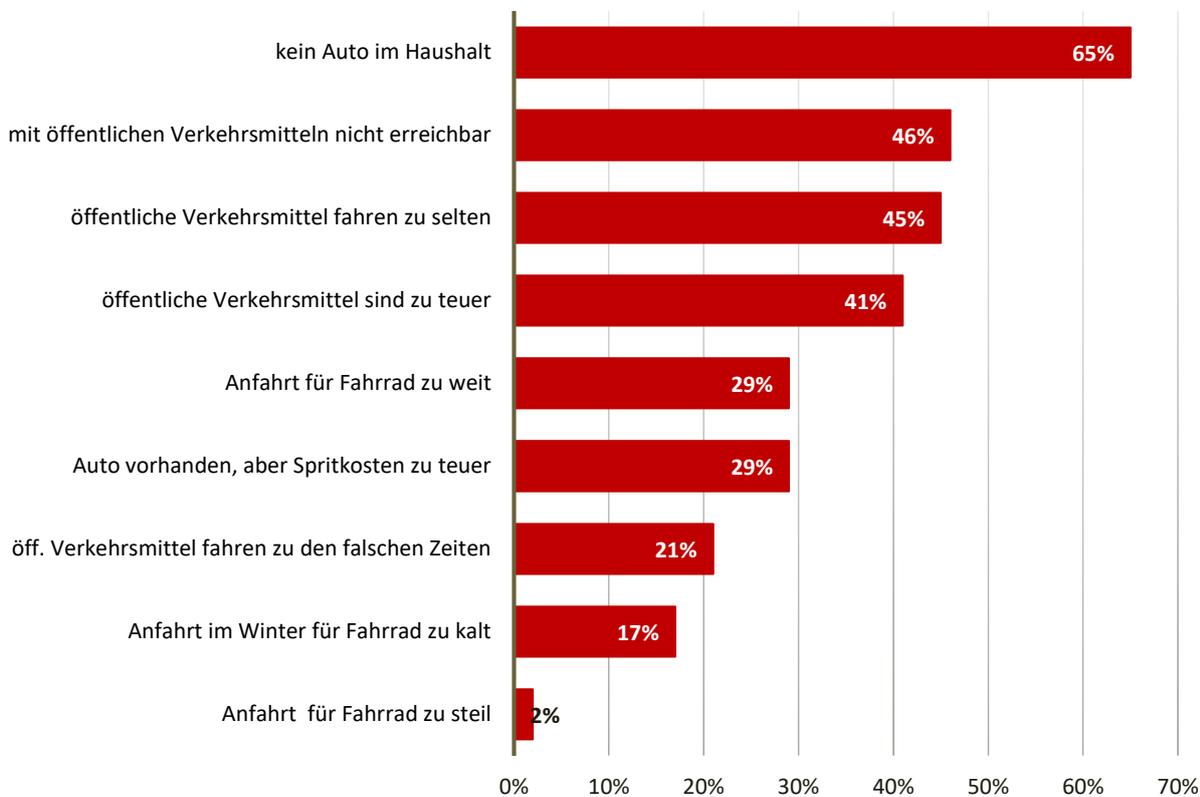


Abbildung 36: Die wichtigsten Probleme Armutsbetroffener und -gefährdeter rund um das Thema Mobilität

Um diese Ergebnisse besser einordnen zu können, einige Zahlen aus der EU-SILC-Erhebung 2023, wieder für ganz Österreich, weil die kleine Stichprobe in Kärnten keine eindeutigen Aussagen zulässt: **86 Prozent der Menschen in Österreich haben einen PKW im Haushalt**, in den kleinen Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohner:innen gilt das sogar für 95 Prozent (was die Bedeutung des eigenen Autos am Land unterstreicht). Armutsgefährdete Haushalte haben zu 61 Prozent einen PKW und erheblich sozial sowie materiell deprivierte nur zu 46 Prozent. Die im Vergleich niedrigen Anteile zeigen sich auch bei den überdurchschnittlich armutsgefährdeten Gruppen, die in den vergangenen Kapiteln vorgestellt wurden: zB bei Haushalten mit keiner oder niedriger Erwerbsintensität (40 %), alleinlebenden Pensionistinnen (63 %), Arbeitslosen (55 %), Alleinerzieher:innen (71 %), Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte (72 %), niedrig Qualifizierten, die nicht mehr als einen Pflichtschulabschluss haben (74 %) oder bei in prekärer Niedriglohnarbeit Tätigen (80 %).⁴⁸

Als aktuell **brennendes Problem** wurden die Mobilitätsprobleme nur von wenigen Expert:innen eingeschätzt, wie die sehr seltenen diesbezüglichen Nennungen auf die offene Frage zeigen. Auch hier stand das Finanzielle im Vordergrund. Eine Personengruppe wurde mehrfach als besonders betroffen herausgestrichen: Asylwerber:innen, die abseits der großen Städte untergebracht sind.

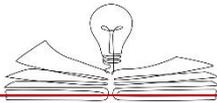


„Geld reicht nicht für Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel.“

„Zu wenig Ressourcen für anfallende Fahrtkosten, häufig gekoppelt mit der Ablehnung öffentlicher Verkehrsmittel oder mangelnder Verfügbarkeit.“

„Für Familien ist ein Auskommen ohne Auto bzw. häufig sogar mit nur einem Auto im ländlichen Bereich organisatorisch kaum bzw. teilweise unmöglich schaffbar – die Kosten diesbezüglich sind in den letzten Jahren stark gestiegen (Anschaffung, Reparaturen, Benzin...).“

„Menschen während des Asylverfahrens, die sich in der Grundversorgung befinden, sind nicht mobil, da sie sich keine öffentlichen Verkehrsmittel leisten können, und haben deshalb oft keine Zugang zu Deutschkursen.“



Lösungen: Bestehendes und Gewünschtes

Und auch die Lösungsvorschläge konzentrieren sich auf die bessere Leistbarkeit von Mobilität: Sie reichen von der kostenlosen oder stark verbilligten Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel entweder für bestimmte Personengruppen oder für Fahrten mit einem bestimmten Zweck (zB Bildung, Sport, Kultur) bis zur Senkung der Treibstoffpreise bzw. der flächendeckenden Einrichtung von „Sozialtankstellen“ für Menschen mit niedrigem Einkommen.

5. Hürden und Hindernisse bei der Inanspruchnahme von Unterstützung

Viele armutsbetroffene und -gefährdete Menschen, die Anspruch auf Sozialleistungen haben, nehmen diese nicht Anspruch. 30 Prozent verzichten in Österreich zum Beispiel auf Leistungen der Sozialhilfe, obwohl sie die Voraussetzungen für einen Bezug erfüllen; in Wien liegt diese so genannte **Non-Take-up-Quote** noch um ein paar Prozentpunkte höher.⁴⁹ **Wenn derartige Leistungen nicht angenommen werden, dann erfüllen sie ihren Zweck nicht:** Die Politik erreicht die Ziele nicht, die sie mit diesen Maßnahmen verfolgt, und den Betroffenen entgeht eine Verbesserung ihrer Lebenssituation. Hinzu kommt, dass sich aus dem Verzicht negative Folgen ergeben, für die Individuen wie für die Gesellschaft: Fehlt zB das Geld für die Miete, dann kann das zu persönlich leidvoller und für die Volkswirtschaft kostspieliger Wohnungslosigkeit führen; ist das ständige Jonglieren mit dem knappen Haushaltsbudget zu belastend, dann kann die Gesundheit leiden, was die Lebensqualität der Betroffenen beeinträchtigt und die Krankenkassen Geld kostet; wenn man sich Nachhilfe und Lernunterstützung in Betreuungseinrichtungen für die Kinder nicht leisten kann, dann besteht ein Risiko, dass deren Qualifikation niedrig bleibt und sie später überdurchschnittlich oft arbeitslos sind.⁵⁰ Und außerdem ist **eine Sozialleistung, die von einem großen Teil der Anspruchsberechtigten nicht abgeholt wird, ungerecht**, weil davon ausgegangen werden muss, dass es für manche zu schwierig ist, zu der Leistung zu kommen. Das bedeutet, dass diese Menschen vom Bezug de facto ausgeschlossen sind (außer es gelingt ihnen, externe Hilfe zu holen, die ihre Defizite ausgleicht). Andere aber, die zB für die Antragstellung besser geeignete Fähigkeiten mitbringen, werden bevorzugt. Es wird also eine Selektion vorgenommen, die nichts mit Sozialleistungen zu tun hat und diese ungerecht macht.⁵¹

Es ist essentiell zu erfahren, warum Sozialleistungen nicht in Anspruch genommen werden, um sie umgestalten und damit wirkungsvoller sowie gerechter machen zu können. Allerdings ist das unheimlich schwierig, weil man Personen befragen müsste, die am Hilfesystem eben gerade nicht angedockt sind. Um Non-Take-up trotzdem besser zu verstehen, kann man jenen Armutsbetroffenen zuhören, die sich auffallend spät – manchmal zu spät – um Unterstützung bemühen. Die befragten Kärntner Sozialexpert:innen gewinnen in ihrem laufenden Kontakt mit den Klient:innen einen guten Eindruck davon, warum mit der Suche nach Hilfe so lange zugewartet wurde. Deshalb enthielt der Fragebogen einige Punkte, die sich diesem Thema widmen.

Nur drei Prozent der Expert:innen beobachten, dass ihre armutsgefährdeten und -betroffenen Klient:innen sofort, nachdem sich ein Problem zeigt, zu ihnen in die Einrichtung kommen. **41 Prozent haben den Eindruck, dass so lange gewartet wird, bis es nicht mehr anders geht.** Und gut die Hälfte kennt beides (53 %). Das lässt auf einen hohen Prozentsatz von Hilfsbedürftigen schließen, die ihre rechtlichen Ansprüche lange nicht einlösen. Und dabei sind Personen nicht erfasst, die niemals kommen und immer allein weiterkämpfen. **Besonders lange herausgezögert** wird die Suche nach Hilfe **bei häuslicher Gewalt (so lange gewartet, bis es nicht mehr anders geht: 53 %), bei körperlichen und psychischen Beeinträchtigungen, Sucht und Problemen in der Familie (knapp 50 %).** Schneller kommen die Klient:innen bei Schwierigkeiten betreffend Flucht, Migration und Integration sowie Aus- und Weiterbildung (je 38 %).

Bei Einrichtungen der öffentlichen Hand, die ja vor allem finanzielle Absicherung bieten, sind die Klient:innen weniger zögerlich (sofort: 8 %, lange herausgezögert: 36 %) als bei sozialen Nicht-Regierungseinrichtungen (2 bzw. 44 %). Das kann als Hinweis darauf gelesen werden, dass Armutsbetroffene eher für ein Einkommen sorgen als für eine nachhaltige Lösung der Probleme, die sie in Armut geführt haben. Aus den Wortmeldungen der Expert:innen zu allen offenen Fragen geht klar hervor, dass finanzielle Leistungen oder auch Sachspenden allein nicht genügen, um Armut langfristig hinter sich zu lassen, sondern dass dafür Beratung und (zB sozialarbeiterische oder therapeutische) Begleitung essentiell sind.² Das gilt auch, wenn Armut kurzfristig abgemildert werden muss, zB wenn die Betroffenen (gerade) nicht in der Lage sind, den Alltag allein zu bewältigen.

„Menschen, die Defizite in der Selbstversorgungsfähigkeit aufweisen, die Stromkosten nicht bezahlen können oder obdachlos sind, nützt auch Lebensmittelausgabe kaum etwas, da sie die Lebensmittel nicht lagern und/oder nicht zubereiten können.“ 🗑️

„Nur Geld aufs Konto zu schicken und zu hoffen, damit sind alle Probleme weg, ist ein Irrtum. Familien mit Suchtthematiken werden ihre Einmalzahlung wohl kaum für was Sinnvolles verwenden.“ 🗑️

„Wenn Sie wieder an Ihre armutsbetroffenen und- bedrohten Klient:innen denken: Welche der folgenden Gründe tragen am meisten dazu bei, dass etliche von Ihnen immer wieder lange warten, bis Sie Unterstützung suchen? Bitte beschränken Sie sich auf fünf Antw



Abbildung 37: Wichtigste Gründe für Non-Take-Up von Unterstützungsleistungen

Die Inanspruchnahme von Hilfe **scheitert vor allem am mangelnden Wissen über die Unterstützungsleistungen und an der Antragstellung**, gaben die Expert:innen an. Jeweils rund 70 Prozent zählen

² Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt eine Studie, die die Wirkungen der Wiener Mindestsicherung auf Bezieher:innen untersucht und auch Wege aus dem Mindestsicherungsbezug vorstellt (Dawid & Heitzmann, 2022, S. 130-139).

diese beiden Faktoren zu den fünf wichtigsten Gründen für einen Non-Take-Up. Eindeutige Hinweise auf Wissenslücken bezüglich der Unterstützungsangebote lassen sich auch aus den offenen Antworten zur Delogierungsprävention ablesen, die immer wieder darauf Bezug nehmen, dass im Zuge der Wohnungssicherung Hilfsangebote kennengelernt werden, die anderweitige Problemlagen lösen können und damit Zukunftsperspektiven eröffnen (s. Seite 57). Informationsdefizite und bürokratische Hürden bei der Antragstellung gehören für einige wenige Expert:innen zu den aktuell brennendsten Problemen ihrer Klient:innen (4 % der Nennungen). Erwähnt wurden zB Schwierigkeiten beim Ausfüllen der Formulare oder beim Einbringen der für die Anträge nötigen Unterlagen, überlange Bearbeitungszeiten von Anträgen, in denen die Menschen aufgeben, aber auch das teilweise als abschreckend empfundene Verhalten von Mitarbeiter:innen in Einrichtungen der öffentlichen Hand. Auch dem sozialen Non-Profit-Sektor wurde vorgeworfen, er werde zunehmend hochschwellig. Eine Zielgruppe mit besonderen Informationsdefiziten wurde hervorgehoben: Asylwerber:innen, die - bis sie in die Betreuung einer sozialen Einrichtung kommen – orientierungslos und uninformiert in ihren Quartieren (meist in ländlichen Gebieten) auf den Bescheid warten.



„Überblick über Beihilfen plus zugehöriges Formularwesen/Anlaufstellen etc., Amtswege, bürokratischer Hürdenlauf bei Ämtern.“

„Aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse sind sie bzgl. Zugang zu Informationen oder mögliche finanzielle Hilfen von Gemeinde oder Staat, adäquate medizinische Versorgung auf die Hilfe von Quartiersbetreuern angewiesen. In den meisten Quartieren in Österreich gibt es aber keine Sozialbetreuung, sondern höchstens Wachpersonal oder Köche. Wenn Geflüchtete aus diesen unbetreuten Einrichtungen zu uns kommen, sind die ersten Schritte immer zB: Beschaffung von Kleidung, Organisieren von Deutschkursen, Organisieren von und Begleiten zu Arzt- und Krankenhausterminen mit Dolmetsch, da ihnen diese Dinge seit der Flucht gefehlt haben.“

„Große Hürden beim Beantragen der Sozialhilfe und häufiges Scheitern aufgrund der hochschwelligsten Anforderungen.“

„Bürokratische Hürden: Anträge zB auf Wohnbeihilfe werden immer wieder zurückgeschickt und damit wieder fallengelassen und müssen neu beantragt werden, weil irgendeine Unterlage/Nachweis fehlt. (Meine KlientInnen haben Schwierigkeiten, da gut strukturiert ihre Unterlagen einzureichen, und nehmen Hilfe nur schleppend an, man muss ihnen hinterherlaufen und sehr beharrlich sein als Betreuerin – da geht sehr viel Zeit und damit Anspruch auf Unterstützung verloren!)“

„Stigmatisierungen durch AMS-Berater und aufgrund dieser eine große Hemmschwelle, das Angebot überhaupt in Anspruch zu nehmen.“

Der dritt wichtigste Grund für einen Non-Take-up ist die **Scham der Armutsbetroffenen**: 59 Prozent der Expert:innen gaben an, dass sich ihre Klient:innen dafür schämen, Hilfe zu brauchen, 50 Prozent, dass sie sich für ihre Probleme schämen. Dazu passt, dass 53 Prozent angaben, die Betroffenen würden lange versuchen, ihre Probleme selbst zu lösen. Eine geringere Rolle spielt, dass die Betroffenen nicht wissen, wie sie um Hilfe bitten sollen, ohne dass es das private Umfeld erfährt (20 %), was ein Hinweis darauf ist, dass die Scham seltener vor den Menschen besteht, die man gut kennt (und die vielleicht ohnehin von der schwierigen Situation wissen) und öfter vor einem breiteren anonymen Personenkreis bzw. dass sie ein allgemeines Gefühl ist, das Armut begleitet.

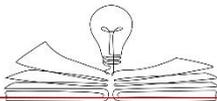


„Die Schwelle, zu kostenfreien Lebensmittelausgaben zu gehen, ist hoch. Sie schämen sich, teilweise sind die Lebensmittel abgelaufen, die Klienten wollen diese nicht essen.“

Oft gibt es laut Expert:innen auch Armutsbetroffene, die **ihre eigene Situation falsch einschätzen**: ihre Probleme gar nicht als solche wahrnehmen (44 %) oder – seltener – denken, dass sie keinen Anspruch auf Unterstützung hätten (25 %).

Eine **Einschränkung der Mobilität** spielt im Vergleich zu den meisten anderen möglichen Gründen für Non-Take-up nur eine geringe Rolle (17 %).

Möchte man wissen, weshalb Anspruchsberechtigte auf die ihnen zustehenden Leistungen verzichten, ist ein qualitativer Forschungsansatz sinnvoll: also persönliche Gespräche mit den Menschen, wie etwa Statistik Austria festhält.⁵² Es zeigt sich, dass vor allem im Zusammenhang mit der Sozialhilfe (s. das nächste Kapitel, S. 82) auch Ängste und der Wunsch, die Privatsphäre zu wahren, eine Rolle spielen. In einer Studie des WIFO wurden unter anderem Bedürftige befragt, die zum Zeitpunkt der Erhebung keine Leistungen aus der Sozialhilfe bezogen. Auf ihre Bedürftigkeit wurde geschlossen, da sie in einem Sozialmarkt, bei einer Essensausgabestelle und einer Sozialberatung angetroffen wurden: Drei Viertel von ihnen hatten noch nie Sozialhilfe bezogen, die Mehrheit plante auch in Zukunft keine Antragstellung und nannte als wichtigsten Grund, ohnehin keinen Anspruch zu haben. Aus der Befragung geht nicht hervor, ob es sich dabei um Wissen oder eine Annahme handelt, sehr wohl aber, dass die Antragstellung mit zahlreichen Ängsten verbunden ist: So fürchten manche zB, ihr Auto verkaufen zu müssen.⁵³ In einer Studie der Armutskonferenz, die eigentlich den Zusammenhang von Covid-19-Pandemie und Armut untersuchte, kam zB auch ein Arbeitsloser zu Wort, der auf eine Aufstockung seines geringen AMS-Bezugs durch die Wiener Mindestsicherung (die Wiener Variante der Sozialhilfe) verzichtet und dafür folgende Erklärung liefert: *„Ich hatte nie die Mindestsicherung, wollte ich noch dazu sagen, nie in meinem Leben. Die wollten so viel wissen, was ich nicht preisgeben wollte. Haben Sie einen Perserteppich, Uhren, Bilder, Gemälde, Autos, Grundstücke. (...) Nichts. Bin gar nicht hingegangen.“*⁵⁴



Lösungen: Bestehendes und Gewünschtes

Bei den offenen Antworten auf die Frage, was sie sofort verändern würden, wenn sie die Sozialpolitik gestalten könnten, legten die Expert:innen den Schwerpunkt ihrer zahlreichen Forderungen rund um das Thema Non-Take-up (11 % aller Nennungen) auf die **Verbesserung des Beratungs- und Betreuungsangebots**, wobei innovative Ansätze, um auf die Klient:innen zuzugehen und sie dort zu erreichen, wo sie leben, viel Platz einnahmen. Gefordert wurden übersichtliche Online-Informationen, aber vor allem Angebote vor Ort, die niederschwellig und über Kärnten engmaschig verteilt sind, auch abseits von den Gemeindeämtern auf quasi neutralem Boden und mit erweiterten Öffnungszeiten, auch mobil und aufsuchend; Angebote, die die Probleme der Betroffenen individuell, umfassend und nachhaltig zu lösen versuchen und dabei eine Begleitung anbieten, die auf persönlichen Kontakten und Beziehungen beruht. Die Liste der Vorschläge ist lang und voller Details:

„Eine Übersicht über die Leistungen ähnlich dem Sozialführer – eventuell auch eine Online-Maske zur Suche. Oft wissen betroffene Personen, aber auch Organisationen selbst nicht, was sie wo beantragen können bzw. was ihnen zustehen würde.“ 💡

„Mehr Beratungsangebote – WO kann man Gelder beantragen? WAS steht mir zu?“ 💡

„Niederschwellige Sozialberatung mit Unterstützung bei Antragsstellungen.“ 💡

„Im ländlichen Bereich Anlaufstelle für Informationen über Hilfsmöglichkeiten.“ 💡

„Verstärkt kostenlose Sprechstage in Gemeinden (Hilfestellungen bei Anträgen, rechtliche Informationsausgabe, beratende Tätigkeit = Entlastungsgespräche) und in Städten an mehreren Standorten --> am besten in den Ordinationen von Hausärzten, da die Leute da noch am meisten Vertrauen haben.“ ❗

„Einrichtung von sozialen Beratungsstellen (unabhängig von Wohnsitzgemeindeämtern, weil diese oft zu sehr ausgelastet sind, um umfassende Beratungen durchzuführen!).“ ❗

„Eine Anlaufstelle für Sozialberatung, dezentral und niederschwellig in allen Gemeinden – Beratungstage – umfassend und nicht auf einen Aspekt beschränkt.“ ❗

„umfassende Sozialberatungen für Bürger:innen (mobil) was Leistungen der sozialen Sicherung und länderspezifischen Unterstützungsleistungen betreffen; Armutsbekämpfung ist nur mehrdimensional möglich, übergreifende Netzwerke und flexiblere Hilfeleistungen!“ ❗

„Niederschwellige Beratung und längerfristige Begleitungsmaßnahmen.“ ❗

„Öffnungszeiten von Beratungsstellen auch außerhalb der klassischen Bürozeiten.“ ❗

„Dolmetscher:innenpool (telefonisch, online).“ ❗

„Unterstützung der Klientel durch Coaches.“ ❗

„Mehr Personal, die sich Situationen von Menschen genauer ansehen und individueller unterstützen können, inkl. entsprechendes Budget für Unterstützungsleistungen.“ ❗

„Kontaktpersonen, die Armutsbetroffenen mit Rat und Tat zu Seite stehen und diese in finanziellen Belangen beraten, damit Unterstützungen auch effizient eingesetzt werden können.“ ❗

„Ambulante sozialarbeiterische Betreuung und Begleitung von Menschen ohne Einschränkung (Diagnose oder begünstigte Behinderung), die einfach Probleme im Alltag haben (Anträge usw.).“ ❗

„Sozialarbeiter:innen, welche sich um die Menschen, welche die Sozialhilfe beziehen, kümmern, unterstützen, diese in den Arbeitsmarkt zurückzuführen usw. Viele Menschen sind einfach alleine (Familie hat sich abgewendet, Kinder gibt es keine).“ ❗

„Ausbau von beratenden Stellen mit Hausbesuch.“ ❗

„Proaktive Beratung im Haus über Hilfsangebote, um Schamgefühl zu verhindern. Autos und Kleidung der Berater neutral halten. Geht ja keinen was an, dass jemand Hilfe braucht.“ ❗

„Verstärkte Präventionsarbeit – mehr aufsuchende Sozialarbeit in den einzelnen Gemeinden für alle Altersgruppen!!!“ ❗

Den zweiten Schwerpunkt setzten die Expert:innen bei Wünschen, die auf einen **Abbau bürokratischer Hürden** zielen (wieder Unterlagen, wieder Formulare, zuzüglich aktiver Unterstützung bei der Antragstellung/Einreichung bei den Behörden bzw. Möglichkeit, telefonisch zu beantragen).

„Formulare für Ansuchen um Beihilfen, Sozialleistungen und Soforthilfen niederschwellig anbieten, d. h. dass diese Personen bei der Beantragung dieser Leistungen nicht schon beim Ausfüllen der Anträge mit unüberwindbaren Hürden konfrontiert sind.“ ❗

„Viel zu komplexe Anträge, wo sich selbst das Fachpersonal schwer tut und ständig nachtelefonieren muss.“ ❗

„Senkung der bürokratischen Hürden (leichter lesbare Formulare, Unterstützung bei der Einreichung)“ ❗

„Weniger Bürokratie (Personen sind oft überfordert, kein Zugang zu den Daten/Unterlagen der Eltern möglich, ein Formular fehlt und die Wartezeit vervielfältigt sich).“ ❗

„Herabsetzung des bürokratischen Aufwandes (zB kein Meldezettel für diverse Anträge etc.).“ ❗

„Hilfestellung telefonisch (Beantragung von Hilfeleistungen sollte auch als Auswahlmöglichkeit telefonisch/persönlich erfolgen können, ohne große Anträge --> im Sinne der Barrierefreiheit und Erleichterung für alle.“ ❗

Schließlich forderten die Expert-innen die **schnellere Bearbeitung von Anträgen** und damit raschere Hilfe in Notlagen (zB bei Sozialhilfe, Sozialwohnungen oder diversen Therapieangeboten).

„Schnellere Verfahren bei behördlichen Hilfeleistungen (Sozialhilfe, Wohnungen etc.).“ !

„Mehr Personal in unterschiedlichen Einrichtungen zur schnelleren Bearbeitung von diversen Anträgen.“ !

„Schnellere Hilfe zukommen lassen (sehr lange Wartezeiten; sowohl bei finanziellen als auch psychischen Unterstützungsangeboten).“ !

6. Das letzte soziale Netz: die Sozialhilfe

„Sozialhilfe: Tätigkeit der Länder, die jenen Menschen hilft, die sich in einer Notlage befinden und die der Hilfe der Gemeinschaft bedürfen, bzw. die den notwendigen Lebensbedarf sichert. Die Sozialhilfe hat ihre historische Wurzel in der Armenfürsorge der Gemeinden und zählt zu den ältesten Systemen der sozialen Sicherheit in Österreich.“⁵⁵

„Eine Sozialhilfe bzw. eine Hilfe zum Lebensunterhalt ist als Unterstützung für Personen zu verstehen, die in eine Notlage geraten sind und ihren Lebensunterhalt mit eigenen Mitteln nicht oder nicht ausreichend abdecken können.“⁵⁶

„§ 1. Leistungen der Sozialhilfe aus öffentlichen Mitteln sollen

- 1. zur Unterstützung des allgemeinen Lebensunterhalts und zur Befriedigung des Wohnbedarfs der Bezugsberechtigten beitragen,*
- 2. integrationspolitische und fremdenpolizeiliche Ziele berücksichtigen und*
- 3. insbesondere die (Wieder-)Eingliederung von Bezugsberechtigten in das Erwerbsleben und die optimale Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes weitest möglich fördern.“⁵⁷*

Die Sozialhilfe^{aa} ist das letzte soziale Netz, das Menschen auffangen soll, die in Not geraten sind und keine anderen Unterstützungsleistungen erhalten. Sie soll verhindern, dass jene in Elend stürzen, die von den anderen Leistungen des Sozialsystems nicht (ausreichend) erfasst werden – eines Sozialsystems, das darauf aufbaut, dass man unselbstständig erwerbstätig ist und zB im Fall eines Jobverlusts Arbeitslosengeld im Verhältnis zur Höhe des Erwerbseinkommens oder im Alter eine einkommensabhängige Pension bezieht. Sozialhilfe erhalten zum Beispiel Menschen, die kein Anrecht auf Arbeitslosengeld bzw. Notstandshilfe erworben haben, oder bei denen die AMS-Bezüge (zB in Folge von prekären Arbeitsverhältnissen) oder auch das Erwerbseinkommen (zB aus Teilzeit- oder geringfügiger Arbeit) so niedrig sind, dass sie zusätzlich Anspruch auf Sozialhilfe haben. Das letzte Sicherungsnetz ist subsidiär: Alle anderen Einkommensquellen – zB auch alle Sozial- und Versicherungsleistungen, auf die man bei Bund, Land oder Gemeinde Anspruch hat – müssen ausgeschöpft sein. Erst dann kann man mit der Sozialhilfe bis zu einem festgelegten Maximalbetrag aufstocken, der von der Haushaltsgröße und -zusammensetzung abhängt und in jedem Bundesland gesondert festgelegt wird.

In Kärnten bezieht knapp ein Prozent der Bevölkerung Leistungen der Sozialhilfe (0,9 %). 2022 waren das 5.155 Personen bzw. 2.038 Bedarfsgemeinschaften, was in etwa der Anzahl der Haushalte entspricht. Das ist im Bundesländervergleich ein sehr niedriger Anteil, der auf einem Niveau mit dem Burgenland und Oberösterreich liegt; den höchsten Wert erreicht Wien.⁵⁸

Auf Datenanalysen und Simulationen beruhende Berechnungen des WIFO aus dem Jahr 2023 haben im Auftrag des Sozialministeriums das letzte soziale Netz durchleuchtet. **Von allen Bundesländern ließ sich nur in Kärnten nicht nachweisen, dass das Wirtschaftswachstum sowie die Bevölkerungs-, Beschäftigungs- und Arbeitslosenzahlen mit der Anzahl der Sozialhilfe-Bezieher-innen zusammenhängen.** Die Zahl der Bezieher-innen stehe in Kärnten in keinem direkten Zusammenhang zu den genannten Faktoren, die daher kaum Erklärungswert hätten, halten die WIFO-Autor-innen fest.⁵⁹ Und das ist

^{aa} In den Bundesländern Wien, Burgenland und Tirol wurde auch nach dem Inkrafttreten des Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes aus dem Jahr 2019 die davor gültige Bezeichnung „Mindestsicherung“ beibehalten.

nicht der einzige Punkt, in dem Kärnten eine Sonderstellung hat; in anderen Fragen hingegen fügt es sich gut ins österreichische Gesamtbild:

- **40 Prozent der Bezieher:innen in Kärnten sind jünger als 25 Jahre** (2.055 Personen). Wie in ganz Österreich ist auch hier der Anteil der jungen Menschen besonders hoch, was den Blick einmal mehr auf Kinderarmut (0 bis 14 Jahre: 1.135 Personen, 22 % der Bezieher:innen) und die hoch gefährdete Gruppe der jungen Erwachsenen (19 bis 25 Jahre: 621 Personen, 12 %) lenkt.⁶⁰ Die WIFO-Analysen ergaben: Kinder seien in österreichischen Haushalten, die Bedarfsorientierte Mindestsicherung bzw. Sozialhilfe (BMS/SH) beziehen, „*deutlich stärker vertreten als in der Gesamtbevölkerung: Knapp 22 Prozent der BMS-/SH-Bezieher:innen sind jünger als 15 Jahre, wobei der Anteil der Unter-15-Jährigen in der Gesamtbevölkerung 14,4 Prozent beträgt.*“⁶¹
- Zehn Prozent der **Bezieher:innen** in Kärnten sind älter als 60 Jahre, das ist deutlich weniger als im österreichischen Schnitt, der genau doppelt so hoch liegt. Wobei sich insgesamt zeigt, dass ältere Menschen – in Österreich und Kärnten – seltener Sozialhilfe beziehen, als es ihrem Anteil an der Bevölkerung entspricht (Kärnten 65^{plus}: 23 % der Bevölkerung; ges. Ö: 60^{plus}: 25 %).⁶² Die WIFO-Autor:innen erklären: „*Das Alterssicherungssystem als tragende Säule des ersten sozialen Netzes dämpft hier die Armutsgefährdung.*“⁶³
- Der Anteil der **Frauen** an den Bezieher:innen beläuft sich in Kärnten auf 51 Prozent, in Gesamtösterreich sind 54 Prozent der Personen in Haushalten mit BMS-/Sozialhilfebezug weiblich.⁶⁴
- 63 Prozent der Sozialhilfe-Bezieher:innen im Alter von 15 bis 60 Jahre sind in **Kärnten nicht erwerbstätig**.⁶⁵ Das Zusammenspiel von Arbeitslosigkeit und Armut(sgefährdung) bestätigt sich hier eindrucksvoll. Gleichzeitig werden auch fünf Prozent **Working Poor** sichtbar, die trotz Erwerbstätigkeit auf die Sozialhilfe angewiesen sind, also extrem wenig verdienen.
- Die gute Hälfte der Bedarfsgemeinschaften in Kärnten **stockt auf** (1.030; **Vollbezug**: 1.008).⁶⁶ Für ganz Österreich gilt laut WIFO-Analysen: „*Bei rund der Hälfte der Gruppe der Unterstützten werden Einkunftsarten angerechnet. Am häufigsten ist die Kombination aus AMS-Leistungsbezug und BMS/SH; 2021 traf dies auf 19 Prozent der Leistungsbezieher:innen zu. Aber auch Erwerbseinkommensbezieher:innen mit geringen Einkommen stocken mit der BMS/SH ihr Einkommen auf; 2021 waren es 7,7 Prozent aller BMS-/SH-Bezieher:innen.*“⁶⁷
- 2021 erhielt eine Bedarfsgemeinschaft in Kärnten aus der Sozialhilfe **durchschnittlich knapp 600 Euro monatlich**. Die Höhe ist – genauso wie die gesetzlichen Regelungen und die Anzahl bzw. Art der Bezieher:innen – je nach Bundesland verschieden: im Westen (Vorarlberg, Tirol) mit knapp Euro 800 am höchsten. Kärnten befindet sich mit Salzburg, Oberösterreich und dem Burgenland in der Gruppe mit den geringsten durchschnittlichen Auszahlungsbeträgen.⁶⁸

Die Sozialhilfe steht unter ständiger Beobachtung, inwieweit es ihr gelingt, Armut zu verhindern. 2022 stellte eine (nicht repräsentative) Umfrage der Armutskonferenz in Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg und Vorarlberg (Kärnten wurde nicht erfasst) der Sozialhilfe ein schlechtes Zeugnis aus: 54 Prozent der befragten Sozialexpert:innen hielten die Aussage „*Die Sozialhilfe ist ein geeignetes Mittel, um Armut zu bekämpfen*“ für (*überhaupt*) *nicht zutreffend*, 27 Prozent legten sich nicht fest, nur 18 Prozent äußerten sich (sehr) positiv.⁶⁹

Die Studie des WIFO kommt zu einem deutlich besseren, aber nicht durchgehend positiven Ergebnis: In Haushalten, die BMS/SH beziehen, sei der Anteil der Armutsgefährdeten 2020 mit 15,5 Prozent deutlich höher gewesen als in der Gesamtbevölkerung (4,7 %); und knapp die Hälfte der Personen (46 %) in Haushalten, in denen zumindest ein Mitglied BMS/SH erhält, sei armutsgefährdet gewesen

(Gesamtbevölkerung: 13,9 %). Die hohe Armutsgefährdung von Personen in BMS/SH-Haushalten erkläre sich unter anderem dadurch, die BMS/SH unter der Armutsgefährdungsschwelle liege, wobei die Differenz im Zeitverlauf größer geworden sei.⁷⁰ Die BMS/SH könne Armut und Armutsgefährdung nicht immer verhindern; sie reduziere sie aber klar und spiele jedenfalls eine Rolle für das Überleben jener Menschen, die auf erwerbsabhängige Sozialleistungen (wie Arbeitslosengeld bzw. Notstandshilfe und Pension) keinen Anspruch haben und auch nicht von Haushaltsmitgliedern mit höherem Einkommen oder Vermögen unterstützt werden.⁷¹

Die Kärntner Armutsstudie fragte die Sozialexpert:innen, ob ihrer Einschätzung nach die Leistungen der Sozialhilfe für einige Zielgruppen ausreichen, um den Lebensunterhalt zu bestreiten. Am besten gelingt das **Paaren im Erwerbsalter ohne Kinder im Haushalt** (*voll und ganz/eher ausreichend*: 47 %; *eher/überhaupt nicht ausreichend*: 32 %) und **allein lebenden Erwachsenen im Erwerbsalter mit eigener Wohnung** (43 % bzw. 39 %). Einzig bei diesen Gruppen gaben die Befragten mehrheitlich an, dass die Sozialhilfe genüge, um den Alltag zu finanzieren. Bei allen anderen überwiegt der Eindruck, dass das nicht der Fall sei. Bei **Menschen, die in betreuten Wohnformen leben** (*ausreichend*: 34 %; *nicht ausreichend*: 38 %) und **Menschen mit Behinderung, die bei den Eltern oder anderen Pflegepersonen wohnen** (*ausreichend*: 25 %; *nicht ausreichend*: 43 %) ist der Unterschied noch vergleichsweise klein. Bei den anderen Gruppen ist eine absolute Mehrheit der Befragten der Ansicht, dass die Leistungen der Sozialhilfe den Lebensunterhalt nicht abdecken: bei **Paaren im Erwerbsalter mit ein bis zwei Kindern** (*ausreichend*: 25 %; *nicht ausreichend*: 51 %), **Menschen mit Behinderung, die allein in ihrer eigenen Wohnung leben** (*ausreichend*: 19 %; *nicht ausreichend*: 51 %), **bei Paaren im Erwerbsalter mit mindestens 3 Kindern** (*ausreichend*: 17 %; *nicht ausreichend*: 59 %) sowie – besonders deutlich – bei **Alleinerzieher:innen im Erwerbsalter** (*ausreichend*: 15 %; *nicht ausreichend*: 65 %) und **Mindestpensionist:innen mit eigener Wohnung** (*ausreichend*: 14 %; *nicht ausreichend*: 62 %).

"Ihrer Einschätzung nach: Sind die Leistungen der Sozialhilfe für folgende Personengruppen voll und ganz, eher, eher nicht oder überhaupt nicht ausreichend, um den Lebensunterhalt bestreiten zu können?"

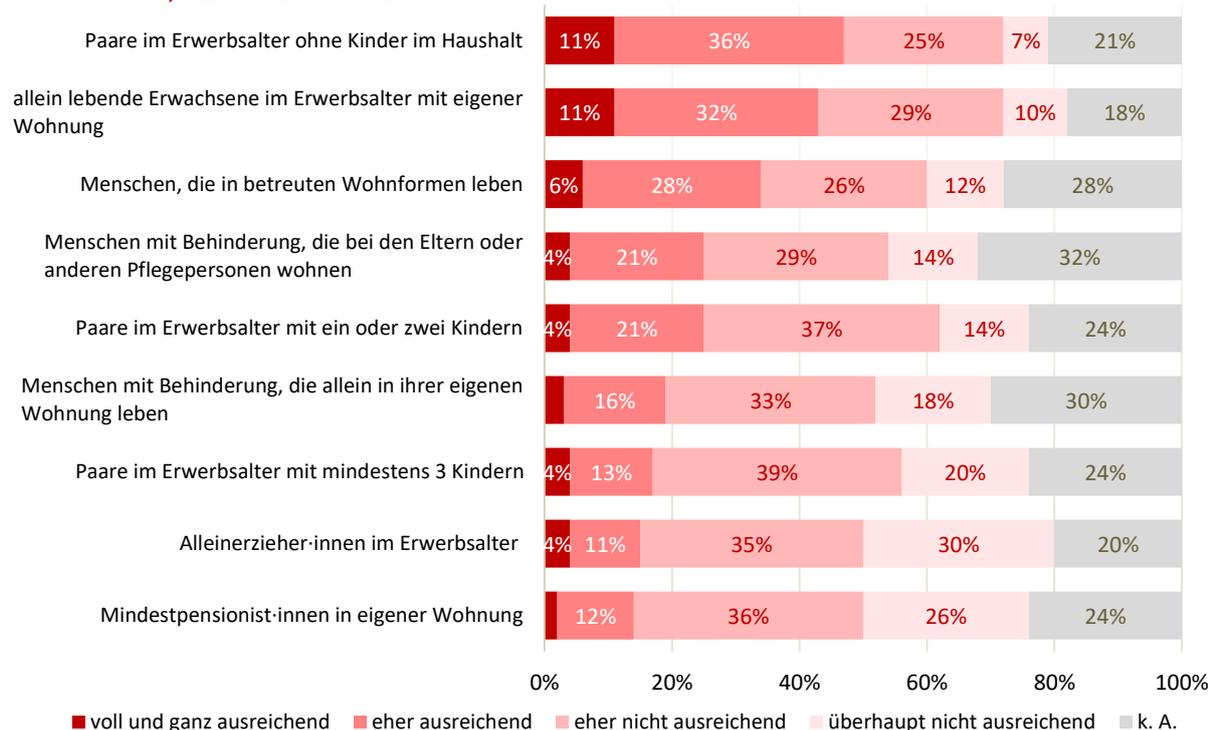
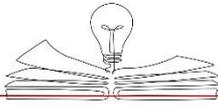


Abbildung 38: Wirkung von Leistungen der Sozialhilfe nach Zielgruppen

Dass gerade große Familien und ältere Alleinlebende so schlecht mit der Sozialhilfe auskommen, erhält angesichts der Datenlage zusätzlichen Brisanz, denn die WIFO-Studie zeigt: „Ein Fünftel der BMS-/SH-Bezieher-innen wohnt in Ein-Personen-Haushalten, ein Fünftel in Haushalten mit zwei Erwachsenen und mindestens drei Kindern. Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung wohnt ein überproportionaler Anteil in diesen Haushaltskonstellationen.“⁷²



Lösungen: Bestehendes und Gewünschtes

Die Sozialhilfe wurde zwar von den Kärntner Sozialexpert-innen auf die Frage, was sie sofort verändern würden, immer wieder erwähnt, aber sie war kein dominantes Anliegen. Die Wünsche zielen auf eine Erhöhung der Beiträge und noch mehr auf eine Reform, wobei hier sowohl in Richtung von erleichtertem als auch erschwertem Zugang gedacht wird: zB an eine Antragstellung mit weniger Anforderungen oder an strengere Kontrollen. Zu denken gibt, dass mehrfach gefordert wurde, ein eigenes Netz für akute Notlagen einzuführen, das schnell und unbürokratisch hilft: möglicherweise ein Hinweis, dass die Sozialhilfe ihrer Aufgabe als letztes Netz für Menschen in Not regelmäßig nicht erfüllt.

„Anhebung der Sozialhilfe auf die Referenzbudgets der Schuldnerberatung, zumindest jedoch Anhebung der Beträge für Kinder und für Menschen mit Betreuungspflichten für andere, denen daraus Erwerbseinkünfte entstehen.“ 

„Dass Wohnbeihilfe, Familienbonus nicht von der Sozialhilfe abgezogen werden, sondern zusätzlich zur Sozialhilfe ausbezahlt werden.“ 

„Eine Vereinfachung der Sozialhilfe: niederschwellige Antragsstellung mit längeren (oder gar keinen) Fristen.“ 

„Strengeres Ermittlungsverfahren für Sozialhilfeleistungen für in Haushaltsgemeinschaft und in Partnerschaft lebende Personen.“ 

„Einführung eines bundesweiten Sozialfonds für unbürokratische Hilfe für jene Personen, die bei der geltenden Gesetzeslage trotz Notsituation keine finanzielle Hilfe bekommen (zB Energiekosten).“ 

7. Der wechselseitige Reality Check: qualitative und quantitative Ergebnisse

Zum Abschluss mag noch interessieren, wie sich die qualitativ erhobenen Lebensumstände jener 18 Menschen, die für den ersten Teil der Kärntner Armutsstudie interviewt worden sind, ins von der quantitativen Erhebung gezeichnete Bild fügen: ein wechselseitiger Reality Check von konkreten, komplexen Einzelfällen und statistisch aussagekräftigen, allgemeinen Überblicksdaten.

Die 18 Personen mit Armutserfahrung, die für die Kärntner Armutsstudie 2024 ihre Lebensgeschichte erzählt haben, verfügen aktuell über persönliche **Einkommen** zwischen 700 und 1.980 Euro pro Monat beziehungsweise, gemeinsam mit allfälligen Angehörigen, über Haushaltseinkommen zwischen 860 und 3.400 Euro. In allen Fällen ist das Jahreseinkommen durch zwölf geteilt, auch bei jenen, die das Erwerbseinkommen bzw. die Pension in den üblichen 14 Bezügen erhalten. Bricht man die Haushaltseinkommen auf die Zahl der im Haushalt lebenden Personen herunter, steht ein monatliches Pro-Kopf-Einkommen von 400 bis 1.980 Euro zur Verfügung. Die Person, die das Ranking anführt, hat ihre Armutserfahrung bereits hinter sich gelassen; das Höchsteinkommen unter den nach wie vor prekär Lebenden beträgt 1.510 Euro pro Kopf. Von den 18 Befragten leben zwölf alleine, eine in einem Paarhaushalt, je zwei in Drei- und Vier-Personen-Haushalten, eine in einem Sechs-Personen-Haushalt.

Nach Abzug der Fixkosten für Wohnen, Versicherungen, Schuldentrückzahlungen oder Alimente bleiben für die **Bewältigung des Alltags** (Lebensmittel, Mobilität, Kleidung, Gesundheit, Freizeit, Ausbildung der Kinder usw.) monatlich 177 bis 1.250 Euro pro Kopf. Der Höchstwert gilt abermals für jene Person, die aktuell nicht mehr armutsbetroffen ist, unmittelbar dahinter liegt eine alleinlebende Person mit 1.240 Euro, von denen aber ein beträchtlicher Teil für die Unterstützung einer nicht im selben Haushalt wohnhaften Verwandten aufgewendet wird; der somit relevantere dritthöchste Wert, er gilt für zwei der Befragten, liegt bei rund 1.050 Euro pro Kopf. Am unteren Ende der Skala gibt es aber in Wahrheit eine Person, deren monatliches Einkommen noch einmal deutlich unter den genannten 177 Euro liegt, nämlich bei einem monatlichen Pro-Kopf-Minus von 225 Euro – die also permanent aus anderen Quellen Geld zuschießen muss, um ihr Leben zu finanzieren.

Wohnungslos waren zum Zeitpunkt der Interviews vier Befragte, obdachlos niemand.

Im Detail ist einiges konträr zu dem, was auf den ersten Blick zu vermuten wäre: Die niedrigsten Alltagsbudgets pro Kopf sind ausgerechnet in jenen beiden Familien verfügbar, die die höchsten Haushaltseinkommen haben. Die Sexdienstleisterinnen, denen landläufig gute Einkünfte unterstellt werden, rangieren sowohl beim Pro-Kopf-Einkommen als auch beim verfügbaren Alltagsbudget weit unten in der Wertung. Und eines der höchsten Alltagsbudgets bleibt einer der vier wohnungslosen Personen, dank äußerst geringer Wohnkosten in einer Non-Profit-Einrichtung.

Die **Wohnkosten** (Miete, Betriebskosten, Energie, Versicherungen, allfällige Kreditraten für Immobilieneigentum) machen bei den Befragten zwischen (rund) 12 und 100 Prozent des Haushaltseinkommens aus. Dabei gibt es zwei Ausreißer nach oben: 100 bzw. knapp 73 Prozent kostet das Wohnen jene Gesprächspartnerinnen, die noch hohe Kredite für ihr Eigenheim zurückzahlen haben. Und

zwei Ausreißer nach unten: 12 und 16,5 Prozent zahlen Befragte, die in einem Heim für Wohnungslose bzw. einer Übergangswohnung der Volkshilfe leben. Die meisten jedoch wenden für Wohnzwecke zwischen einem knappen Drittel und gut der Hälfte des Haushaltseinkommens auf.

Therapiebedürftige **psychische Probleme** haben elf der 18 Befragten (acht davon sind oder waren zumindest irgendwann einmal tatsächlich in Behandlung), chronische **physische Erkrankungen** sieben (davon sind zwei ausschließlich körperlich krank, die übrigen fünf sowohl körperlich als auch psychisch). Nur fünf können als gesund gelten.

Drei sind mit ihren Ein-Personen-Unternehmen in die Armut gerutscht, fünf als prekär Arbeitende (sehr unterschiedlichen Sozialprestiges, vom Kleinkriminellen bis zum Künstler), vier durch Langzeitarbeitslosigkeit, drei durch Krankheit, eine durch (erzwungene) Migration. Bei immerhin vier Befragten hat ein Arbeitgeber versucht (und zwar bei dreien mit Erfolg), sie im Krankenstand zu kündigen. Qualifikationsdefizite spielen bei genau der Hälfte der Befragten eine Rolle dafür, dass sie in Armut geraten sind und/oder aus ihr nicht herausfinden.

Ebenfalls die Hälfte hat irgendwann im Laufe ihrer Armutsbiographie die **Non-Take-Up-Quote** vermehrt, vor allem weil sie von ihnen zustehenden Leistungen nichts gewusst haben; vier weitere Befragte hätten gerne Leistungen in Anspruch genommen, die aber nicht verfügbar waren (Psychotherapie) oder ihnen nicht gewährt wurden (Arbeitslosengeld bzw. Arbeitsunfähigkeitspension). Sozialhilfe beziehen nur drei von 18, Wohnbeihilfe immerhin sieben.

Lebensmittel werden so günstig wie möglich eingekauft: im Sozialmarkt oder auf der steten Jagd nach aktuellen Sonderangeboten, sprich: in der Regel beim Diskonter und nur in Ausnahmefällen in „normalen“ Supermärkten. Fleisch, Naschereien und Bioprodukte sind seltener Luxus, der oft erst nach Überschreitung des Ablaufdatums (und entsprechender Preisreduktion) im Einkaufswagel landet. Auch Gemüse wird in vielen Fällen als zu teuer empfunden; dementsprechend dominieren Nudeln und Erdäpfel den Speiseplan. Besser dran ist, wer „richtig“ kochen, einkochen, einlegen, Vorratshaltung betreiben kann. Manchmal werden in der Natur Pilze oder Wildkräuter gesammelt.

Freizeitaktivitäten sind selten möglich; gelegentlich einmal im Freundeskreis auf einen Kaffee oder ein Bier (wer das einmal pro Woche tun kann, darf sich für privilegiert halten), alle heiligen Zeiten vielleicht ins Kino. Nur zwei Gesprächspartner tun etwas für ihre Fitness, der eine leistet sich Besuche im Fitness-Studio, der andere trainiert privat bei einem Freund.

Zu **verreisen** ist nur für einen Interviewpartner ernstlich eine Option; ein zweiter, der es sich leisten könnte, hat keine Lust dazu, und allen anderen fehlt das Geld. Das gilt sogar für Heimatbesuche der Migrantinnen – die sind entweder gar nicht oder nur alle Jubeljahre einmal drin – oder private Besuche in anderen Bundesländern. Ein Auto können sich die meisten nicht leisten; zwei Gesprächspartnerinnen leisten es sich trotzdem und nehmen dafür beträchtliche finanzielle Schwierigkeiten in Kauf. Sollten ihre (betagten) PKWs den Geist aufgeben, könnten sie allerdings keine neuen anschaffen.

Neuanschaffungen sind überhaupt ein Problem; einer der Befragten konnte sich nicht einmal ein neues Handy kaufen, als sein altes kaputtging. Kleidung und Schuhe besitzen immerhin drei der 18 Personen noch aus besseren Tagen; wer dieses Glück nicht hat, kauft (abgesehen von zweien, die etwas besser dastehen) beim Diskonter oder im Caritas-Laden. Selbst daran, verunreinigte Kleidung in die Putzerei zu tragen, wird bisweilen gespart.

Im Extremfall müssen sogar Ausgaben für die **Gesundheit** hintanstehen: Eine Gesprächspartnerin würde sich gerne alternativmedizinisch behandeln lassen, was die Krankenkasse ja nicht bezahlt; sie selbst kann es bei weitem nicht so oft, wie es ihr guttäte. Und immerhin zwei (männliche) Befragte waren schon einmal längere Zeit ohne Krankenversicherung, weil sie dafür einfach kein Geld hatten – der eine fünf Monate lang, der andere ein ganzes Jahr.

Woran niemand sparen möchte, sind die eigenen **Kinder**: lieber selber nichts haben, als die Kinder einen Mangel leiden zu lassen, ist die Devise aller, die noch für den Nachwuchs sorgen müssen. Zwei Gesprächspartnerinnen sind trotzdem gezwungen, auch ihren Kindern Wünsche zu verwehren, weil ihre finanzielle Situation es einfach nicht anders zulässt.

Nicht oder kaum gespart wird außerdem bei **Suchtmitteln**, die das Leben leichter erträglich scheinen lassen: Zigaretten, Rauschgift oder Alkohol, je nach dem – bei allen diesbezüglich Betroffenen ist das Bedürfnis, den Daseinsschmerz zu betäuben, stärker als die Zwänge des knappen Haushaltsbudgets.

Literaturverzeichnis

Wissenschaftliche Literatur

- AK Wien (2023). Krank in die Arbeit. AK präsentiert die Ergebnisse einer großen Online-Befragung und fordert Kündigungsschutz für kranke Arbeitnehmer:innen (Unterlagen Pressekonferenz I. Stilling & L. Dvořák) (https://wien.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/arbeitundsoziales/arbeitundgesundheit/Presseunterlage_20230119.pdf, abgerufen 18.5.2024).
- Brzank, P. (2009). (Häusliche) Gewalt gegen Frauen: sozioökonomische Folgen und gesellschaftliche Kosten. Einführung und Überblick. In: Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz, Bd. 52, S. 330-338 (<https://doi.org/10.1007/s00103-009-0795-7>).
- Clarke, C. & Thévenon, O. (2024). Sozioökonomische Benachteiligung in der Kindheit in Österreich. In: Bundesministerium Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (Hg.). Sozialbericht 2024. Wien: BMSGPK, S. 340-423.
- Dawid, E. & Heitzmann, K. (2015). Österreichische Nichtregierungsorganisationen in der Armutsbekämpfung: Entwicklungen, Leistungen, Lücken (im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz), Wien.
- Dawid, E. & Heitzmann, K. (2022). Wirkung der Wiener Mindestsicherung auf Bezieher:innen. Endbericht (im Auftrag der Stadt Wien – Soziales, Sozial- und Gesundheitsrecht), Wien.
- Dawid, E. (2020). Armutsbetroffene und die Corona-Krise. Eine Erhebung zur sozialen Lage aus der Sicht von Betroffenen (im Auftrag des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz). Wien: Armutskonferenz und BMSGPK.
- Dawid, E. (1999). Von der Wahrheit der Geschichte oder den Wahrheiten der Geschichten oder vom richtigen Lesen einer Autobiographie. In: Buber, R. & Ernst, U. M. (Hg.). Frauenwege. An einer Wirtschaftsuniversität zwischen Politik und Wissenschaft. Wien: Peter Lang Europäischer Verlag der Wissenschaften, S. 155-169.
- Dawid, E. (2021). Armutsbetroffene und die Corona-Krise 2.0. Eine zweite Erhebung zur sozialen Lage aus der Sicht von Betroffenen (im Auftrag des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz). Wien: Armutskonferenz und BMSGPK.
- Dawid, E. (2023). Die Teuerung und das untere Einkommensdrittel. Wirkungen und Strategien. Eine Erhebung zur sozialen Lage aus der Sicht von Betroffenen. In: Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (Hg.). Die sozialen Folgen der Inflation. Wien: BMSGPK.
- Die Armutskonferenz (2022). „Die im Dunkeln sieht man nicht...“. Eine Erhebung zur „Sozialhilfe“ aus Sicht von Expert:innen der sozialen Praxis. Wien: Die Armutskonferenz.
- Dimmel, N. & Schweiger, G. (Hg.) (2023). Kinder in pandemischer Gesellschaft. Berlin: Springer.
- Fuchs, M., Gasior, K., Premrov, T., Hollan, K. & Scopetta, A. (2020). Falling through the social safety net? Analysing non-take-up of minimum income benefit and monetary social assistance in Austria. In: Social Policy Administration, Vol. 54, Issue 5, S. 827-843.

- Gasior, K., Avram, S. & Popova, D. (2023). Outside the box – Women’s individual poverty situation in the EU and the role of labour market characteristics and tax-benefit policies, Arbeitspapier (online: <http://www.ecineq.org/wp-content/uploads/2023/06/EcineqAMSE-319.pdf>, abgerufen 4.3.2024).
- Glaser, B. & Strauss, A. (1979). Die Entdeckung gegenstandsbezogener Theorie. Eine Grundstrategie qualitativer Sozialforschung. In: Hopf, C. & Weingarten, E. (Hg.). Qualitative Sozialforschung, Stuttgart.
- Griebler, R., Winkler, P., Delcour, J., Antosik, J., Leuprecht, E., Nowotny, M., Schmutterer, I., Sax, G., Juraszovich, B., Pochobradsky, E. & Kucera, S. (2023). Österreichischer Gesundheitsbericht 2022. Wien: Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK).
- Haller, B. & Dawid, E. (2006). Kosten häuslicher Gewalt in Österreich (unter Mitarbeit von G. Biffl). Wien: IKF.
- Heitzmann, K. & Staudinger (2023). Inflation in Österreich – Evidenz zu den Folgen für besonders Betroffene, zur Wirksamkeit von Entlastungsmaßnahmen und zu Lücken im Unterstützungsangebot. In: Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (Hg.). Die sozialen Folgen der Inflation. Wien: BMSGPK.
- Heuberger, R. (2021). Non Take Up der Wiener Mindestsicherung (WMS). Wien: Statistik Austria (online: https://www.statistik.at/fileadmin/pages/338/2021_07_15_WMS_Bericht_nontakeup.pdfm abgerufen 9.1.2024).
- Kapella, O., Baierl, A., Rille-Pfeiffer, C., Geserick, C., Schmidt, E. (2011). Gewalt in der Familie und im nahen sozialen Umfeld. Österreichische Prävalenzstudie zur Gewalt an Frauen und Männern. Wien: ÖIF (online: <https://uscholar.univie.ac.at/detail/o:1162297>, abgerufen 7.1.2024).
- Koch, E., Saringer, M., Schöffmann, R. & Ratković, V. (2013). „Gastarbeiterinnen“ in Kärnten. Arbeitsmigrantinnen in Medien und persönlichen Erinnerungen. Klagenfurt: Drava.
- Lamei, N. & Till-Tentschert, U (2005). Messung von Armutsgefährdung und Deprivation. In: Statistische Nachrichten, 4/2005. Wien: Statistik Austria, S. 349-359 [online: https://www.statistik.at/fileadmin/pages/338/Messung_Armutsgefaehrung_und_Deprivation.pdf, abgerufen 18.1.2024).
- Land Kärnten (2023). Statistisches Handbuch des Landes Kärnten. Daten 2022. Klagenfurt (online: <https://www.ktn.gv.at/Verwaltung/Amt-der-Kaerntner-Landesregierung/Abteilung-1/Organisation/Statistik/Publikationen>, abgerufen 12.1.2024).
- Mayrhuber, C., Angel, S., Fink, M., Rocha-Akis, S., Weber, F., Haindorfer, R. & Iby, A. (2023). Das letzte soziale Netz. Evaluierung des letzten sozialen Sicherungsnetzes und des Zusammenspiels mit dem ersten sozialen Sicherungsnetz unter besonderer Berücksichtigung der aktuellen Covid-19-Krise und der Auswirkungen des Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes. Wien: WIFO, Prospect und BM für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz.
- Mosser, A. & Dawid, E. (2001). Endbericht zum Forschungsprojekt "Fremd in Österreich. Biographien von ArbeitsmigrantInnen". Wien: Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, WU Wien.
- Nowotny, M., Kern, D., Breyer, E., Bengough, T., & Griebler, R. (Hg.) (2019). Depressionsbericht Österreich. Eine interdisziplinäre und multiperspektivische Bestandsaufnahme. Wien: Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz (BMSGK).

- Rosenthal, G. (2008). Interpretative Sozialforschung. Eine Einführung. Bonn: 2008.
- Sacco, S. (2017). Häusliche Gewalt. Kostenstudie für Deutschland. Gewalt gegen Frauen in (ehemaligen) Partnerschaften. Ahrensburg: Tredition.
- Sardinha, L., Maheu-Giroux, M., Stöckl, H., Meyer, S. R., García-Moreno, C. (2022). Global, regional, and national prevalence estimates of physical or sexual, or both, intimate partner violence against women in 2018. In: Lancet 2022; 399: 803-13 (online: February 16, 2022 ([https://doi.org/10.1016/S0140-6736\(21\)02664-7](https://doi.org/10.1016/S0140-6736(21)02664-7))).
- Schenk, M. (2019). Hintergrund zum Non Take Up. (Materialien zur Stellungnahme der Armutskonferenz zur Studie des Europäischen Zentrums, 9.5.2019) (online: <http://www.armutskonferenz.at/news/news-2019/30-bekommen-nicht-was-ihnen-helfenwuerde-nichtinanspruchnahme-aber-in-der-mindestsicherung-deutlich-gesunken.html>), abgerufen 10.1.2024).
- Siegert, C. (2022). Erwerbsarmut in Österreich aus Geschlechterperspektive. In: Wirtschaft und Gesellschaft 47 (4), S. 511–535.
- Statistik Austria (2024). Tabellenband EU-SILC 2023 und Bundesländertabellen mit Dreijahresdurchschnitt EU-SILC 2021 bis 2023. Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Wien.
- UNHCR (2015). Subsidiär Schutzberechtigte in Österreich. Wien: UNHCR Österreich (online: https://www.unhcr.org/dach/wp-content/uploads/sites/27/2017/03/Bericht_subsidiaerer_Schutz.pdf, abgerufen 13.1.2024).
- Walby, S. (2004) The cost of domestic violence (funded by Department of Trade and Industry, Women and Equality Unit). London.
- Weigl, M. & Gaiswinkler, S. (2019). Blickwechsel – Migration und psychische Gesundheit. Gesundheit Österreich. Wien.

Juristische Quellen

- Bundesgesetz betreffend Grundsätze für die Sozialhilfe (Sozialhilfe-Grundsatzgesetz)
StF: BGBl. I Nr. 41/2019 (NR: GP XXVI RV 514 AB 588 S. 72. BR: 10158 AB 10165 S. 892) (RIS: <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20010649>, abgerufen 11.1.2024).

Internetquellen

- BAWO (Bundesarbeitsgemeinschaft für Wohnungslosenhilfe) – online. Wohnungslosigkeit – Definitionen (<https://bawo.at/wohnungslosigkeit>, abgerufen 28.12.2023)
- Land Kärnten – online. Bevölkerung (<https://www.ktn.gv.at/Verwaltung/Amt-der-Kaerntner-Landesregierung/Abteilung-1/Organisation/Statistik/Themenbereiche/Bevoelkerung>, abgerufen 9.12.2023).
- Land Kärnten – online. Soziales: Personen und Bedarfsgemeinschaften in der Mindestsicherung 2022 (<https://www.ktn.gv.at/Verwaltung/Amt-der-Kaerntner-Landesregierung/Abteilung-1/Organisation/Statistik/Themenbereiche/Soziales>, abgerufen 12.1.2024).
- Land Kärnten – online. Sozialhilfe / Hilfe zum Lebensunterhalt (<https://www.ktn.gv.at/Service/Formulare-und-Leistungen/GS-L67>, abgerufen 11.1.2024).

- SDG Watch Austria – online 1. Über die Sustainable Development Goals (SDGs) (<https://www.sdg-watch.at/de/ueber-sdgs/>, abgerufen 20.3.2024).
- SDG Watch Austria – online 2. Einbindung der SDGs in Kärntner Regierungsprogramm, veröffentlicht 6. Juli 2023 (<https://sdgwatch.at/de/was-wir-tun/blog/2023/07/06/einbindung-der-sdgs-in-kt-regierungsprogramm/>, abgerufen 20.3.2024).
- Statistik Austria – online. Armut (<https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/einkommen-und-soziale-lage/armut>, abgerufen 30.5.2024).
- Statistik Austria – online. EU-Definition zum Indikator Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung und dessen Teilindikatoren (https://www.statistik.at/fileadmin/pages/338/EU-Definition_Armuts-oder_Ausgrenzungsgefaehrdung.pdf, abgerufen 30.12.2023).
- Statistik Austria – online: Haushaltseinkommen (<https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/einkommen-und-soziale-lage/haushaltseinkommen>, abgerufen 30.3.2024).
- Statistik Austria – online: Kennzahlen zu Lebensbedingungen 2022: Indikatorendefinitionen. Indikatoren für soziale Inklusion in Österreich (<https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/einkommen-und-soziale-lage/armut>, abgerufen 30.5.2023).
- Statistik Austria – online: Pressemitteilung 13 245-011/24 „Inflation bleibt 2023 mit 7,8 % viermal höher als EZB-Zielwert“ (<https://www.statistik.at/fileadmin/announcement/2024/01/20240117VPI-Jahr2023.pdf>, abgerufen 30.5.2024).
- Statistik Austria – online. Verbraucherpreisindex: Übersichtstabelle Zeitreihen (<https://www.statistik.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-finanzen/preise-und-preisindizes/verbraucherpreisindex-vpi/hvpi>, abgerufen 12.1.2024).
- Statistik Austria – online. Wohnkosten: Weiterführende Daten. Ergebnisse im Überblick: Wohnkosten Mikrozensus (<https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/wohnen/wohnkosten>, abgerufen 29.5.2024).
- Suizidprävention Austria (SUPRA – online. Trauerphasen nach Suizid (<https://www.gesundheit.gov.at/leben/suizidpraevention/hinterbliebene/trauerphasen.html#trauerphasen-als-orientierung>, abgerufen 28.3.2024).
- United Nations Sustainable Development Group (UNSDG) – online. Universal values – Leave No One Behind (<https://unsdg.un.org/2030-agenda/universal-values/leave-no-one-behind>, abgerufen 20.3.2024).
- Krebshilfe – Facebook. Forderung nach effektivem Kündigungsschutz für Krebspatient:innen, Beitrag im ORF, veröffentlicht 18.5.2024 (<https://www.facebook.com/photo/?fbid=746051551032030&set=a.295753976061792>, abgerufen 18.5.2024).
- WKO – online. Kündigung im Krankenstand. Zulässigkeit – Zugang – Entgeltfortzahlung (<https://www.wko.at/arbeitsrecht/kuendigung-krankenstand>, abgerufen 18.5.2024)
- GÖG – online. Etablierung von Social Prescribing (im Auftrag des BMSGPK) (<https://goeg.at/social-prescribing>, abgerufen 26.5.2024).

Medienberichte

- Altrock, J. (2022). Ist die Psyche belastet, schmerzt der Rücken, veröffentlicht 20.3.2022 (<https://www.derstandard.at/story/2000134080496/ist-die-psyche-belastet-schmerzt-der-ruecken>, abgerufen 11.4.2024).
- APA (2024). 2,1 Millionen Menschen nutzen Tiktok in Österreich monatlich. In: Der Standard online, veröffentlicht 24.10.2023 (<https://www.derstandard.at/story/3000000192458/21-millionen-menschen-nutzen-tiktok-in-oesterreich-monatlich>, abgerufen 11.4.2024).
- ÄrzteZeitung (2019). Stress stört die Knochenheilung, veröffentlicht 17.6.2019 (<https://www.aerztezeitung.de/Medizin/Stress-stoert-die-Knochenheilung-255412.html>, abgerufen 19.5.2024).
- Hautzenberger, K. (2024). Kärntner Ex-Prostituierte erzählt: „Da hört dich keiner, wenn du schreist“. In: Kleine Zeitung online, veröffentlicht 4.3.2024 (<https://www.kleinezeitung.at/kaernten/18188958/kaerntner-ex-prostituierte-erzaehlt-da-hoert-dich-keiner-wenn-du>, abgerufen 18.5.2024).
- Hombach, S. M. (2023). Therapeut: „Kein Mensch erkrankt rein körperlich oder rein seelisch“. In: Der Standard online, veröffentlicht 2.7.2023 (<https://www.derstandard.at/story/3000000176593/therapeut-kein-mensch-erkrankt-rein-koerperlich-oder-rein-seelisch>, abgerufen 11.4.2024).
- Kruckenhauser, P. (2024). Psychotherapeutin: „Therapie zu machen zeigt keine Schwäche, das braucht wirklich viel Mut“. In: Der Standard online, veröffentlicht 7.4.2024 (<https://www.derstandard.at/story/3000000214541/psychotherapeutin-therapie-zu-machen-zeigt-keine-schwaechedas-braucht-wirklich-viel-mut>, abgerufen 11.4.2024).
- Möseneder, M. (2024). Raubprozess gegen drei Teenager um ihre „schwere Zeit“. In: Der Standard online, veröffentlicht 27.3.2024 (<https://www.derstandard.at/story/3000000213486/raubprozess-gegen-drei-teenager-um-ihre-schwere-zeit>, abgerufen 27.3.2024).
- Nimmervoll, L. (2024). Jugendpsychiater Plener: „Sehen Drogenkonsum, wie ich ihn bisher nicht kannte“. In: Der Standard online, veröffentlicht 2.4.2024 (<https://www.derstandard.at/story/3000000214031/jugendpsychiater-plener-sehen-drogenkonsum-wie-ich-ihn-bisher-nicht-kannte>, abgerufen 6.4.2024).
- ORF Topos (2024). „Gastarbeiterinnen“ und ihr vergessenes Verdienst, veröffentlicht 15.5.2024 (<https://topos.orf.at/Gastarbeiterinnen100>, abgerufen 15.5.2024).
- Pötsch, M. (2024). Welche Rolle spielt die Psyche bei körperlichen Beschwerden? In: Der Standard online, veröffentlicht 7.3.2024 (<https://www.derstandard.at/story/3000000210343/welche-rolle-spielt-die-psyche-bei-koerperlichen-beschwerden>, abgerufen 11.4.2024).

Anhang

Forschungsdesign

Übergeordnetes **Ziel** der Kärntner Armutsstudie war es, eine fundierte Basis für die Reflexion von Rahmenbedingungen und Unterstützungsangeboten zur Armutsbekämpfung in Kärnten zu schaffen. Im Sinne einer kooperativen Sozialplanung möchte die Studie einen Diskussionsbeitrag für Politik, Verwaltung, soziale Organisationen und Betroffene leisten.

Die Studie stellte einige aus Forschung und Praxis bekannte **armuts- und ausgrenzungsrelevante Themenfelder** in den Fokus, das offene Methodendesign ließ es aber zu, dass im Forschungsprozess noch weitere Aspekte hinzukommen; dies trat in allen Erhebungsphasen tatsächlich ein. Ausgegangen wurde von den Themen: Wohnen, Energie, Mobilität, Migration, Alter, Bildung, Frauen, Working Poor und Ein-Personen-Unternehmen.

Die Kärntner Armutsstudie bestand aus den **folgenden vier Erhebungsteilen** (Work-Packages), in denen unterschiedliche Zielgruppen mit einem auf sie abgestimmten Methodenset befragt wurden.

Work-Package 1

Expert:innen-Interviews mit sieben Berater:innen und Betreuer:innen, die in Einrichtungen der öffentlichen Hand, des Non-Profit-Sektors oder in Interessenvertretungen direkt mit Klient:innen arbeiten (März 2023)

Ziel: aktuelle Lage in Kärnten so abzustecken, dass der Fragebogen für den zweiten Erhebungsteil praxisnah gestaltet werden konnte; Hintergrund für die Auswertungen in Teil 3 und 4.

Erhebungsinstrument: leitfadengestützte Expert:innen-Interviews (offene Gesprächsführung, um den Befragten die Gelegenheit zu geben, ihre Standpunkte darzulegen und die ihnen wichtigen Aspekte anzusprechen; ergänzend Leitfaden, um alle Forschungsfragen anzusprechen).

Auswertung: *Qualitative Inhaltsanalyse* (nach Mayring^a) der wörtlich transkribierten Interviews, Basis: 6 Interviewstunden, 99 Seiten Transkripte (A4, Calibri 11 Punkt, einzeilig)

Work-Package 2

Online Befragung von 315 Kärntner Sozialexpert:innen mit direktem Klient:innen-Kontakt (September 2023)

Ziel: Problemlagen von Armutsbetroffenen und -gefährdeten aus professioneller Perspektive zu erfassen und Einschätzung von der Verbreitung der Problemlagen zu gewinnen. Berater:innen und Betreuer:innen mit direktem Klient:innen-Kontakt haben einen Überblick über eine Vielzahl von Betroffenen und die nötige Distanz, um prinzipielle Problemlagen und Trends zu erkennen.

Erhebungsinstrument: Online-Fragebogen; Ausfülldauer: rund 30 Minuten. Er enthielt Fragen mit vorgegebenen Antworten und einige offenen Fragen; damit wurde ein offenes Element integriert, das Platz für Informationen über weitere Themenfelder bzw. neue Entwicklungen ließ.

Auswertung: *deskriptive Analyse der statistischen Daten, qualitative Inhaltsanalyse* für offene Antworten; Basis: 315 vollständig ausgefüllte Fragebogen.

^a zB: Mayring, P. (2000). Qualitative Inhaltsanalyse. In: Forum Qualitative Sozialforschung 1(2). Art. 20.

Work-Package 3

Narrative Interviews mit 18 Armutsbetroffenen und -gefährdeten, die in Kärnten leben (Oktober 2023)

Ziel: die soziale Wirklichkeit eines Alltags in Armut(sgefährdung) erfassen, indem man die Betroffenen selbst zu Wort kommen zu lässt, um ihre Lebensgeschichten, Erfahrungen und Bedürfnisse darzulegen. Dahinter stehen die Fragen, wie Menschen in Kärnten in Armut geraten, aus welchen Gründen sie in Armut verbleiben, wie ihnen bereits geholfen wird und welche Unterstützungsangebote sie noch zusätzlich bräuchten.

Erhebungsinstrument: narrative, biografische Interviews (nach Schütze^b) mit abschließendem leitfadengestütztem Gesprächsteil

Auswertung: Auswertung der objektiven biografischen Daten im Sinn der *Objektiven Hermeneutik*^c und der wörtlich transkribierten Interviews nach der *Qualitativen Inhaltsanalyse*; Basis: Interviewstunden, 496 Seiten Transkripte (A4, Calibri 11 pt., einzeilig)

Work-Package 4

Zwei Fokusgruppen mit Entscheidungsträger-innen einerseits aus der öffentlichen Verwaltung (acht Teilnehmer-innen), andererseits aus sozialen Non-Profit-Einrichtungen bzw. Interessenvertretungen (elf Teilnehmer-innen) (März 2024)

Ziel: Vorstellung ausgewählter Studien-Ergebnisse anhand von Fallgeschichten aus Work-Package 3; Festmachen der strukturellen Problemlagen rund um die Fallgeschichten; Vorstellung von vorhandenen und gewünschten Lösungsansätzen

Erhebungsinstrument: moderierte Gruppendiskussionen (Fokusgruppen)

Auswertung: Qualitative Inhaltsanalyse (nach Mayring) der wörtlich transkribierten Interviews, Basis: drei Stunden 15 Minuten Diskussionszeit (exklusive Input-Vortrag), 95 Seiten Transkripte (A4, Calibri 11 Punkt, einzeilig)

Genau und verlässliche Transkripte sind die Voraussetzung für die qualitative Interpretationsarbeit. Unser herzlicher Dank geht an Corinna Ivancic, Ute Springer und Jutta Konvicka, die alle Interviews und Fokusgruppen in hoher Qualität transkribiert haben.

^b siehe zB: Schütze, F. (1983). Biographieforschung und narratives Interview, in: Neue Praxis 3, 1983; Rosenthal, G. (2008). Interpretative Sozialforschung. Eine Einführung, Bonn, S. 137-160.

^c Diese Methode der Auswertung orientiert sich an der „Objektiven Hermeneutik“ von Ulrich Oevermann und folgt den Vorschlägen von Gabriele Rosenthal, siehe zB: Oevermann, U./Allert, T./Konau, E./Krambeck, J. (1979). Die Methodologie einer „objektiven Hermeneutik“ und ihre allgemeine forschungslogische Bedeutung in den Sozialwissenschaften, in: Soeffner, H. G. (Hg.). Interpretative Verfahren in den Sozial- und Textwissenschaften, Stuttgart; Rosenthal, G. (1995). Erlebte und erzählte Lebensgeschichte. Gestalt und Struktur biographischer Selbstbeschreibungen, Frankfurt/Main; Rosenthal, G. (2008). Interpretative Sozialforschung. Eine Einführung, Bonn, S. 161-198.

Literaturverweise – Endnoten:

¹ EU-SILC 2023, S. 159.

² Statistik Austria – online: Armut.

³ Vgl. Lamei & Till-Tenschert, 2005.

⁴ Vgl. SDG Watch 1

⁵ Siehe dazu auch: Nowotny et al., 2019, vor allem S. 127-145.

⁶ Vgl. zB Hombach, 2023.

⁷ Vgl. zB Dawid & Heitzmann 2022, S. 124.

⁸ Weigl & Gaiswinkler, 2019, S. III.

⁹ Vgl. ebd., S. 86ff.

¹⁰ Siehe Frühe Hilfen – online (<https://fruehehilfen.at/>, abgerufen 29.5.2024).

¹¹ Dawid & Heitzmann 2015, S. 24.

¹² Vgl. Land Kärnten – online: Bevölkerung.

¹³ Vgl. EU-SILC 2023, S. 160.

¹⁴ Vgl. EU-SILC 2023, S. 74.

¹⁵ Vgl. Siegert 2022 und Gasior et al. 2023.

¹⁶ Vgl. zB Dawid & Heitzmann 2022, S. 7-23.

¹⁷ EU-SILC 2023, S. 72.

¹⁸ Ebd.

¹⁹ Ebd.

²⁰ Vgl. zB Dawid & Heitzmann 2022.

²¹ Vgl. für die Wirkung der Corona-Krise auf Armutsbetroffene: Dawid 2020 und 2021.

²² Inflationsrate 2022: 8,6 %, 2023: 7,8 % (Statistik Austria – online: Pressemitteilung 13 245-011/24).

²³ Heitzmann & Staudinger 2023.

²⁴ Dawid 2023.

²⁵ Vgl. Dawid 2023. Siehe auch die EU-SILC-Erhebungen, die die „Indikatoren materieller und sozialer Deprivation auf Haushaltsebene“ ausweisen, zB ob es möglich ist, „die Wohnung angemessen warm zu halten“. Statistik Austria, 2023, S. 45.

²⁶ Vgl. zusammenfassend Heitzmann & Staudinger 2023.

²⁷ Vgl. Dawid 2023, S. 136ff. Dort finden sich auch Erklärungsansätze, weshalb statistisch verlässliche und repräsentative Daten und die Wahrnehmung der Betroffenen so weit auseinander liegen.

²⁸ Statistik Austria – online: Wohnkosten.

²⁹ EU-SILC 2023, S. 156.

³⁰ Statistik Austria – online: Wohnkosten, Tabellenband 2023, Tab. 2.2.

³¹ Ebd., Tab. 2.6.

³² Ebd., Tab. 2.4 und 2.8.

³³ EU-SILC 2023, S. 56 & 157.

³⁴ Vgl. zB Dawid 2023, S. 88ff. und für die Bezieher:innen der Wiener Mindestsicherung: Dawid & Heitzmann 2022, S. 139ff.

³⁵ Vgl. EU-SILC 2023, S. 45.

³⁶ Vgl. Statistik Austria – online 2023. Kennzahlen zu Lebensbedingungen 2022, Tab. 7.2.

³⁷ Siehe auch: UNHCR 2015, S. 28-33; Dawid & Heitzmann 2015, S. 170ff.

³⁸ Aufgrund niedriger Fallzahlen sehr hohe Schwankungsbreite und daher nur schwer interpretierbar.

³⁹ Vgl. EU-SILC 2023, S. 168.

⁴⁰ Ebd., S. 63.

⁴¹ Ebd., S. 72f.

⁴² Ebd., S. 124.

⁴³ Ebd., S. 120.

⁴⁴ Ebd., S. 100.

⁴⁵ Siehe auch Dawid & Heitzmann 2022, S. 141 zusammenfassend und in allen Lebensgeschichten der befragten Mütter und Väter; Dawid 2023, S. 117-122.

⁴⁶ EU-SILC 2023, S. 73.

⁴⁷ Vgl. zB Sardinha et al. 2022; für Österreich, aber älter: zB Kapella et al. 2011.

⁴⁸ EU-SILC 2023, S. 40 f.

⁴⁹ Vgl. zB für die Wiener Mindestsicherung: Heuberger 2021; für Österreich: Fuchs et al. 2020.

⁵⁰ Vgl. Schenk 2019, S. 4f.

⁵¹ Vgl. Heuberger, S. 5f.

⁵² Ebd., Fußnote S. 5.

⁵³ Vgl. Mayrhuber et al. 2023, S. 11.

⁵⁴ Vgl. Dawid 2021: Das Zitat wurde im Bericht zur Studie nicht veröffentlicht, es stammt aus einer Fokusgruppe mit arbeitslosen Personen in Wien.

⁵⁵ Land Kärnten 2023, S. 90.

⁵⁶ Land Kärnten – online. Sozialhilfe & Hilfe zum Lebensunterhalt.

⁵⁷ Sozialhilfe-Grundsatzgesetz, Ziele.

⁵⁸ Vgl. Mayrhuber et al. 2023, S.

⁵⁹ Mayrhuber et al. 2023, S. 43.

⁶⁰ Vgl. Land Kärnten – online. Soziales.

⁶¹ Mayrhuber et al. 2023, S. 9.

⁶² Vgl. Land Kärnten – online. Soziales; Land Kärnten 2023, S. 34.

⁶³ Mayrhuber et al. 2023, S. 10.

⁶⁴ Vgl. Land Kärnten – online. Soziales; Mayrhuber et al. 2023, S. 80.

⁶⁵ Vgl. Land Kärnten – online. Soziales.

⁶⁶ Vgl. Land Kärnten – online. Soziales.

⁶⁷ Mayrhuber et al. 2023, S. 45.

⁶⁸ Vgl. Mayrhuber et al. 2023, S. 50.

⁶⁹ Vgl. Die Armutskonferenz 2022, S. 20.

⁷⁰ Ebd., S. 8.

⁷¹ Mayrhuber et al. 2023, S. 7.

⁷² Ebd., S. 9.